

Elmar Altvater

Wertgesetz und Monopolmacht

Inhalt

I. Vorbemerkung

II. Die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen im Kapitalismus

1. Entwicklung als Vergesellschaftungsprozeß
2. Wachsende Kapitalmassen, Konzern und Monopol
3. Veränderungen der stofflichen und der Wertstruktur des Kapitals
4. Die historischen Veränderungen in der Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital
5. Die Bedeutung der Kontinuität der Wertzirkulation
6. Die Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik
7. Veränderte Klassenverhältnisse

III. Die Unmöglichkeit und Möglichkeit der Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung

1. Das „doppelte Wesen“ des Kapitalismus
2. Der Marxsche Gesetzesbegriff
3. Konkurrenz und Monopol

IV. Die Bedeutung der Kategorie der Durchschnittsprofitrate

1. Gesamtkapital und Einzelkapital
2. Durchschnittsprofit und Monopolprofit
3. Die Dauerhaftigkeit von Monopolen und Monopolprofiten

I. Vorbemerkung

Für die wissenschaftliche Klärung der Probleme des hochentwickelten Kapitalismus, insbesondere auch für die Beantwortung politischer Fragen (zur Form der Bündnispolitik, hinsichtlich der Einschätzung des bürgerlichen Staates heute, zur Bestimmung der Klassenbasis sozialistischer Politik usw.) ist es unabdingbar, das Verhältnis von ökonomischer und außerökonomischer Macht und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu bestimmen. Dieses Problem beschäftigt die Arbeiterbewegung schon sehr lange; es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, daß bereits im „Revisionismusstreit“ in der deutschen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende die Frage nach der durch entsprechende Machtentfaltung möglichen *politischen Setzung* bestimmter Bedingungen gegenüber den *ökonomischen Gesetzen* anstand. Zum Beispiel ging es um die Frage, ob der Lohn an die Bewegungsgesetze des Kapitals gebunden oder aber politisch manipulierbar sei. Die theoretische Klärung dieser Frage ist von größter Bedeutung für die Fundierung und Bestimmung der politischen Taktik der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien.

Wenn auch das Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht und ökonomischen Gesetzen ein sehr altes Problem ist, so stellt es sich doch immer wieder neu unter spezifischen Fragestellungen, die aus der veränderten Situation des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung resultieren. In der gegenwärtigen Situation spitzt sich diese Fragestellung im wesentlichen auf die Bedeutung des *Monopols* für die Strukturen und Tendenzen des hochentwickelten Kapitalismus zu. Im folgenden Beitrag soll daher auch vorrangig diesem Problem nachgegangen werden: In welchem Verhältnis stehen das Wertgesetz als der zusammenfassende Ausdruck für die Bewegungsgesetze und ihre Durchsetzungsformen in der kapitalistischen Produktionsweise und das Monopol als ein Machtgebilde? Dabei soll darauf verzichtet werden, die politischen Implikationen darzulegen, die die Antworten auf die Fragestellung haben. Gerade angesichts der Tatsache, daß die theoretische Klärung der Kategorien von Monopol und Wertgesetz im Rahmen der Kapitalismusanalyse noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann, ist es notwendig, daran mitzuarbeiten, daß begriffliche Klarheit entsteht, auf deren Grundlage dann auch die politischen Konsequenzen wissenschaftlich fundiert gezogen werden können, wie es der Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus entspricht.

Die Fragestellung gibt ein bestimmtes Gliederungsprinzip vor, das diesem Aufsatz zugrundeliegt. Zunächst werden wir versuchen, die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Dynamik, beruhend auf der spezifischen Form der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, darzustellen. Dieser Prozeß wird als ein Prozeß der Vergesellschaftung in durch die Entfaltung des Kapitalverhältnisses vorgegebenen Formen beschrieben. Vergesellschaftung bezieht sich auf alle Momente des Produktions- und Reproduktionsprozesses: also auf die Veränderungen in den Formen der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, auf die als Veränderung der technischen Kapitalzusammensetzung zum Ausdruck kommende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, auf den wachsenden Größenumfang der von einem Einzelunternehmen vorzuschießenden Kapitalmassen (Konzentration und Zentralisation) und auf die Veränderungen der Wertstruktur des Kapitals, die sowohl eine Tendenz zur Steigerung des für Produktionsmittel aufzuwendenden Kapitalteils als auch einen permanent steigenden Anteil von fixem Kapital umfassen; Vergesellschaftung bezieht sich auch auf das Verhältnis von Produktion und Zirkulation und auf die Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik und in der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft.

Nach einer Darstellung dieser Tendenzen, die gesetzmäßig erfolgen, wird die Frage aufgeworfen, ob die aufgrund der Vergesellschaftungstendenzen sich ergebenden neuen Erscheinungsformen, in denen sich das Kapitalverhältnis jeweils historisch darstellt, es rechtfertigen, die kapitalistische Entwicklung in Phasen einzuteilen — vom Konkurrenzkapitalismus über den Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zunächst wird diese Frage allgemein methodologisch reflektiert, um dann aufgrund einer Darstellung des Marxschen Gesetzesbegriffs und des systematischen Verhältnisses von Konkurrenz und Monopol beantwortet zu werden. Das Ergebnis ist zumindest eine Problematisierung der üblichen Schemata zur Untergliederung kapitalistischer Entwicklung in Phasen.

Schon bei der Darstellung des Marxschen Gesetzesbegriffs wird die Bedeutung der Kategorie der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate benannt werden. Im daran anschließenden Abschnitt ist ausführlicher auf die der Tendenz zur Herausbildung einer gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten und Kategorien einzugehen, gerade auch um die Frage nach dem theoretischen Stellenwert und der historischen Bedeutung des Monopolprofits — dem ja eine „Hierarchie“ der einzelnen Profitraten entsprechen würde — abklären zu können. Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, dieses Problem in der notwendigen Ausführlichkeit der Ableitung der Kategorien der Konkurrenz zu wenden; daher werden lediglich die folgenden Aspekte des Problems behandelt: der systematische Bezug von Einzelkapital und gesellschaftlichem Gesamtkapital, die Herausarbeitung möglicher Beziehungen zwischen Konkurrenz und Monopol bzw. zwischen Durchschnittsprofit und Monopolprofit anhand von theoretischen Positionen, wie sie sich innerhalb der marxistischen Literatur aufschlüsseln lassen.

Nachdem eine vorläufige Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Monopolprofit und Durchschnittsprofit dahingehend gefunden worden ist, daß durch Monopole die Ausgleichsprozesse zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate nicht aufgehoben, aber doch entscheidend modifiziert werden, kann das Problem der verschiedenen Monopolformen aufgeworfen und nun systematisch eine Antwort auf die Frage der Dauerhaftigkeit von Monopolstellungen — und das heißt von Monopolprofiten — gesucht werden. Auch hier ist es im Rahmen des Aufsatzes nicht möglich, in alle Feinheiten der Bestimmung einer quantitativen Begrenztheit der Monopolprofite über eine bestimmte Zeitdauer einzusteigen. Dies ist einer weiteren Arbeit vorbehalten.

Indem so die Grenzen des Monopols kategorial bestimmt worden sind, kann der Inhalt dessen, was mit Modifikation des Wertgesetzes durch das Monopol gemeint wird, genauer bezeichnet werden. Auch ist es jetzt möglich, das Monopol als ein Moment kapitalistischer Entwicklung auf die zu Beginn des Aufsatzes beschriebenen Vergesellschaftungstendenzen rückzuziehen. Hier wird auch der Inhalt des in diesem Aufsatz entwickelten Monopolbegriffs deutlich: Als Monopole werden nur diejenigen Einzelkapitale bezeichnet, die in der Lage sind, über längere Perioden einen Profit zu erzielen, der nicht den Ausgleichsbewegungen zur gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate unterliegt. Da aber diese monopolistischen, überdurchschnittlich hohen Profite quantitativ und zeitlich begrenzt sind, werden immer wieder monopolistische Positionen abgebaut. Der Abbau monopolistischer Positionen bedeutet aber nicht zugleich auch, daß die aufgrund der Vergesellschaftungstendenzen entstandenen strukturellen Voraussetzungen der Wertbewegung zurückgebildet würden. Im Gegenteil, im Verlauf der Ausgleichsbewegungen zur Durchschnittsprofitrate setzen sich die Vergesellschaftungstendenzen durch. Mit anderen Worten: Wenn auch der Monopolprofit immer wieder verschwindet, so doch keineswegs der große Konzern, der allein in der Lage ist, die den Produktivkräften entsprechenden Kapitalmassen zu mobilisieren. So liegt dem gesamten Aufsatz die uns wichtig erscheinende Unterscheidung zwischen dem Einzelkapital als Monopol und als großer Konzern zugrunde. Beides in eins zu werfen

führt unseres Erachtens zu theoretischer und möglicherweise auch politischer Konfusion.

II. Die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen im Kapitalismus

Der Kapitalismus ist alles andere als ein stationäres Gesellschaftssystem. Schon im „Kommunistischen Manifest“ heben Marx und Engels die ungeheure Dynamik, den progressiven Charakter des Kapitalismus im Vergleich zu den vorkapitalistischen Produktionsweisen hervor. Auch nachdem sich kapitalistische Formen der gesellschaftlichen Produktion, Zirkulation und Verteilung weitgehend durchgesetzt haben, finden zum Teil enorme Veränderungen statt; die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung kommt nicht zum Stillstand, wenn die vorkapitalistischen Verhältnisse umgewälzt sind, sondern sie setzt sich fort — vermittelt über den typischen Verlauf der kapitalistischen Akkumulation in Form des industriellen Zyklus, des periodischen Auf und Ab von Konjunktur und Krise. Dabei ändern sich die materiellen Verhältnisse, in denen der gesellschaftliche Lebensprozeß sich vollzieht, und in ihrem Gefolge die gesellschaftlichen Verkehrsformen, das Bewußtsein. Es ist offensichtlich, daß mit der Entfaltung der Produktivkräfte die *technische Basis* der Produktion und der gesellschaftlichen Verkehrsformen sich verändert und diejenige von heute mit derjenigen von vor 100 oder auch nur von vor 30 Jahren kaum vergleichbar ist. Es ist ebenfalls klar, daß im Prozeß kapitalistischer Vergesellschaftung immer mehr Schichten und Völker dem Kapitalverhältnis unterworfen werden; der *Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital* wird so immer reiner herausgearbeitet. Mit der Herausbildung des kapitalistischen *Weltmarkts* entsteht der bürgerliche Nationalstaat und damit das spezifische *Verhältnis von Ökonomie und Politik*, das angesichts der Regulierungsfunktionen des Staates heute sich historisch verändert darstellt.

1. Entwicklung als Vergesellschaftungsprozeß

Wenn von Tendenzen und Resultaten der kapitalistischen Entwicklung die Rede ist, dann ist sofort die Frage zu stellen nach dem Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Gesetzen, die diese Tendenzen und Resultate hervorbringen, und den Rückwirkungen, die die Veränderungen in den *Formen der Vergesellschaftung* auf die Entwicklungsgesetze und -tendenzen haben. Es ist keineswegs so, daß im kapitalistischen Entwicklungsprozeß nur Werte produziert und akkumuliert werden; es wird in diesem Prozeß auch nicht nur das Kapitalverhältnis unverändert reproduziert. Kapitalakkumulation ist nicht nur *quantitative* Aufhäufung von Werten, sondern auch *qualitative* Veränderung der strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung, der Kapitalverwertung und schließlich des Akkumulationsprozesses selbst. Dies ist ein Moment der sich im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß verändernden Verteilung der Arbeit, sowohl der vergangenen als auch der in der entsprechenden Periode verausgabten. Und nicht nur die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion verändert sich im Laufe der Entwicklung, auch die Art und Weise der Bedingungen, unter denen die Arbeit im unmittelbaren Produk-

tionsprozeß verausgabt werden muß, wird umgewälzt, und zwar nicht nur von der technischen Seite her betrachtet, sondern auch, was die Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital anbelangt. Dies alles ist — wenn auch noch sehr abstrakt bezeichnet — der Inhalt dessen, was mit der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung und ihrer Veränderungstendenzen umschrieben werden kann. Dies ist aber auch der Aspekt, unter dem die Entwicklungsprozesse des Kapitals zu untersuchen sind.

Die offensichtlichen, sich bereits dem Augenschein aufdrängenden Veränderungen der Produktivkräfte und daher die Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung sind es, die viele Theoretiker dazu verleiten, die kapitalistische Entwicklung in bestimmte Phasen — Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus¹ — einzuteilen. Damit wird eine Konsequenz dahingehend gezogen, daß in diesem Entwicklungs- und Veränderungsprozeß des Kapitals als Kapitalverhältnis so eklatante Sprünge auftreten, daß *neue Begriffe* zur Erfassung der so konstatierbaren Phasen erforderlich werden. Neue Begriffe, in ein System gebracht, stellen neue Theorien dar; und daher wird häufig — nicht von allen, die an der Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung festhalten² — der Marxschen Theorie des „Konkurrenzkapitalismus“ als Erweiterung („Der Leninismus ist der Marxismus der imperialistischen Epoche“) oder als Substitut die Theorie des Monopolkapitalismus oder des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei- oder gegenübergestellt. Wir wollen nicht an dieser Stelle bereits auf die Probleme einer solchen Phaseneinteilung eingehen, sondern nur hervorheben, welche möglichen Konsequenzen aus der Tatsache sich verändernder Erscheinungsformen der Kapitalentwicklung gezogen werden können.

Gleichgültig, wie diese strukturellen Veränderungen im Verlauf der Kapitalentwicklung interpretiert werden, ein *rein formales* Verständnis vom Akkumulationsprozeß als einem bloßen Wachstumsprozeß des Wertprodukts oder Sozialprodukts ist darin ausgeschlossen. Gerade die moderne bürgerliche Wachstumstheorie hat in ihren formalen, mathematisierten Modellen das Wechselspiel von Kategorien untersucht, ohne jedoch die grundlegenden gesellschaftlichen Bedingungen dieses Wachstumsprozesses noch zureichend in die Analyse einbeziehen zu können³. Aber auch in der marxistischen Theorie besteht die Gefahr einer solchen formalisierten Betrachtungsweise von gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die ja immer Prozesse der spezifischen Vergesellschaftung sind⁴. Kein Wunder, wenn es bei formaler Sicht unverständlich bleiben muß, wie und daß die allgemeine Durchschnittsprofitrate fällt und tendenziell fallen muß, daß die Kapitalzusammensetzung sich ändert. Gesellschaftliche Tendenzen verwirklichen sich nicht aufgrund eines außerhalb von Zeit und Raum und vor allem jenseits des menschlichen Handelns sich vollziehenden Ablaufs von abstrakten Kategorien, sondern nur als Resultat, das sich aufgrund gesellschaftlicher Gesetze hinter dem Rücken der handelnden Individuen und Institutionen einstellt.

Der Charakter der Veränderungen in den strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung, Verwertung und Akkumulation des Kapitals ist darauf zurückzuführen, daß das Kapital in seinem maßlosen Trieb nach maximaler Verwertung dieses quantitativ bestimmte Ziel nur erreichen kann,

indem es qualitative Veränderungen in den Voraussetzungen der Verwertung vornimmt. Die Bildung von Werten ist *qualitativ* bestimmt durch das kapitalistische Produktionsverhältnis, durch das Ausbeutungsverhältnis, dem die wertbildende Arbeit unterworfen ist, und durch das spezifische Verhältnis, in dem die Gesellschaftlichkeit der Produktion von Werten sich erst in der Realisierung im Geld erweist. *Quantitativ* ist die *Bildung von Werten* durch die Zeitdauer des Arbeitstages, die Masse der produktiven Arbeiter und die Intensität der Arbeit bestimmt. Betrachtet man nicht nur die Wertbildung, sondern die für das Kapital alles entscheidende *Verwertung*, dann ist deren quantitative Größe obendrein durch die Produktivkraft der Arbeit determiniert. Das qualitative Verhältnis der Wertbildung und Verwertung strukturiert den Kapitalismus in allen seinen Entwicklungsperioden und „bleibt stets sich gleich“⁵, solange das Ausbeutungsverhältnis nicht revolutionär beseitigt worden ist.

Für das Kapital stellt sich die quantitative Bestimmtheit der Wertbildung als *äußere Grenze* dar: die Arbeiteranzahl, Arbeitszeit und Arbeitsintensität sind Grenzen der Wertbildung und schließlich auch der Verwertung, die in der Tatsache begründet liegen, daß die Arbeitsverausgabung an *lebendige Menschen* gebunden ist. Diese sind physiologischen, psychischen, moralischen und schließlich auch sozialen Bedingungen unterworfen. Natürlich versucht das Kapital — und dafür gibt es in der Geschichte immer wieder Belege —, diese äußerlich gesetzten Grenzen niederzureißen, und dies mit Erfolg: die Arbeitszeit wird ausgeweitet (Überstunden), die Arbeitsintensität durch Erhöhung des Tempos gesteigert und die Zahl der Arbeiter durch Einbezug aller Bevölkerungsschichten und möglicherweise auch durch „Import“ von Arbeitsimmigranten erhöht. Aber auch wenn diese Grenze hinausgeschoben wird, sie läßt sich durch das Kapital nicht aufheben. Sie bleibt eine äußere Schranke der Wertbildung und des grenzenlosen Verwertungstriebes.

Die Wertbildung ist für das Kapital allerdings nur insoweit interessant, als die produzierten Werte ihm zugutekommen. Da ja der Arbeiter aus den von ihm produzierten Werten sich selbst reproduziert — die Arbeiterklasse kauft mit dem Lohn einen Teil der produzierten Werte als ihre Lebensmittel zurück —, „gehört“ dem Kapital auch immer nur ein Teil des Wertprodukts. Aber gerade durch die Aufteilung der produzierten Werte in einen Teil, der den Arbeitern zukommt, und einen anderen, den sich das Kapital als seinen *Mehrwert* aneignet, ergibt sich eine Möglichkeit, den Mehrwert zu steigern, ohne die Grenzen der Wertbildung selbst auch nur im geringsten angehen zu müssen. Denn durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit läßt sich vom Kapital die Verwertung steigern, ohne daß die Wertbildung erhöht würde, indem zwar nicht die den Arbeitern abgeforderte gesamte Arbeitszeit und Arbeitsintensität ausgedehnt wird, wohl aber die von ihnen zur Produktion des Fonds von Lebensmitteln erforderliche *notwendige Arbeitszeit eingeschränkt* wird. Dies ist von Marx als Prozeß der *Produktion des relativen Mehrwerts* oder der *reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital* beschrieben worden. Steigerung der Produktivkraft heißt, daß dieselbe Masse von Lebensmitteln der Arbeiterklasse in kürzerer Zeit als zuvor produziert werden kann. Dies kann allerdings nur geschehen, wenn Änderungen in den Arbeitsmitteln oder der

Arbeitsmethode oder beiden zugleich stattfinden. „Es muß daher eine Revolution in den Produktionsbedingungen seiner (des Arbeiters, EA) Arbeit eintreten, d. h. in seiner Produktionsweise und daher im Arbeitsprozeß selbst. Unter Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehen wir hier überhaupt eine Veränderung im Arbeitsprozeß, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleineres Quantum Arbeit also die Kraft erwirbt, ein größeres Quantum Gebrauchswert zu produzieren.“^{5a}

Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wird so zum Mittel jedes einzelnen Kapitals, die Verwertung zu steigern, ohne dabei auf die im Arbeiter bestehenden Grenzen der Wertbildung stoßen zu müssen. Im Gegenteil, der Sinn der Produktivkraftsteigerung ergibt sich gerade daraus, daß die Verwertung des Kapitals von der Wertbildung durch den Arbeiter — scheinbar — abgelöst wird. Da das Kapital „Meister der Produktionsfaktoren“ im Arbeitsprozeß ist, kann es auch seinen Interessen gemäß diesen Arbeitsprozeß jeweils verändern, umwälzen — ohne dabei auf die Arbeiter Rücksicht nehmen zu müssen⁶. Die Grenze, die ursprünglich bei Betrachtung der Wertbildung im Arbeiter lag, wird so in das Kapital selbst hineinverlagert; es kann sich an sich selbst bemessen, oder anders ausgedrückt: seine Verwertungsbedingungen werden zum Kriterium für die Steigerung der Produktivkräfte.

Die Veränderungen im Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeitszeit, zwischen den Werten, die der Arbeiterklasse zukommen, und dem Mehrwert, der vom Kapital angeeignet wird, setzen *Veränderungen im Arbeitsprozeß* voraus und damit Veränderungen sowohl in der stofflichen als auch in der Wertstruktur des Kapitals sowie in der Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Im Prozeß der Verwertung und dem Streben nach Ausdehnung seiner Verwertung verändert sich das Kapital mit historischer Notwendigkeit. Es ist somit entscheidend, daß die quantitative Ausweitung von Wertbildung und vor allem von Verwertung kein quantitativer Prozeß bleiben kann. Dies alles kann vielmehr nur stattfinden, wenn sich *qualitative Wandlungen* vollziehen. Damit aber verändern sich auch von Periode zu Periode die jeweiligen historischen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung. Diese jeweiligen Veränderungen setzen so die Verwertungsbedingungen des Kapitals, und nur über diese Bedingungen vermittelt können sich die spezifischen, von Marx als Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise analysierten und dargestellten Tendenzen der Kapitalverwertung, wie sie im tendenziellen Fall der Profitrate kulminieren, durchsetzen. Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu analysieren, bedeutet infolgedessen vor allem, die Veränderungen in den strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung zu untersuchen. Die Akkumulation des Kapitals ist also über Veränderungen in den Vergesellschaftungsformen vermittelt und nur in dieser Vermittlung in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zu begreifen.

Überhaupt kommt das Kapital im Verlauf dieses Prozesses erst dazu, sich als Kapital voll zu verwirklichen, im historischen Prozeß sich sozusagen „auf den Begriff zu bringen“⁷. Dies vollzieht sich in zwei Dimensionen, die zu unterscheiden sind. Zum einen macht das Kapital im Weltmaßstab radikal und brutal Schluß mit allen *vorkapitalistischen* Verhältnissen,

die sein Expansionsstreben behindern könnten. Zum anderen aber tendiert das Kapital dahin, in seinem Entwicklungsprozeß alle ihm *äußeren* Grenzen der Verwertung einzureißen: die schon erwähnte Grenze, die aus der Natur der menschlichen Arbeit resultiert, aber auch die Grenzen, die sich aus der konkret-stofflichen Gebrauchsgestalt seiner Existenzweise in Form von Produktionsmitteln und Waren ergeben. Im Unterschied zu den aus vorkapitalistischen Verhältnissen sich ergebenden Schranken, die ihm zwar auch äußerlich sind, aber doch im Verlauf der Entwicklung vollends beseitigt werden, können diese Grenzen niemals aufgehoben werden. Das Kapital ist immer auf die produktiven Arbeiter angewiesen; denn ohne deren Arbeit gibt es keine Kapitalverwertung. Das Kapital ist immer gezwungen, sich in Produktionsmitteln und konkreten Waren mit Gebrauchsgestalt zu materialisieren; denn sonst kann der Arbeitsprozeß als Mittel des Verwertungsprozesses nicht funktionieren und Bedürfnisse als Basis für die zahlungsfähige Nachfrage können nicht befriedigt werden. Nichtsdestoweniger ist das Bestreben darauf gerichtet, sich diesen Notwendigkeiten zu entziehen. Die in der historischen Entwicklung erfolgende Substitution von lebendiger Arbeit durch Produktionsmittel („arbeitssparender technischer Fortschritt“) und die damit einhergehende wachsende relative Bedeutung des in Produktionsmitteln verauslagten (konstanten) Kapitals gegenüber dem für den Kauf der Arbeitskraft vorgeschossenen (variablen) Kapital stellen nichts anderes als den Versuch des Kapitals dar, sich von den in der Arbeitskraft liegenden Grenzen möglichst unabhängig zu machen⁸. Auch die Gebrauchsgestalt des Kapitals wirkt als eine Grenze der Verwertung. Der Verwertungstrieb ist maßlos, aber gegenüber dieser Maßlosigkeit sind die Rohstoffe, die Arbeitskräfte, die technologische Struktur der Produktionsmittel, der zur Verfügung stehende Boden, das auf konkrete Gebrauchswerte gerichtete Bedürfnis quantitativ begrenzt. Für seine Verwertung sind diese stofflich-konkreten Bedingungen dem Kapital nicht gleichgültig, da sie jeweilig Mittel der Verwertung sind. Doch muß sich das Kapital ihnen gegenüber gleichgültig verhalten *können*, immer dorthin sich bewegen können, wo sie Mittel von vergleichsweise besserer Verwertung sein können. Das Kapital muß also „frei“ sein, den Arbeitsprozeß je nach seinen Bedürfnissen umwälzen zu können; es muß in der Lage sein, entsprechend den Verwertungsbedingungen sich möglichst auf dem gesamten Weltmarkt „frei“ bewegen zu können; es muß Arbeitskräfte zur Verfügung haben, die flexibel und mobil seinen Bedürfnissen nachkommen können, kurz: Die *Arbeitskraft* muß *mobil* sein, und das *Kapital* muß *mobil* sein. Die Geschichte des Kapitalismus ließe sich nachgerade als Geschichte der Herstellung von *freier Beweglichkeit der Kapitale und der Arbeitskraft* oder, was dasselbe ist, der Abschaffung der die Mobilität beschränkenden Hindernisse beschreiben⁹.

Damit haben wir zwei wesentliche Gesichtspunkte für das Erfassen kapitalistischer Entwicklungstendenzen bezeichnet. Der eine betrifft die sich verändernden strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Kapitalverwertung und damit die Form der Subsumtion der Arbeit, der andere die Bewegungsform des Kapitals, die Mobilität notwendig macht, um dem Streben nach möglichst hoher Verwertung nachkommen zu können. Anders ausgedrückt: Das Streben nach möglichst hoher Kapitalverwertung, das

die Überwindung der dem Kapital äußerlichen Grenzen impliziert, bringt strukturelle Veränderungen in der Produktions- wie in der Zirkulationssphäre hervor. Hier soll aber darauf hingewiesen werden, daß in dem Maße, wie das Kapital die äußeren Grenzen überwindet, es für sich selbst zur Grenze wird¹⁰, und daß in dem Maße, wie das Kapital die unbeschränkte Mobilität für sich selbst und für die Arbeitskraft herstellt, es auch wieder Schranken der Mobilität errichtet, insbesondere um konkurrierende Einzelkapitale daran zu hindern, Zugriff auf besonders günstige, von ihm monopolisierte Verwertungsbedingungen zu nehmen.

Es ist jetzt notwendig, in groben Zügen die Bereiche zu umschreiben, in denen sich die Veränderungen in den gesellschaftlichen Bedingungen von Wertbildung und Verwertung vollzogen haben. Dabei kann es uns nicht darum gehen, den kapitalistischen Entwicklungsprozeß als einen Vergesellschaftungsprozeß in allen Facetten darzustellen. Denn dies würde diesen Beitrag sowie die Arbeitsmöglichkeiten eines einzelnen bei weitem übersteigen. Vielmehr sollen im Hinblick auf die zur Debatte stehenden grundlegenden Voraussetzungen der Wertbewegung im hochentwickelten Kapitalismus die wichtigsten Strukturen, auf deren Grundlage sich die Verwertung vollzieht, charakterisiert werden. Dies muß auch deshalb geschehen, um im nächsten Abschnitt die Frage nach der Relevanz dieser Änderungen und nach der Adäquanz des Monopolbegriffs beantworten zu können.

2. Wachsende Kapitalmassen, Konzern und Monopol

Kapitalakkumulation heißt zunächst einmal nichts anderes, als daß *Kapitalmassen* aufgehäuft werden; mit der Entwicklung der Produktivkräfte wachsen die von Einzelkapitalen vorzuschießenden Kapitalmassen sehr stark an. Sie müssen in Bewegung gesetzt werden, um den Produktionsprozeß technologisch und organisatorisch bewältigen zu können. Dies bedeutet auf jeden Fall *Konzentration* von Arbeitskräften und Produktionsmitteln in der Hand eines Einzelkapitals. Dies hat sehr häufig auch die *Zentralisation* mehrerer Einzelkapitale zur Folge, um entsprechende Kapitalmassen überhaupt mobilisieren zu können, wenn einzelne Unternehmen nicht mehr dazu in der Lage sind. Allerdings erfolgen Konzentration und Zentralisierung von Kapital nicht einfach, weil der Zweck der Produktion und ihre technischen Voraussetzungen dies verlangen. Diese Tendenzen setzen sich vielmehr in der Regel als Folgen von *Krisen* der Kapitalverwertung durch. Hier zeigt sich bereits ein bezeichnender Widerspruch: Die Voraussetzungen der Kapitalverwertung erfordern auf einem hohen Entwicklungsniveau großen Kapitalvorschub, der, einmal in Massen von Produktionsmitteln fixiert, nicht ohne weiteres mobilisierbar ist. So scheinen die materiellen Konsequenzen der Kapitalentwicklung in Widerspruch zu der im Verlauf der gleichen Entwicklung sich herausbildenden Kapitalmobilität zu stehen. Jedoch hat dieser Widerspruch eine bestimmte Lösungsform: Als Resultat der Entwicklung ist das sich herausbildende Kreditwesen das „künstlichste und ausgebildetste Produkt, wozu es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt bringt“^{10a}; als solches aber wird es zur Voraussetzung und Vermittlungsinstanz der Kapitalmobilität bei relativ lang-

fristig fixierten Kapitalmassen im Produktionsbereich. Wenn das Kapital als Produktivkapital nicht mehr mobil sein kann, dann immerhin als Geldkapital. Für dessen Mobilität hat das moderne Banksystem enorme Techniken entwickelt, so daß nicht unbedingt schon aus der Größe der Kapitalvorschüsse in produktives Kapital auf eine eingeschränkte Kapitalmobilität geschlossen werden kann¹¹. Dies hat eine entscheidende Konsequenz, auf die bereits an dieser Stelle hingewiesen werden soll. Mit den wachsenden Kapitalmassen, die von einem Unternehmen mobilisiert werden müssen, entsteht als typische Erscheinungsform des Einzelkapitals im hochentwickelten Kapitalismus der *große Konzern*. Dieser große Konzern muß nicht unbedingt ein *Monopol* sein, das ja als Einzelkapital über Teilbereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses monopolistisch verfügen, d. h. Mobilität des Kapitals ausklammern müßte. Darauf wird noch genauer zurückzukommen sein.

3. Veränderungen der stofflichen und der Wertstruktur des Kapitals

Mit der wachsenden Größe der vorzuschießenden Kapitalmassen ändert sich auch die *Wertstruktur* der von den einzelnen Unternehmen mobilisierten Kapitalmassen. Produktivitätserhöhungen haben — mit wenigen Ausnahmen bei sogenanntem „kapitalsparendem“ technischem Fortschritt — einen verstärkten Einsatz von Produktionsmitteln pro Arbeitskraft zur Voraussetzung und zur Folge. Damit verändert sich notwendig — wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, wie sich zeigen läßt¹² — auch die Wertstruktur des Kapitals. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es der Logik der Kapitalentwicklung entspricht, wenn der variable Kapitalteil zugunsten des konstanten Kapitals tendenziell zurückgedrängt wird; denn nur der konstante Teil ist beinahe ohne Einschränkungen als Kapital fungibel, der variable Teil wird nicht nur gegen Arbeitskraft, sondern auch gegen die Eigenheiten des Arbeiters, die nicht voll kontrollierbar sind, umgesetzt. Die organische Kapitalzusammensetzung steigt jedenfalls tendenziell an. Hier deutet sich bereits ein Widerspruch an, der sehr deutlich werden läßt, daß und wie das Kapital, indem es ihm äußere Grenzen zu überwinden trachtet, *sich selbst zur Schranke* der Entwicklung wird. Denn die organische Kapitalzusammensetzung steigt, weil die Produktivkraft der Arbeit zur Steigerung der Verwertung angehoben werden muß. Da aber die Verwertung einen Teil der verausgabten lebendigen wertbildenden Arbeit betrifft, die Wertbildung daher auch immer die Grundlage der Verwertung von Kapital ist, sinkt in dem Maße die Verwertung, wie der relative Anteil der wertbildenden lebendigen Arbeit abnimmt und der Anteil der vergegenständlichten toten Arbeit zunimmt. Wertbildung und Verwertung geraten zueinander in Widerspruch, und dieser Widerspruch ist es, der den Bewegungen des Kapitalverhältnisses zugrundeliegt.

Die Veränderungen des Kapitalwerts betreffen nicht nur das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital, sondern auch das Verhältnis von *zirkulierendem* und *fixem Kapital*. Fixes Kapital ist derjenige Teil des Kapitals, der länger als eine Umschlagsperiode im Produktionsprozeß fixiert ist. Mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit nehmen die Arbeitsmittel, die von einem Arbeiter angewendet werden, enorm zu. Die

Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit macht sich folglich gerade darin geltend, daß die fixen Elemente des produktiven Kapitals zunehmen. Dies ist schon grundsätzlich in der steigenden organischen Kapitalzusammensetzung angelegt. Denn das variable Kapital gehört voll zum zirkulierenden Kapitalteil, und wenn es im Verlauf der Entwicklung — wie gezeigt — relativ abnimmt, dann auch entsprechend ein Teil des zirkulierenden Kapitals. Anders beim konstanten Kapital, dessen wachsender Teil fixiert ist, so daß auch bezogen auf das insgesamt vorgeschossene Kapital der Anteil des fixen Kapitals ansteigt. Dies hat größere Bedeutung für die kapitalistische Entwicklung, als sich an dieser Stelle ausführen läßt. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß mit dem steigenden Anteil des fixen Kapitals die *Elastizität* der Einzelkapitale sinkt, sich verändernden Verwertungs- und Realisierungsbedingungen anzupassen. Diese Anpassungsschwierigkeiten sind nicht mit verringerter *Kapitalmobilität* zu verwechseln. Denn sie betreffen zunächst einmal nichts anderes als die Anpassungsfähigkeit des einzelkapitalistischen Produktionsprozesses innerhalb des Zirkulationsprozesses des Kapitalwertes, nicht aber die Anlage von bestehendem oder von Zusatzkapital in anderen Branchen oder Regionen. Wie wichtig diese Unterscheidung ist, wird schon daran deutlich, daß beides gleichzeitig besteht: nämlich hoher Anteil von Fixkapital gerade bei großen Einzelkapitalen und damit Unelastizität der Anpassung der Produktion an die Realisierungsbedingungen und äußerst mobile Verschiebung von Kapital in Geldform, sei es aus dem Akkumulations- oder dem Amortisationsfonds¹³. Gerade bei letzterem wird deutlich, daß Fixierung des Kapitals im Produktionsprozeß in Form von produktivem Kapital in der stofflichen Form des Arbeitsmittels nicht gleichzusetzen ist mit Fixierung seines Wertes. Dieser zirkuliert vielmehr und weist dabei die für die Zirkulation notwendige Mobilität auf. Entscheidend für die Charakterisierung des gegenwärtigen Kapitalismus kann also nicht die aus dem steigenden Anteil des Fixkapitals resultierende eingeschränkte Kapitalmobilität sein; entscheidend ist vielmehr die „Unelastizität“ der Anpassung des Produktionsprozesses an die Realisierungsbedingungen des Wertes¹⁴.

4. Die historischen Veränderungen in der Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital

Die steigenden Wertmassen und die veränderte Wertstruktur des Kapitals, die Herausbildung des großen Einzelkapitals haben aber auch Auswirkungen auf den Charakter der *Subsumtion der Arbeit* unter das Kapital. Überhaupt ist es wesentlich, mit dem Begriff der Vergesellschaftung nicht nur die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsfonds auf einzelne Branchen, sondern auch die Formen der Arbeitsverausgabung zu begreifen. Wie sich die schon beschriebenen Tendenzen als Vergesellschaftung unter kapitalistischen Verhältnissen aus der „Logizität der Wertbewegung“¹⁵ begründen lassen, so auch Veränderungen in der Form der Wertbildung, d. h. der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Marx selbst unterscheidet bei der Darstellung der Produktion des relativen Mehrwerts die manufakturielle und industrielle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Diese Unterscheidung läßt sich nicht nur begrifflich herleiten — ebenso wie diejenige

der formellen und reellen Subsumtion¹⁶ —, sondern umschreibt in stark verkürzter Form auch den historisch wirklichen Prozeß. Während in der Manufaktur „das Handwerksgeschick die Grundlage der Manufaktur bleibt und der in ihr funktionierende Gesamtmechanismus kein von den Arbeitern selbst unabhängiges objektives Skelett besitzt“^{16a}, somit „die handwerksmäßige Tätigkeit das regelnde Prinzip der gesellschaftlichen Produktion“^{16b} ist, und auch die Umwälzungen der Produktion nur von der Arbeit ausgehen können, fällt „dies subjektive Prinzip der Teilung weg für die maschinenartige Produktion. Der Gesamtprozeß wird hier objektiv, an und für sich betrachtet, in seine konstituierende Phasen analysiert, und das Problem, jeden Teilprozeß auszuführen und die verschiedenen Teilprozesse zu verbinden, durch technische Anwendung der Mechanik, Chemie usw. gelöst . . .“^{16c}. Der Unterschied zwischen Manufaktur und großer Industrie stellt sich so als verschiedene materielle Prinzipien des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung dar. „In der Manufaktur ist die Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses rein subjektiv, Kombination von Teilarbeitern; im Maschinensystem besitzt die große Industrie einen ganz objektiven Produktionsorganismus, den der Arbeiter als fertige materielle Produktionsbedingung vorfindet. In der einfachen und selbst in der durch Teilung der Arbeit spezifizierten Kooperation erscheint die Verdrängung des vereinzelt Arbeiters durch den vergesellschafteten immer noch mehr oder minder zufällig. Die Maschinerie funktioniert nur in der Hand unmittelbar vergesellschafteter oder gemeinsamer Arbeit. Der kooperative Charakter des Arbeitsprozesses wird jetzt also durch die Natur des Arbeitsmaterials selbst diktierte technische Notwendigkeit“^{16d}. Der Unterschied zwischen Manufaktur und Industriesystem wird so an der Form der kapitalistischen Vergesellschaftung der Arbeit festgemacht. Zunächst erfolgt sie als manufakturmäßige Zusammenfassung von Arbeitern, wobei der jeweilige betriebliche Gesamtarbeiter aus seiner Qualifikationsstruktur heraus *subjektiv* die Begrenztheit für die Entwicklung des Kapitals darstellt. Die Veränderung der Produktionsbedingungen zur Steigerung der Produktion von Mehrwert und Profit ist durch die subjektive Seite des Arbeitsprozesses begrenzt. Diese Begrenztheit betrifft sowohl die Möglichkeit der Entfaltung der Produktivkräfte als auch die Integration der Arbeiter in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Diese Grenzen sind nur aufzuheben, wenn die arbeitsteilige Zusammenfassung der Arbeiter von diesen selbst abstrahiert, ganz auf die Seite der objektiven Produktionsbedingungen verlagert, also objektiviert wird, indem das in Arbeitsplätzen gegliederte System der Produktionsmittel die Form der Zusammenfassung der Teilarbeiter zum betrieblichen Gesamtarbeiter bestimmt. Dies ist die dem Kapital eigentümliche und adäquate Form der Zusammenfassung der Arbeiter. Denn nun ist es das Kapital selbst in seiner stofflichen Form als Produktionsmittel, das die Bedingungen der arbeitsteiligen Form der Mehrwertproduktion setzt, ohne auf die subjektive Seite der Arbeiter Rücksicht nehmen zu müssen.

Der Übergang von der Manufaktur zum Maschinensystem ist in der Logik des Kapitals angelegt. Der historisch wirkliche Übergang erfolgt daher nicht zufällig, sondern mit innerer Notwendigkeit in allen kapitalistischen Ländern¹⁷. Die Konsequenzen für die gesellschaftliche Situation

der Arbeiterklasse, für die Verwertungsbedingungen des Kapitals, für die Wissenschaft, auch für die staatlichen Aktionen, die sich aus dem Übergang zur großen Industrie ergeben, sind gewaltig. Nun wird es möglich, die ganze Arbeiterfamilie in den Produktionsprozeß einzubeziehen, gleichzeitig die Individuallöhne zu senken, Tag- und Nachtarbeit einzuführen, überhaupt die Arbeitszeit maßlos auszudehnen. Die Ausbeutungsrate der Arbeit steigt „lawinenartig“¹⁸. Die Wissenschaften, insbesondere die Naturwissenschaften und technologischen Wissenschaften, werden dem kapitalistischen Produktionsprozeß systematisch dienstbar gemacht. Damit sind die Vergesellschaftungstendenzen des Produktionsprozesses noch nicht voll entwickelt. Dies ist erst dann der Fall, wenn die der Arbeitsteilung vorgegebene Struktur, die in den *objektiven* Produktionsbedingungen enthalten ist, den *subjektiven* Produktionsbedingungen, d. h. der gesellschaftlichen Arbeit selbst, „als objektive Vorgabe“ *inkorporiert* wird. Alfred Sohn-Rethel hat versucht, die „Verwissenschaftlichung“ des Arbeitsprozesses in Form des Taylorismus in dieser Weise zu deuten. „Im Taylorismus . . . erfaßt die Produktivitätstechnik die menschliche Arbeit als solche . . . Hier erfährt die menschliche Arbeitskraft daher die Vergesellschaftung der Arbeit an ihrem eignen Leibe. Die Entfremdung dieser Vergesellschaftung der Arbeit durch das ‚functional management‘ gestattet darum die Bezeichnung als Usurpation. . .“¹⁹. Der Unterschied der arbeitswissenschaftlichen Organisation des Arbeitsprozesses zur Verobjektivierung des gesellschaftlichen Systems der Arbeitsteilung in den Produktionsmitteln als objektiven Produktionsbedingungen besteht nach Sohn-Rethel darin, daß nun menschliche und maschinelle Funktion auf *eine Maßeinheit* gebracht seien. „Diese Maßeinheit ist das operative Prinzip des modernen kontinuierlichen Produktionsprozesses . . . der von Marx metaphorisch beschworene ‚gesellschaftliche Gesamtarbeiter‘ ist hier zur mathematisch berechenbaren Struktur geworden“²⁰. Die Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses bezieht sich also nicht mehr ausschließlich oder vorwiegend auf die *objektiven* Produktionsbedingungen, sondern auf die *subjektiven* Produktionsbedingungen ebenfalls. Dadurch entsteht ein „operatives Formprinzip“, eine Logik „für beide, die manuelle Arbeit und die theoretische Naturwissenschaft“²¹. Das Kapital, das in der großen Industrie seine Logik den objektiven Produktionsbedingungen inkorporiert und in der Produktionsmittelstruktur die Arbeitsplatzstruktur definiert, dadurch schließlich die Form der Arbeitsverausgabung und der Arbeitsteilung bestimmt und den Arbeitern abverlangt, inkorporiert so seine Logik auch den subjektiven Produktionsbedingungen, den Arbeitern und ihrer Arbeitsverausgabung. Dies allein kann gemeint sein mit der These von der *einen* Maßeinheit. Dadurch wird es aber möglich, Produktivkraftsteigerungen der Arbeit nicht mehr nur durch verbesserte Maschinerie und höheres Tempo der Arbeit herbeizuführen, sondern auch durch Veränderung im Sinne einer Rationalisierung der Arbeitsorganisation selbst. Wenn auch Tendenzen der Einführung und Anwendung arbeitswissenschaftlicher Verfahren im Produktionsprozeß so alt wie die große Industrie selbst sind, kann doch nicht übersehen werden, daß sie en masse erst während und nach dem Ersten Weltkrieg praktiziert wurden. Es darf auch nicht vergessen werden, daß gerade die arbeitswissenschaftliche Organisation des Produktionsprozesses

auf der Seite der Produktionsmittelstruktur Neuerungen gewaltigen Ausmaßes hervorgerufen hat, wovon die Einführung des Fließbandes die wichtigste ist.

Es ist diese Form der Vergesellschaftung logisch aus den Bedingungen der Produktion des relativen Mehrwerts ableitbar; bezüglich der Konsequenzen für die Verausgabung von Arbeit stellt die Verwissenschaftlichung der Arbeitsorganisation eine weitere Abstraktion der Arbeit dar. Die Zerlegung des einzelnen Arbeitsvorgangs in kleinste Zeiteinheiten und Detailverrichtungen (die innerhalb des MTM-Systems beispielsweise auf die Dimension von $1/16$ Sekunde gebracht werden^{21a}), um sie dann wieder nach den Prinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung zusammensetzen, ist der Logik der Verausgabung abstrakter Arbeit zur möglichst hohen Verwertung des Kapitals geschuldet.

Die Form der Vergesellschaftung gehorcht der gleichen Logik der Wertbewegung, nämlich der Produktion relativen Mehrwerts. Historisch betrachtet, stellen die drei hier benannten Formen aufeinanderfolgende Systeme dar, verschiedene Stufen der Arbeitsteilung im Produktionsbetrieb zum Zwecke der Auspressung von Mehrarbeit. Nun haben alle Systeme der Arbeitsteilung im Produktionsbetrieb auch Konsequenzen für die kapitalistische Reproduktionsstruktur. Auspressung von Mehrarbeit bedeutet schließlich Veränderung nicht nur der Arbeitsorganisation, sondern auch der Produktionsmittelstruktur, der Größe des Einzelkapitals, der Menge der produzierten Gebrauchswerte usw. Anders ausgedrückt: *Die Veränderung der Arbeitsorganisation ist selbst ein Moment des Akkumulationsprozesses des Kapitals*. Die neuen Formen der Vergesellschaftung innerhalb des einzelnen Produktionsbetriebs haben von daher immer auch Konsequenzen für die Vergesellschaftung des Kapitals generell und sind nur im Zusammenhang mit den anderen hier benannten Tendenzen zu begreifen.

5. Die Bedeutung der Kontinuität der Wertzirkulation

Wir haben bislang die Veränderungen im Vergesellschaftungsprozeß an der Größe der vorzuschießenden Kapitalmassen, der Kapitalstruktur und der Vergesellschaftung der Arbeit im Produktionsprozeß festgemacht. Dabei ging es um das produktive Kapital. Aber der *Kapitalwert muß zirkulieren*, er muß sich kontinuierlich aus dem Geldkapital ins Warenkapital, dann ins produktive Kapital, wieder ins Warenkapital mit entsprechendem Mehrwert angereichert und schließlich in Geldkapital, das quantitativ größer als das vorgeschossene Geldkapital ist, verwandeln können. Die Kontinuität des Kapitalkreislaufs ist von zwei Momenten betroffen. Erstens vom Verhältnis zwischen den Klassen: Die Arbeiterklasse kann den Kapitalkreislauf unterbrechen, indem sie die Arbeit zurückhält, durch Streiks oder Sabotage also. Sofern es sich um produktive Arbeiter handelt, werden im Falle von Streiks keine Werte gebildet, findet also auch keine Verwertung des Kapitals statt. Sofern es sich um Arbeiter im Zirkulationsbereich handelt, kann der Kapitalwert nicht zirkulieren, also der verwertete Wert nicht in seine Geldform rückverwandelt werden. Das zweite Moment ist das Verhältnis der Kapitale untereinander. Denn die Realisierung des Werts und Mehrwerts des einen Einzelkapitals ist abhängig von den Verwertungsbedingungen

bei den anderen Einzelkapitalen. Diese können nur kaufen, wenn sie entsprechendes Geld besitzen, das als Kapital vorgeschossen werden kann; und sie werden nur kaufen, wenn sie von der Produktion und dem Verkauf der produzierten Waren einen entsprechenden Profit auf das vorgeschossene Geldkapital erwarten. Das dritte Moment in diesem Zusammenhang ist die Arbeiterklasse in ihrer Eigenschaft als Käufer von Waren, die sie als produktive Arbeiter selbst geschaffen haben. Die Kontinuität des Kapitalkreislaufs ist also von der Arbeiterklasse in doppelter Weise abhängig. Aus dieser Tatsache nährt sich die verbreitete Illusion, als ob die Arbeiter durch entsprechende Ausstattung mit Geld als Kaufmittel die in der Krise ins Stocken geratene Kapitalzirkulation wieder in Gang setzen könnten. Diese auf der „Unterkonsumtionstheorie“ basierende Vorstellung aber beachtet nicht die spezifische Form der Kapitalzirkulation: sie erfolgt nur dann, wenn in ihrem Verlauf sich der zirkulierende Kapitalwert vermehren kann. „Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten (gegenüber)steht und wünscht seinen Konsum, i. e. seine Tauschfähigkeit, sein Salär möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der *anderen* Kapitalisten als möglichst große Konsumenten *seiner* Ware. Aber das Verhältnis *jedes* Kapitalisten zu *seinen* Arbeitern ist das *Verhältnis überhaupt* von *Kapital und Arbeit*, das wesentliche Verhältnis“^{21b}. So kommt der in der kapitalistischen Krise immer wieder zutage tretende Widerspruch zustande zwischen der Notwendigkeit der Verwertung und der Notwendigkeit der Realisierung des Kapitalwerts, da die Arbeiterklasse als Produzent der Werte und als ihr Konsument auftritt.

Es droht dem jeweiligen Einzelkapital von diesen Seiten her immer wieder Unterbrechung des Kapitalkreislaufs, die um so größere Konsequenzen hat, je „unflexibler“ sich das Kapital aufgrund seiner durch einen hohen Anteil von Fixkapital gekennzeichneten Wertstruktur an veränderte Zirkulationsbedingungen anzupassen vermag. Es muß also jedem Unternehmen und insbesondere dem großen Konzern darum gehen, alle Bedingungen zu beherrschen, die auf *Kontinuität* oder *Diskontinuität* des Kapitalkreislaufs Einfluß haben könnten. Daher liegt es im Interesse des Kapitals, daß die Klassenbeziehungen so geregelt werden, daß Unterbrechungen der Produktion und Zirkulation durch Arbeitskämpfe oder Sabotage möglichst nicht passieren. Die Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse dient ebenso diesem Zweck wie übertarifliche Zahlungen in der Prosperität oder einkommenspolitische Zwangsmaßnahmen gegenüber den Gewerkschaften in Krisenphasen. Hier wird bereits ein entscheidender Widerspruch deutlich: Von der Verwertung her muß das Kapital auf möglichst niedrige Löhne und entsprechende Rechtlosigkeit der Arbeiter drängen, von den Notwendigkeiten der Kapitalzirkulation her ist es an einer zufriedenen und integrierten Arbeiterschaft und kooperativen Gewerkschaften interessiert. Beides zugleich geht nicht, und so ist immer die Tendenz gegeben, die Kontinuität der Kapitalzirkulation und die Verwertung des Kapitals durch ökonomischen und politischen Zwang gegenüber der Arbeiterklasse sicherzustellen²².

Auch auf die Realisierungsbedingungen der produzierten Werte, die sich weitgehend außerhalb der Kontrolle der Einzelkapitale befinden, wird ver-

sucht, Einfluß zu nehmen. Die Entwicklung von entsprechenden Marktstrategien, von *Planungsansätzen* gerade der großen Konzerne deutet darauf hin. Die Planung hat allerdings jeweils mit Variablen zu kalkulieren, die nicht vom planenden Kapital zur Gänze manipulierbar sind. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn die Kapitalvorschüsse zur Produktion von bestimmten Waren so groß sind, daß nur ihr sicherer Absatz zu einem Preis, der Kapitalverwertung einschließt, die Kapitalanlage möglich macht. Hier zeigt sich die Bedeutung der wachsenden Kapitalmassen und der veränderten Kapitalstruktur für die Sphäre der Realisierung, die sich anzupassen hat. Dies kann häufig nur noch geschehen, indem der Staat als Käufer auftritt und dabei Geld verwendet, das sich nicht als Geldkapital verwerten muß. Jedenfalls zeigt es sich, daß strukturelle Veränderungen in den Voraussetzungen von Wertbildung und Verwertung Veränderungen in den Marktverhältnissen hervorrufen.

6. Die Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik

Die charakteristischen Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus gehen also von den Veränderungen in der Wertproduktion und Wertzirkulation aus. Wir werden noch sehen, daß diese sich auch in der Organisation und materiellen Basis des Produktionsprozesses niederschlagen. Aber ganz besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Aufgaben, die der *Staat als Institution* neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erhält²³. Während die Form des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich aus der scheinbaren Verselbständigung der politischen Sphäre gegenüber der Ökonomie resultiert, sind doch die *Staatsfunktionen* immer auf den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bezogen und damit auch immer bestimmt durch die aus den Tendenzen der Vergesellschaftung des gesellschaftlichen Lebensprozesses resultierenden Anforderungen. Diese ändern sich, wie wir gesehen haben, im Verlauf des Akkumulationsprozesses des Kapitals, und daraus ergeben sich eben auch Konsequenzen für das Verhältnis von Ökonomie und Politik oder von Staat und Gesellschaft. Insgesamt gesehen, spielt der Staat im hochentwickelten Kapitalismus eine bedeutendere Rolle als in anderen Phasen der Entwicklung, wenn auch nicht von einem quasi-linearen Anstieg staatlicher Regulierungsaufgaben ausgegangen werden kann. Denn der Staat hat beim Entstehungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft in der Zurückdrängung von vorkapitalistischen Relikten eine entscheidende Funktion; mehr noch, er *wird* in der Wahrnehmung dieser Funktionen erst bürgerlicher Staat, er bringt erst in diesem Prozeß seine dem Kapital adäquate Form hervor²⁴. Seine Aufgaben als politische Regulierung gesellschaftlicher Prozesse wachsen aber in dem Maße wieder an, wie das Kapital sich selbst zur Grenze wird und daher den Notwendigkeiten der Sicherung des gesellschaftlichen Lebensprozesses nicht mehr nachkommen kann. So muß als eine vergesellschaftende Institution der Staat überall dort funktionieren, wo das Kapital nicht von sich aus die Herstellung der Gesellschaftlichkeit besorgen kann, wo also nicht nur die Form der Gesellschaftlichkeit sich ändert, sondern die kapitalistische Form bereits in Frage gestellt ist. Diese zunehmende Bedeutung des Staates ist gesetzmäßig; denn mit dem historischen Prozeß der abnehmenden

Profitabilität ökonomischer Bereiche kann nur noch der Staat als dem Verwertungszwang des *Einzelkapitals* nicht unterliegende Institution gesellschaftlich notwendige Zusammenhänge herstellen: die Qualifikation und Reparatur der Arbeitskraft, die materiellen Produktionsvoraussetzungen der Einzelkapitale, soweit sie großen Kapitalvorschuß erfordern und eine lange Umschlagsdauer des Kapitals aufweisen, die ideologische Reproduktion der Gesellschaft als Legitimation herrschender Verhältnisse, die repressive Einbindung der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft in die kapitalistische Form der Gesellschaftlichkeit durch militärischen und polizeilichen Zwang. Daß all dies heute eine größere Rolle spielt, da die bürgerliche Gesellschaft ihre Widersprüche bis hin zu Konflikten schärfer hervorbringt, ist offensichtlich.

7. Veränderte Klassenverhältnisse

In dem Maße, wie das Kapital in seiner Entwicklung vorkapitalistische Verhältnisse auflöst, beseitigt es auch alle Schichten und Klassen jenseits der „reinen“ Klassenteilung der bürgerlichen Gesellschaft, jenseits einer Klasse von eigentumslosen Lohnarbeitern und einer Klasse von Kapitalisten, die gegenüber der Lohnarbeiterklasse das Monopol über die Produktionsmittel hat. Für das Klassenverhältnis ist die schon erwähnte Tendenz von Konzentration und Zentralisation von größter Bedeutung. Denn die Kehrseite der Konzentrationsprozesse ist die Verringerung der Zahl selbständiger Einzelkapitale und damit die Proletarisierung von bisherigen Mitgliedern der bürgerlichen Klasse. Die Zahl der objektiv zur Kapitalistenklasse gehörigen Personen verringert sich demzufolge, während die Zahl der Lohnarbeiter ständig zunimmt. Dieser Prozeß bedeutet aber keineswegs, daß im gleichen Maße auch die Macht der bürgerlichen Klasse abnimmt. Denn das Kapitalverhältnis ist wesentlich *ökonomisch objektiviert* und damit als Herrschaftsverhältnis weitgehend entpersonalisiert, d. h. unabhängig von der Zahl der zur bürgerlichen Klasse zählenden Personen. Je weniger die Kapitalisten als Personen eine Rolle spielen, da ihre Bedeutung rein quantitativ abnimmt, desto „rationaler“ erscheint das Kapitalverhältnis als *System bloßer Sachzwänge*, denen die gesellschaftlichen Gruppen nachzukommen haben²⁵.

Gleichzeitig mit dem Wachstum der relativen und absoluten Zahl der Lohnarbeiter verändert sich deren Zusammensetzung im Gefolge der Bedingungen der Kapitalakkumulation. So steigt die Zahl der nicht unmittelbar produktiven Arbeiter, also sowohl derjenigen, die nicht für die Produktion, wohl aber für die Zirkulation der Kapitalwerte sorgen, als auch derjenigen, die das Personal des Staatsapparates ausmachen. Als Voraussetzung für die Wertbildung und Verwertung ist diese Entwicklung der Klassenstruktur insofern von Bedeutung, als alle diese Lohnarbeiter aus dem von den produktiven Arbeitern produzierten Wert alimentiert werden müssen und somit eine doppelte Bedeutung für das Kapital haben: Auf der einen Seite sichern sie bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, nämlich die Kapitalzirkulation und die Aufrechterhaltung des politischen Herrschaftsverhältnisses gegenüber allen Bestrebungen, es zu beseitigen. Auf der anderen Seite sind sie eine „Last“, da sie keine Werte

und damit auch keinen Mehrwert produzieren, aber aus Teilen des gebildeten Wertes „bezahlt“ werden müssen. Diese Teile werden dann entkapitalisiert, nämlich in Revenue verwandelt. Auch in der veränderten Struktur der Lohnarbeiterklasse schlagen sich also die widersprüchlichen Vergesellschaftungstendenzen des Kapitals nieder.

Der kapitalistische Produktionsprozeß ist also nicht nur Prozeß der Akkumulation von Kapital, sondern gleichzeitig Prozeß der Vergesellschaftung, in dem immer auch die strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung sowie die Formen der Arbeitsverausgabung und -Verteilung verändert werden. Wir haben dies nur recht kurz andeuten können; aber uns kam es wesentlich darauf an, die Fragestellung zu formulieren, mit der an eine Analyse der Verhältnisse im hochentwickelten Kapitalismus herangegangen werden muß. Wir haben schon gesehen, daß die Veränderungen in der Gesellschaftlichkeit kapitalistischer Produktion und Akkumulation sowohl die Bewegungsgesetze der Gesellschaft als auch die Durchsetzungsformen der Bewegungsgesetze betreffen. Denn wenn es so ist, daß die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit — als ein Moment der Vergesellschaftung — nicht planmäßig, sondern als spontanes Resultat der Aktionen der vielen Einzelkapitale erfolgt, dann ist zu fragen, welches die vermittelnden Kategorien sind, in denen sich Denken abspielt und an denen Handlungen sich orientieren, die, verwirklicht, gerade die geschilderten Veränderungen hervorbringen. In dieser Problemstellung haben wir aber eine Frage eingeschlossen, die im Zentrum der gegenwärtigen Auseinandersetzung über Kapitalismusanalyse steht: ob die geschilderten Veränderungen es rechtfertigen, von einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung zu sprechen, der „neue“ Gesetzmäßigkeiten zukommen, die sich in ihren Entwicklungstendenzen gegenüber dem „Konkurrenzkapitalismus“ oder dem schwach entwickelten Kapitalismus mehr oder weniger unterscheidet.

III. Die Unmöglichkeit und Möglichkeit der Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung

1. Das „doppelte Wesen“ des Kapitalismus

Wir haben die Entwicklung des Kapitalismus als Vergesellschaftungsprozeß beschrieben, in dessen Verlauf die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und die strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung, d. h. der Produktionsprozeß des Kapitals selbst, sich ändern. Die Frage ist nun, ob mit diesen Änderungen so bedeutsame *qualitative* Verschiebungen verbunden sind, daß von jeweils *neuen Phasen* kapitalistischer Entwicklung gesprochen werden kann. Wirken die strukturellen Veränderungen auf die Bewegungsgesetze zurück, verändern sie die Formen, in denen sich die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen durchsetzen? Diese Frage steht letztlich hinter Bezeichnungen von Epochen der Kapitalentwicklung, wie „Konkurrenzkapitalismus“, „Monopolkapitalismus“ oder „staatsmonopolistischer Kapitalismus“. Dabei wird in der Regel eine spezifische Systematik angenommen, die in folgendem vereinfachenden Schema dargestellt werden kann:

Phasen der kapitalistischen Entwicklung:

"Konkurrenzkapitalismus"	„Monopolkapitalismus“	„staatsmonopolistischer Kapitalismus“
Konkurrenz führt zu Konzentration und Zentralisation, bringt also		
das MONOPOL →	Das MONOPOL	
	hebt die Selbstregulierungsfähigkeit des Systems auf und macht daher	
	STAATSEINGRIFFE →	STAATSEINGRIFFE
	notwendig	sind bereits Formen, die über das System hinausweisen
bis ca. 1870	bis ca. 1917	

Die einzelnen Phasen gehen nach der diesem Schema zugrundeliegenden Auffassung jeweils auseinander hervor, bauen historisch-wirklich und kategorial aufeinander auf. Die Unterscheidung der Phasen wird dabei wesentlich an den *Formen* festgemacht, in denen sich der ökonomisch-gesellschaftliche Prozeß der Verteilung der Arbeit vollzieht. Die Formen sind dabei einmal die Konkurrenz, dann das Monopol und schließlich der Staat in Verbindung mit dem Monopol, jeweils gedacht in historischer Aufeinanderfolge. Wenn die Formen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit sich dementsprechend ändern, können zwei Konsequenzen gezogen werden. Nach der *ersten* Auffassung kann angenommen werden, daß mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus die von Marx analysierten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise aufgehoben und durch neue, dem Monopolkapitalismus zukommende Gesetzmäßigkeiten *ersetzt* werden. Diese Auffassung ist in der marxistischen Literatur nicht wenig verbreitet. Um nur einige wenige Beispiele anzuführen: Baran und Sweezy machen in ihrem „Monopolkapital“ den Unterschied zwischen Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus an konträren Gesetzmäßigkeiten fest. Während im Konkurrenzkapitalismus das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate gegolten habe, sei für den Monopolkapitalismus das „Gesetz des steigenden Surplus“ konstitutiv²⁶. Eine methodisch ähnlich gelagerte Vorstellung finden wir bei Hilferding. Mit der Herausbildung des „Generalkartells“ und des organisierten Kapitalismus entsteht die Möglichkeit systematischer Planung und Leitung, die unter Bedingun-

gen des blinden Wirkens des Wert- bzw. Preisgesetzes nicht möglich war²⁷. Auch manche Theoretiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertreten methodisch ähnlich gelagerte Auffassungen, wenn sie davon sprechen, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze von der Machtentfaltung der Monopole und des Staates überdeckt oder gar beseitigt worden sei.

Die *zweite* Auffassung meint, daß die aufgrund der Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise erfolgten historischen Entwicklungen und Veränderungen auf die Gesetze und die Formen, in denen sie sich durchsetzen, selbst modifizierend zurückwirken und neue Formen hervorbringen, ohne daß damit die allgemeinen grundlegenden Bestimmungen, wie sie in der Marxschen Analyse Vorgenommen worden sind, aufgehoben oder ungültig und unwirksam würden. Darauf muß jetzt näher eingegangen werden. Bezeichnenderweise benutzen marxistische Theoretiker immer den Begriff „Kapitalismus“; sie modifizieren diesen Begriff allerdings jeweils durch ein Attribut: „Konkurrenz-“, „Monopol-“ oder „staatsmonopolistisch“. Auf der wissenschaftstheoretischen Ebene führt diese Unterscheidung zu komplizierten Konstruktionen. „Der Kapitalismus bleibt immer Kapitalismus, und sein Wesen ist stets sich gleich. Andererseits bleibt es sich auch nicht gleich, indem es unter verschiedenen Entwicklungsbedingungen ein unterschiedliches Wesen zweiter Ordnung offenbart. Gleichzeitig existieren aber die Produktionsverhältnisse nicht in der abstrakten Reinheit ihres sozialökonomischen Wesens, sondern in konkreten, sich wandelnden Erscheinungsformen. Damit wandelt sich zugleich das Wesen »zweiter Ordnung«, während das Wesen ‚erster Ordnung‘ (kapitalistische Produktionsverhältnisse) erhalten bleibt...“²⁸. Also sollte nach dieser Auffassung eine Unterscheidung vorgenommen werden zwischen den Gesetzen, die dem „Wesen erster Ordnung“ entsprechen und die den Begriff „Kapitalismus“ für die Produktionsweise rechtfertigen, und denjenigen Gesetzen, die dem „Wesen zweiter Ordnung“ entsprechen und das jeweilige Attribut „Konkurrenz-“, „Monopol-“ oder „staatsmonopolistisch“ begründen.

Dieses uns fragwürdig erscheinende methodische Vorgehen wird auch auf den *Gesetzesbegriff* ausgedehnt. Oskar Lange geht davon aus, daß es in jeder „historisch entstandenen Gesellschaftsformation eine Untergliederung der in ihr wirkenden ökonomischen Gesetze nach dem unterschiedlichen historischen Wirkungsbereich und nach der unterschiedlichen Bindung an die ökonomische Basis dieser Formation“²⁹ gibt. Und zwar handelt es sich dabei um Gesetze, die die Produktionsweise überdauern, also in gewissen technisch und natürlich bedingten Grenzen „systemindifferent“ sind, um Gesetze, die spezifisch für eine bestimmte Gesellschaftsformation sind, um Gesetze des menschlichen Verhaltens, auf die hier nicht eingegangen werden soll, und um Gesetze, die durch den Einfluß des Überbaus entstehen. Bei den spezifischen, sozusagen „systemimmanenten“ Gesetzen der Gesellschaftsformation unterscheidet Oskar Lange: „Einige dieser Gesetze sind aber nicht das Ergebnis des allgemeinen Charakters der für eine gegebene Formation typischen Produktionsverhältnisse, sondern gewisser besonderer Erscheinungsformen der Produktionsverhältnisse, die sich im Verlaufe der Entwicklung der Gesellschaftsformation verändern“³⁰. Als Beispiel dafür nennt er die „Ersetzung der Konkurrenz durch

Monopole“, wodurch das Gesetz der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate außer Kraft gesetzt würde und „neue Gesetze der Profitverteilung unter einzelne Teile der Kapitalistenklasse“ entstünden³¹. Es wird von Oskar Lange also die Gesetzmäßigkeit der Profitverteilung unter monopolistischen Verhältnissen nicht geleugnet. Aber er geht davon aus, daß das „Gesetz von der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate“ nur *einer* Phase kapitalistischer Entwicklung, nämlich der Konkurrenzepoche, zugehöre. Ob und inwiefern Lange recht hat, läßt sich allerdings nur entscheiden, wenn der Charakter des Gesetzes von der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate reflektiert wird. Darauf kann hier nicht ausführlich eingegangen werden; lediglich einige allgemeine Bestimmungen werden im Teil IV vorgenommen.

Diese Konstruktion des „Wesens erster und zweiter Ordnung“ oder von Gesetzen der Produktionsweise mit unterschiedlicher Reichweite werfen die entscheidende Frage auf, in welchem Verhältnis denn diese hierarchisch geordneten „Wesen“ bzw. „Gesetze“ stehen. Es ist also danach zu fragen, welches die Kategorien sind, in denen sich die historische Wirklichkeit des Kapitalismus in ihrer Entwicklung darstellt und welchen Bewegungsgesetzen und Formveränderungen diese historische Wirklichkeit unterworfen ist.

Bevor darauf eingegangen werden kann, soll aber noch gezeigt werden, daß diese auf allgemeinsten Ebene ausgedrückte Argumentationsfigur der beiden „Wesen“ auch der Leninschen Bestimmung des Monopolbegriffs zugrundeliegt. Dabei muß darauf verwiesen werden, daß es uns hier nicht um eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Leninschen Imperialismustheorie geht, sondern wir die Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung methodisch zu reflektieren haben. Die Grundlagen der Leninschen Argumentation lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die von Marx analysierten Gesetze der Kapitalakkumulation führen notwendig zu Konzentration und Zentralisation. Die Konzentration der Produktion wird zur Voraussetzung des Monopols. Es ist also nicht voraussetzungslos (dies muß gerade gegenüber modelltheoretischen bürgerlichen Monopoltheoretikern betont werden), „seine Voraussetzungen liegen aber nicht in anderen Elementen des Imperialismus als besonderer Entwicklungsetappe, sondern in der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt, der auf einer bestimmten Stufe des Imperialismus hervorbringt...“³². So wird das Monopol als Kategorie zu einem Angelpunkt der Bestimmung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten. Als „Ausgangskategorie“ muß die Kategorie des Monopols „also die Möglichkeit und Notwendigkeit des Übergangs zu anderen Bestimmungen in seiner Notwendigkeit beinhalten“³³. Das Monopol bestimmt sich infolgedessen als Entwicklungsergebnis der allgemeinen Gesetze kapitalistischer Reproduktion und Akkumulation. So ist es auch kategorial in den Bestimmungen der Marxschen Analyse des Kapital im Allgemeinen verankert. Das Monopol hebt aber zugleich Bestimmungen, die Marx zur Analyse des Kapitals im Allgemeinen vorgenommen hatte, auf oder setzt zumindest *zusätzliche* Bestimmungen, die dem Monopolkapitalismus als bestimmter Entwicklungsphase des Kapitalismus zukommen. Zu diesen zusätzlichen und von Marx (noch) nicht analysierten Bestimmungen gehören etwa der Kapitalexploit, die imperialistische Ausplünderung der

Kolonien, die Staatseingriffe, die Herrschaft des Finanzkapitals — um nur einige der von Lenin herausgearbeiteten *Merkmale* des Imperialismus zu erwähnen. So wird es methodisch möglich und begründbar, warum kapitalistische Entwicklung in Phasen eingeteilt werden kann, ohne daß grundlegende Bestimmungen des Kapitalverhältnisses aufgegeben werden müßten. Diese Ausführungen sind im obigen Schema verdeutlicht worden. So plausibel sie erscheinen, so notwendig ist es, diese Argumentation zu hinterfragen.

2. Der Marxsche Gesetzesbegriff

Die Argumentation erscheint zunächst einmal einleuchtend. Aber an diese methodische Konstruktion sind zwei Fragen zu richten. Die erste bezieht sich darauf, welches denn die allgemeinen, dem „Wesen erster Ordnung“ entsprechenden Bestimmungen und welches die zusätzlichen und neuen, dem „Wesen zweiter Ordnung“ entsprechenden Bestimmungen des Monopolkapitalismus sind. Und die zweite Frage bezieht sich auf das Verständnis vom Marxschen Vorgehen bei der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne an dieser Stelle in Einzelheiten einsteigen zu können, muß davon ausgegangen werden, daß Marx ja die Kategorien der Konkurrenz aus dem „Kapitalbegriff im Allgemeinen“³⁴ ableitet. Und dies aufgrund eines spezifischen Verständnisses von ökonomischen Gesetzen, die im Agieren der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft exekutiert werden. Marx hat diesen Zusammenhang wie folgt formuliert: Er spricht *erstens* von den „immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion“, die *zweitens* in der „äußeren Bewegung der Kapitale erscheinen“, sich *drittens* als „Zwangsgesetze der Konkurrenz“ geltend machen und so *viertens* als „treibende Motive dem individuellen Kapitalisten zum Bewußtsein kommen“³⁵. Von den immanenten Gesetzen der Produktionsweise zu den treibenden Motiven für das Handeln der Charaktermasken des Kapitals, der Kapitalisten, sind also *Vermittlungen* notwendig, über die die immanenten Gesetze sich im motivierten Handeln durchsetzen.

Das Handeln der Kapitalisten kommt somit, auch wenn es so scheint, nicht zufällig oder aufgrund beliebiger, z. B. anthropologisch fixierter Motivationen („Gewinnstreben“) zustande, sondern in ihm manifestieren sich die immanenten Bestimmungen der Produktionsweise, die den Kapitalisten in der Konkurrenz als Zwangsgesetze aufgeherrscht werden. Zwar handeln die Kapitalisten als Individuen, und zwar als mit Willen begabte Individuen. Aber die Willensverhältnisse bestimmen nicht die Bewegungsrichtung der Produktionsweise, sondern umgekehrt: die Willensverhältnisse werden durch das Produktionsverhältnis bestimmt. Dies ist nicht in einem mechanistisch-deterministischen Sinne zu verstehen, sondern als die Basis, auf der sich auch ein gewisser Spielraum für das Wollen und Handeln der Individuen ergibt. Daher setzen sich *historisch-wirklich* die Gesetze der Produktionsweise auch nur als Tendenzen durch, niemals also in „reiner“ Form. Dieser Spielraum selbst ist systematisch ableitbar. Auf Seiten der Kapitalisten — für die Lohnarbeiter als Individuen lassen sich ähnliche Bestimmungen entwickeln — vermitteln die Verwertungszwänge des Kapitals einmal das Interesse an und den Willen zu möglichst großer

Verwertung, die zum Ausdruck kommen im Streben nach Maximalprofit. Zum anderen aber wird in der Konkurrenz, d. h. in den Aktionen der einzelnen Kapitale aufeinander, immer wieder klargemacht, daß dauerhaft der Maximalprofit bestimmten Grenzen unterliegt, die durch die Konkurrenz als Zwangsgesetze aufgeherrscht werden.

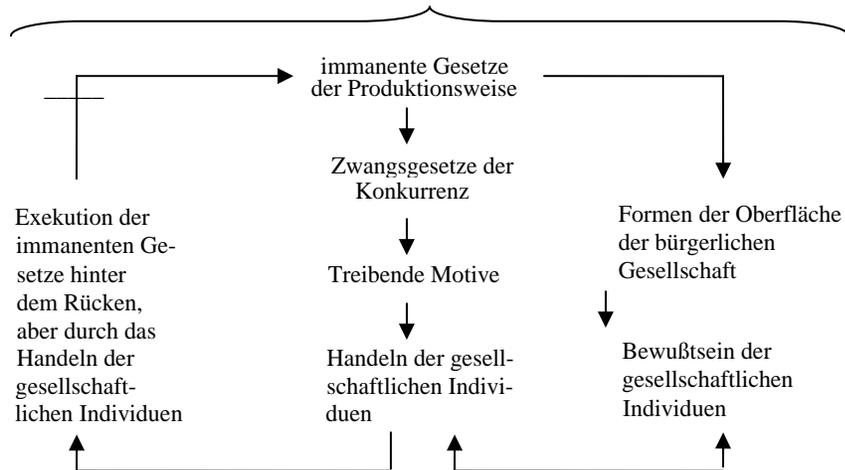
Wenn gegen die marxistische Theorie der Profitrate von bürgerlicher Seite eingewandt wird, die Strategien der Unternehmen seien gar nicht, zumindest nicht allein, auf Profiterzielung gerichtet, sondern auf Sicherung und Erweiterung der Marktmacht, langfristige Existenzsicherung, Erwerb finanzieller Rücklagen für Krisenzeiten usw., dann ist dies gerade ein Ausdruck dafür, daß individuelles Streben nicht in seinen gesellschaftlichen Restriktionen begriffen wird. Andererseits ist es aber so, daß kein Einzelkapital voraussetzungslos anfängt und daher selbst, in den genannten Unternehmenszielen bereits die Existenz anderer Einzelkapitale und damit die durch sie wirkenden gesellschaftlichen Grenzen für individuelle Zielfindung und -Verwirklichung antizipiert ist. Da kein Einzelkapital voraussetzungslos anfängt, stützt es sich in allen Aktionen auf *Erfahrungen*. Wenn er es nicht bereits weiß, dann wird der individuelle Kapitalist es merken, daß der Profitaufschlag auf seinen Kostpreis nur bis zu einer bestimmten Höhe realisiert werden kann und diese ihm durch die Konkurrenz vermittelte Erfahrung in seinen Kalkulationen berücksichtigen. So gehen die Zwangsgesetze der Konkurrenz aufgrund der *verarbeiteten Erfahrungen* in die Willensäußerungen der Kapitalisten ein. Die Konkurrenz erscheint so als ein *Medium der Exekution kapitalistischer Gesetze*, die als solche den handelnden Individuen gar nicht bekannt oder auch nur erkennbar zu sein brauchen, um dennoch letztendlich berücksichtigt und „hinter ihrem Rücken“ spontan durchgesetzt zu werden. Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise kann nur verkehrt, die Formen, die das Produktionsverhältnis konstituieren, können nur mystifiziert erscheinen. Dementsprechend kann auch das Bewußtsein der Produktionsagenten nicht anders als in diesen mystifizierten Formen befangen, d. h. verkehrt sein. Und dennoch sorgt die Konkurrenz als Sphäre des Aufeinanderwirkens der Kapitale vermittelt über das Handeln der Produktionsagenten dafür, daß sich die immanenten Gesetze durchsetzen.

Marx hat im „Kapital“ versucht, im Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten, von der Keimzelle der bürgerlichen Produktionsweise (Ware und Wert) bis hin zu den „verknöcherten“ Formen der verschiedenen Einkommenskategorien systematisch die notwendigen Kategorien der *Oberfläche* der bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine Analyse der historisch wirklichen Oberfläche und ihrer Bewegung. So wird dargestellt, wie sich der Wert der Arbeitskraft über den irrationalen Ausdruck vom „Preis der Arbeit“ in den Lohn verwandelt, der als Einkommenskategorie das Ausbeutungsverhältnis mystifiziert. So wird auch die Verwandlung des Mehrwerts in den Profit nachgezeichnet, weiter in den Durchschnittsprofit und schließlich noch in Zins, Rente und Unternehmergewinn als Revenueformen, so daß auch von dieser Seite her das Ausbeutungsverhältnis verschwindet, unsichtbar wird. Das Marxsche Vorgehen zeichnet sich also nicht dadurch aus, daß er den Kategorien der erscheinenden Oberfläche „Wesenskate-

gorien" gegenüberstellt als die „wahre Wirklichkeit“, sondern daß er die erscheinende Oberfläche als notwendige Verkehrung und Mystifikation der Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft nachweist. Wenn sich daher die Oberflächenkategorien in ihrer historischen Erscheinungsform wandeln, dann ist zu klären, inwiefern diese Änderungen selbst ein notwendiger Ausdruck der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Die *Formbestimmungen* des Wertes, des Geldes, des Kapitals, des Lohns enthalten die Verkehrung der Gesellschaftlichkeit dieser Verhältnisse in verdinglichte Kategorien, in denen sich die handelnden Individuen wie selbstverständlich bewegen. Diese Selbstverständlichkeit ist es, die immer wieder falsches Bewußtsein entstehen und sich verhärten läßt. Die *Bewegung* des Wertes, des Geldes, des Kapitals, des Lohns vollzieht sich aber gerade in den Handlungen der Individuen aufeinander, die als Charaktermasken des Kapitals (und auch der Lohnarbeit) agieren. Damit exekutieren sie selbst immer wieder die in der Wertbewegung angelegte Widersprüchlichkeit, die periodisch zu Krisen sich verschärft. Als „bloße Steigerung der Quantität und Intensität des Alltagslebens der bürgerlichen Gesellschaft“⁵⁶ stellt die Krise immer wieder die Selbstverständlichkeit der alltäglichen Bewegungen in den vom Produktionsverhältnis vorgegebenen Formen in Frage. Die Konkurrenz als „Erscheinungsform, worin sich ihre (der ökonomischen Gesetze — EA) Notwendigkeit realisiert“⁵⁷, läßt dann auch immer Totalitätsbewußtsein, teilweise als Katastrophenbewußtsein, entstehen. Denn nun wird deutlich, daß unabhängig und gegen den Willen und das Handeln der Individuen das gesellschaftliche Verhältnis eine eigene Qualität entfaltet und seinen immanenten Notwendigkeiten auch mittels Krisen zum Durchbruch verhilft. Insofern als die Kapitalbewegung Krisen hervorbringt, werden die mystifizierten Formen immer wieder durchbrochen. Denn dann wird der Antagonismus des Kapitalverhält-

Analyse des Kapitalbegriffs im Allgemeinen Analyse der Formen und der Bewegung des Werts



nisses unmittelbar erfahrbar; er drückt sich in allen Erscheinungsformen als solcher aus — dies als nicht weiter auszuführender Hinweis gegen die Annahme von der Durchgängigkeit mystifizierten Bewußtseins.

Der von Marx dargelegte Vermittlungszusammenhang zwischen den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Handeln der gesellschaftlichen Individuen kann schematisch folgendermaßen zusammengefaßt werden.

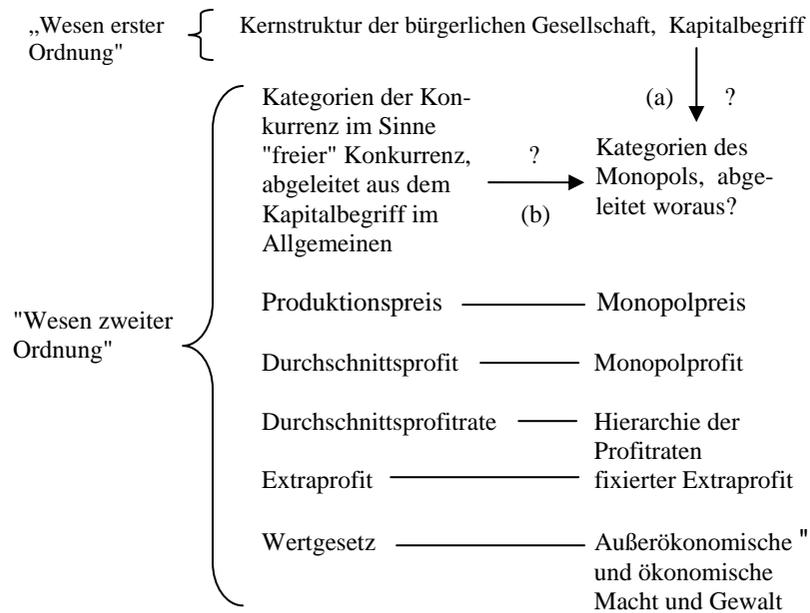
Die Spezifik der Marxschen Auffassung von gesellschaftlichen Gesetzen und sozialem Handeln besteht also darin, daß die Gesetze als Entwicklungstendenzen sich aufgrund des Handelns der gesellschaftlichen Individuen, der Kapitalisten und Lohnarbeiter, durchsetzen, daß deren Handeln einem Bewußtsein folgt, das selbst in notwendig verkehrten Formen, in denen sich die bürgerliche Gesellschaft auf der Oberfläche darbietet, befangen ist, und schließlich dem Handeln treibende Motive, Zwänge zugrundeliegen, die sich aus der Konkurrenz ergeben. Da die sozialen Bewegungsgesetze und Entwicklungstendenzen also durch das gesellschaftliche Handeln exekutiert werden, kommt es in der Marxschen Theorie so wesentlich auf die Vermittlung zwischen beiden an. Dies systematisch entwickelt zu haben, ist eine der wesentlichen Seiten der Marxschen Theorie, und eine Auflösung dieses Vermittlungszusammenhangs bedeutet de facto die Aufgabe des Kerns der Marxschen Theorie.

3. Konkurrenz und Monopol

Dies wird nun relevant für das Monopolproblem. Vom Monopolisten wird ja angenommen, daß er in der Lage ist, sich den „immanenten Gesetzen der Produktion“ dadurch zu entheben, daß er die Konkurrenz, die sie als „Zwangsgesetze“ geltend machen würde, ausschaltet, um sein „treibendes Motiv“, das Streben nach Maximalprofit, sprich: Monopolprofit, realisieren zu können. So wird deutlich, worum es — auf dieser Ebene — beim Monopolproblem geht: Während gerade aufgrund des Strebens nach möglichst großem Profit vermittelt über die Wirkungszusammenhänge der Konkurrenz die Unterschiede in der Ausbeutung und Profiterzielung *tendenziell* eingeebnet werden können, so daß letztendlich alle Kapitale die Durchschnittsprofitrate zu beziehen vermögen, wird beim Monopol das *Vermittlungsglied* der Konkurrenz zwischen den immanenten Gesetzen der Produktionsweise und den Motiven und daraus resultierenden Handlungen *gekappt*. Es entsteht die Annahme, daß einerseits die immanenten Gesetze der Produktionsweise als Bewegungsgesetze weiter Gültigkeit haben („Der Imperialismus bleibt Kapitalismus“), andererseits aber das Monopol sich den Ausgleichsgesetzen zu entziehen vermag („Ein Ausgleich der Profitraten findet nicht mehr statt.“). Wertbewegung und motiviertes, interessengeleitetes Handeln verlieren so ihren Zusammenhang, so daß auch ohne zusätzliche Annahmen oder theoretische Inkonsistenzen keine Grenzen für das Handeln der monopolistischen Kapitalagenten aus der *Wertbewegung* ableitbar sind. Die Kategorie der *Macht* erweist sich von dieser Seite her als ein notwendiges Korrelat zum Auseinanderreißen des Vermittlungszusammenhangs von Gesetzen der Produktionsweise und den Aktionen der Einzelkapitale bzw. dem Handeln ihrer Agenten.

So zeigt es sich, daß es wesentlich auf die Vermittlungen zwischen allgemeinen Bewegungsgesetzen, den Formen ihrer Durchsetzung und dem in den Formen der Oberfläche befangenen Handeln der Individuen ankommt. Der so umschriebene Vermittlungszusammenhang wird bei Marx auf der kategorialen Ebene insofern entfaltet, als alle Kategorien der Konkurrenz noch aus dem Kapitalbegriff im Allgemeinen ableitbar sind. Die Kategorien des Produktionspreises, der Durchschnittsprofitrate, des Extraprofits, des Marktwerts sind *Explikate des Kapitalbegriffs*. Wie aber verhält es sich mit den Kategorien des Monopols: Monopolpreis, Monopolprofit, Macht und Herrschaft? Sind diese Kategorien aus dem Kapitalbegriff im Allgemeinen ableitbar, oder sind sie Kategorien des Monopols, und wenn das so ist, in welchem Verhältnis stehen dann Monopolbegriff und Kapitalbegriff? Man kann versuchen, diese Zusammenhänge schematisch

anzuordnen:



Betreffen die aufgeführten Veränderungen in den Kategorien das „Wesen“ des Kapitalismus oder lediglich die Sphäre der Konkurrenz? Wäre das erstere der Fall, dann müßten die Kategorien des Monopols so expliziert werden, wie von Marx die Kategorien der Konkurrenz aus dem Kapitalbegriff abgeleitet worden sind, es sei denn, man nimmt zu bloßen Definitionen Zuflucht. Es müßte also der Pfeil (a) expliziert werden. Im zweiten Fall müßten die Kategorien des Monopols als Weiterentwicklungen oder Modifikationen der Kategorien der Konkurrenz abgeleitet werden. Es müßte also Pfeil (b) begründet werden. In dieser logischen Alternative besteht bei den Theoretikern des staatsmonopolistischen Kapitalismus keine

Eindeutigkeit. Während die einen die Kategorien des Monopols als Ausdruck einer „neuen Qualität“ des Kapitalismus verstehen, gehen die anderen davon aus, es handle sich dabei nur um weiterentwickelte Kategorien der Ausgleichsbedingungen auf der Ebene der Konkurrenz. Trotz dieser Ungeklärtheit in den — in dieser Frage jedenfalls — sehr uneinheitlichen Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus soll hier davon ausgegangen werden, daß im Grunde genommen *nur gemeint sein kann*, daß die Kategorien des Monopols sich aus den Kategorien der Konkurrenz ergeben, so wie es methodologisch am Beispiel der Leninschen Imperialismustheorie Fritz Kumpf demonstriert hat^{37a}.

Aber damit ist die Schwierigkeit noch nicht bewältigt, den Vermittlungszusammenhang von allgemeinen Bewegungsgesetzen über die Kategorien der Durchsetzungsformen dieser Gesetze bis zum motivierten Handeln der Individuen nicht auseinanderzureißen und in den dem Monopolbegriff zukommenden Kategorien in sich stimmig darzustellen. Welcher Art diese Schwierigkeiten sind, kann am besten anhand eines Zitats verdeutlicht werden, aus dem beachtlichen, wenn auch problematischen Versuch von Fred Oelßner, die Kategorie des Monopols herzuleiten: „Der Imperialismus bleibt Kapitalismus. Aber die adäquate Form des Kapitals — die freie Konkurrenz — wird partiell und temporär aufgehoben. Dadurch werden Erkenntnis und Wirkung der adäquaten Gesetze *gestört*. Wir müssen aber, weil das Monopol im Imperialismus typisch und vorherrschend geworden ist, die eine der unerläßlichen Voraussetzungen fallen lassen, die absolute Herrschaft der freien Konkurrenz. Wie das Monopol eine Abweichung vom ‚klassisch reinen‘ Kapitalismus ist, so sind es auch die vorkapitalistischen Produzenten usw. Es ist somit die Frage berechtigt, ob bei der Erforschung einer solchen konkreten Kategorie wie dem Monopolpreis bzw. Monopolprofit die Abstraktion eines ‚reinen Kapitalismus‘ noch zulässig ist“³⁸. Ist die Wirkung der adäquaten Gesetze gestört, dann „(destillieren) alle Versuche, ein exaktes ökonomisches Gesetz des Monopolprofits zu finden, . . . aus dem Monopolprofit sozusagen einen reinen Monopolprofit heraus, den es nicht gibt und nicht geben kann“³⁹. Aus diesen Feststellungen lassen sich vier Momente herausheben, die die Spezifik des Monopolkapitalismus gegenüber dem Kapitalismus bezeichnen sollen. Damit wollen wir uns eingehender beschäftigen, um das Monopolproblem nun theoretisch genauer in den Griff zu bekommen.

Das *erste Moment* betrifft die Aussage vom „klassisch reinen Kapitalismus“ im Unterschied zum Monopolkapitalismus oder Imperialismus. Es läßt sich zeigen, daß Marx keineswegs davon ausgeht, daß es so etwas wie den „klassisch reinen Kapitalismus“ gebe und daß seine Darstellung des Kapitalbegriffs keineswegs die Theorie eines klassisch reinen Kapitalismus ist, sondern des Kapitalverhältnisses schlechthin. Sie ist als Darstellung Entfaltung des Kapitalbegriffs im Allgemeinen. Im Gegenteil ist es so, daß im Zuge seiner Entwicklung der Kapitalismus gerade die historischen Relikte aus der ihm vorausgehenden Produktionsweise beseitigt und sich somit in der Tendenz „auf den Begriff bringt“, gerade auch in der historischen Entwicklung. So ist der Kapitalbegriff im Allgemeinen weder eine schlechte Abstraktion, die nichts mit historisch wirklichen Prozessen zu tun hätte, noch die analytische Erfassung nur einer bestimmten Phase der

Kapitalentwicklung. Es handelt sich dabei vielmehr um die begriffliche Reproduktion (also nicht um Widerspiegelung) historisch wirklicher Formen. Die entwickelten Kategorien des allgemeinen Kapitalbegriffs sind keine theoretischen Setzungen, bloße Definitionen eines forschenden Subjekts, sondern begrifflich-abstrakte Formen des gesellschaftlichen Lebensprozesses unter kapitalistischen Verhältnissen. Die Aussage von der klassischen Reinheit kann sich demnach gar nicht auf den Kapitalismus als historischer Gesellschaftsform beziehen, sondern nur auf die Form der begrifflichen Reproduktion des Kapitalismus in der Marxschen Darstellung, wo die Verhältnisse nur im „idealen Durchschnitt“ betrachtet werden unter Absehung von historischen Besonderheiten. So aufgefaßt, würde Oelßners Formulierung programmatisch gewendet nahelegen, das Produktionsverhältnis nicht nur im idealen Durchschnitt zu untersuchen, sondern auch in seinen konkreten historischen Verlaufsformen, wobei eben Entwicklungen, Formen, Probleme zu berücksichtigen wären, die Marx bewußt aus der Analyse ausklammerte⁴⁰, die aber am Verhältnis von Gesetzen und wirklich erscheinender Bewegung nichts ändern würden. Damit wären wir beim *zweiten Moment*, das nach Oelßner — und nicht nur nach Oelßner — spezifisch für das „monopolistische Stadium“ der Kapitalentwicklung ist. Es handelt sich dabei um neue Kategorien wie Monopolprofit, Monopolpreis und Monopoltribut. Dabei sind es nicht die Kategorien als solche, die „neu“ wären und lediglich der monopolistischen Phase zukämen; entscheidend ist, daß in ihnen zum Ausdruck gebracht wird, daß das Monopol die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus „untergräbt“ und damit auch die Existenzweise des Produktionsverhältnisses. Denn ein exaktes Gesetz des Monopolprofits gebe es nicht, ebensowenig wie einen „reinen“ Monopolprofit.

An dieser Stelle wird eine Verwechslung deutlich. Schon Ricardo meinte, daß der Monopolpreis keine notwendige Beziehung zum natürlichen Wert der Ware habe und daher auch nicht durch die Bewegung ihrer Produktionskosten reguliert werden könne⁴¹. Auch Marx ging davon aus, daß es bestimmte Zufälligkeiten von Angebot und Nachfrage sein könnten, die zeitweise Monopolsituationen mit Monopolpreisen und Monopolprofiten hervorbringen könnten. Es ist klar, daß Zufälligkeiten als solche nicht einem Gesetz unterliegen können. Aber als Zufälligkeiten stellen sie das Korrelat zum Notwendigen dar, und die entscheidende Frage müßte daher lauten, welches die normalen, notwendigen Bedingungen eigentlich sind, auf deren Grundlage sich auch zufällig Monopolprofite ergeben. Gerade diese Frage versucht Oelßner auszuklammern.

Man kann ein solches Vorgehen akzeptieren, doch taucht hier schon die alles entscheidende Frage auf, wie sich die Kategorien des Monopols nicht nur als Veränderungen auf der Ebene der Konkurrenz als isolierter Sphäre ergeben, sondern wie sie an die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Produktionsweise gebunden sind. Nur wenn diese Frage beantwortet wird, kann theoretische Willkür bei der Bestimmung des Monopolbegriffs vermieden und die Bewegung und Form des Monopols exakt bestimmt werden. Mit anderen Worten: Man kommt nicht umhin, die Kategorien der Konkurrenz abzuleiten, ihren systematischen Stellenwert zu bestimmen, ihre historische Bewegung und Veränderung auf die begrifflich explizierbaren Bewegungs-

gesetze zurückzubeziehen. Erst in einem solchen Rahmen kann der Monopolbegriff sinnvoll werden.

Betrachten wir das *dritte Moment* in Oelßners Bestimmung. Mit der unter monopolistischen Verhältnissen erfolgenden Untergrabung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus tritt auch eine „weitere Verschärfung der Widersprüche“ ein, werden Fäulnis, Parasitismus, Zersetzung zu Kennzeichen des Imperialismus, wie im Anschluß an Lenins Imperialismus-Analyse immer wieder konstatiert wird. Der progressive Charakter, den Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ dem Kapitalismus bescheinigten, verkehrt sich so ins Gegenteil. Das Über-sich-Hinausweisen der Produktionsweise, die Schranken, an die das Kapitalverhältnis in seiner Entwicklung stößt, ergeben sich nun vor allem aus der — notwendigen — Entstehung von Monopolen. Darin ist die Auffassung impliziert, daß der Kapitalismus mit der Herausbildung der Monopole seiner immanenten Regulierungsfähigkeit verlustig gehe und mit der Untergrabung der ökonomischen Gesetze nun *Macht und politische Gewalt* an ihre Stelle treten, was als Ausdruck der Zersetzung der Produktionsweise interpretiert wird.

Das *vierte Moment* in Oelßners Argumentation ist das in diesem Zusammenhang entscheidende. Er spricht von der zumindest partiellen und temporären Aufhebung der *Konkurrenz*, dann aber auch von dem Übergang von der *freien Konkurrenz* zur *monopolistischen Konkurrenz*. Wenn er davon ausgeht, daß auch im Monopolkapitalismus oder im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wenn auch eingeschränkte und partiell und temporär aufgehobene Konkurrenz herrsche, dann kann sich die Unterscheidung des Konkurrenz- vom Monopolkapitalismus nicht auf die Konkurrenz als Sphäre intentionaler Aktionen der Kapitale aufeinander beziehen, sondern nur auf die „*Freiheit*“ der Konkurrenz. Dies scheint mit der Marxschen Bestimmung der *freien Konkurrenz* zu korrespondieren: „Die freie Konkurrenz ist die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein andres Kapital, d. h. das reelle Verhalten des Kapitals als Kapital. . . ; die auf das Kapital gegründete Produktion setzt sich nur in ihren adäquaten Formen, sofern und soweit sich die freie Konkurrenz entwickelt, denn sie ist die freie Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise; die freie Entwicklung seiner Bedingungen und seiner als diese Bedingungen sich ständig reproduzierenden Prozesses . . . Die freie Konkurrenz ist aber die adäquate Form des produktiven Prozesses des Kapitals. Je weiter sie entwickelt ist, um so reiner treten die Formen seiner Bewegung hervor...“⁴². Doch ist Marx' Bestimmung der freien Konkurrenz hier zunächst auf ihre Bedeutung bei der *Auflösung* von vorkapitalistischen Bindungen wie Zunftzwang, inneren Zöllen, Regierungsmaßregelung usw. gerichtet, um nach dieser *negativen* Bestimmung der Konkurrenz ihre *positive* Bedeutung für die Reproduktion des Kapitals als Kapitalverhältnis herauszustellen. Aus diesem Grunde auch kommt Marx bei vordergründiger Betrachtung durchaus zu ähnlichen Ergebnissen wie Oelßner und viele andere Theoretiker, nämlich zu einer Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung: „Solange das Kapital *schwach* ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich *stark* fühlt, wirft es die Krücken weg, und

bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt sich selbst als *Schranke der Entwicklung* zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind"⁴³.

Indem das Kapital die freie Konkurrenz monopolistisch zügelt, kündigt es seine Auflösung als Kapitalverhältnis bereits an. Soweit ist alles klar. Das Typische bei Oelßner wie auch bei vielen anderen aber besteht darin, daß sie einen nächsten Schritt machen, der, wie ich meine, im Widerspruch zur Marxschen Theorie und der im obigen Zitat zum Ausdruck kommenden Intention steht: Zügelung der freien Konkurrenz durch das Monopol führe dazu, daß die ökonomischen Gesetze der Bewegung des Kapitalismus nicht mehr „adäquat“ funktionieren und daher auch ökonomische Gesetze zum Beispiel zur Bestimmung von Qualität und Quantität des Monopolprofits nicht mehr existieren oder zumindest doch nicht auffindbar seien. Die Hypostasierung der „Freiheit“ der Konkurrenz führt notwendig dazu, daß mit ihrer Einschränkung dem Kapital bestimmte Qualitäten abgesprochen werden — Abweichung vom „klassisch-reinen Kapitalismus“, Aufhebung der Ausgleichsbestimmungen der vielen Kapitale, usw. — und ihm *neue Qualitäten* zugesprochen werden, z. B. die Möglichkeit der Verteilung nach der *Macht*⁴⁴. Aber durch die *Konkurrenz*, und nicht unbedingt durch eine emphatisch hervorgehobene „freie“ Konkurrenz, „wird das einzelne Kapital realiter erst in die Bedingungen des Kapitals überhaupt gestellt . . . Wirkung der einzelnen Kapitale aufeinander bewirkt eben, daß sie als Kapital sich verhalten müssen; das scheinbar unabhängige Wirken der einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist gerade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes...“⁴⁵. Und die Konkurrenz als Wirkung der einzelnen Kapitale aufeinander ist auch durch eine noch so weitgehende Monopolisierung der Wirtschaft nicht aufzuheben. Die Vorstellung, diese Monopolisierung könne bis zum „Generalkartell“ getrieben werden — was Hilferding annahm —, müßte dann auch konsequent genug, sein, um mit der Aufhebung der *Konkurrenz* — und nicht nur der *freien Konkurrenz* — die Aufhebung des Kapitalismus zu proklamieren. Eugen Varga hat diese absurde Logik anhand der inneren Widersprüchlichkeit des Begriffs des „organisierten Kapitalismus“ aufzuzeigen versucht. Wenn es keine Konkurrenz mehr gebe, kein Wertgesetz, keine Notwendigkeit der Akkumulation, dann sei dies auch kein Kapitalismus mehr. „Daher enthält der Begriff des organisierten Kapitalismus einen inneren Widerspruch, sobald man ihn sich als vollendet denkt. . .“⁴⁶. Und entsprechend ist es widersprüchlich, den Imperialismus oder Monopolkapitalismus als Kapitalismus zu bezeichnen und gleichzeitig von der Aufhebung der Gesetze eines „reinen Kapitalismus“ im Monopol zu sprechen.

Das Monopol kann demgegenüber als ein spezifisches Moment der Konkurrenz aufgefaßt werden. Die Einzelkapitale und deren „Kopf“, die Unternehmensleiter, streben regelmäßig Monopolstellungen an bzw. versuchen, Monopolstellungen anderer, konkurrierender Einzelkapitale zunichtezumachen. Da die Konkurrenz nicht aufhört zu wirken, wenn einzelne Kapitale als Monopole existieren, wird das einzelkapitalistische Streben nach

Monopolstellungen, weil diese einen überdurchschnittlichen Profit eintragen, immer wieder durch die Ausgleichsbewegungen der Einzelkapitale — in denen sie sich als Teil des Gesamtkapitals konstituieren — konterkariert. Monopol und Konkurrenz sind daher auf der Ebene der Ausgleichsbewegungen bzw. der Durchsetzungsformen der Bewegungsgesetze der Produktionsweise nichts qualitativ Verschiedenes oder gar einander Ausschließendes. Dies hat Marx im Auge, wenn er in einer frühen Schrift schreibt, daß man „in der Praxis des Lebens . . . nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit (findet), sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. . . Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrecht erhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt“⁴⁷. So wird deutlich gemacht, daß das Streben nach *Monopolstellungen* nichts anderes darstellt als ein *Moment der Konkurrenz*, d. h. des Aufeinanderwirkens der Einzelkapitale und der Konkurrenz von Lohnarbeit und Kapital.

Das Monopol als ein Moment der Konkurrenz stellt sich als ein Problem der Durchsetzungsform der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Solange davon ausgegangen wird, daß die Durchsetzung in „reiner Form“, im „idealen Durchschnitt“ erfolgt, also auch die immanenten Gesetze der Produktionsweise als solche exekutiert werden, kann von der Untersuchung dieser Durchsetzungsform abstrahiert werden. So wird es auf der begrifflichen Ebene des Kapitals im Allgemeinen nicht notwendig sein, die Form der Durchsetzung der Gesetze in die Darstellung einzubeziehen. Lediglich die Notwendigkeit ihrer Durchsetzung ist auf dieser Ebene zu reflektieren. So kann Marx auch im „Kapital“ weitgehend von der Sphäre der Konkurrenz abstrahieren und folglich auch das Monopolproblem nur in verstreuten Bemerkungen anschnitten. Der *Stellenwert* des Problems wird so geortet; das Problem selbst jedoch nicht näher untersucht und gelöst. Wenn das Monopolproblem die Durchsetzungsformen der Gesetze der Produktionsweise betrifft, nicht aber diese Bewegungsgesetze selbst — was, wie sich noch zeigen wird, problematisch ist —, dann scheint der Zugang zur Lösung gefunden zu sein, wie er von Margaret Wirth formuliert wird: „Denn das Kapital als Wert kann überhaupt nur quantitativ gefaßt werden; das Beziehen des Kapitals auf sich selbst als Wert hat zur Folge, daß jedes Kapital beansprucht, mindestens sich ebenso gut zu verwerten wie jeder andere Teil des gesellschaftlichen Wertes. Was sich historisch ändert, sind die Formen, in denen jedes Kapital versucht, den Durchschnittsprofit zu erreichen oder sich der Reduktion seines Profits auf den D(urchschnitts)-p(rofit) zu entziehen; subjektiv stellt sich die Tendenz gleicher Verwertung immer dar in dem Versuch, mehr zu ergattern als die anderen“⁴⁸.

Obwohl sie einleuchtend ist, reicht diese Lösung nicht aus. Denn die Frage, die von all denjenigen gestellt wird, die vom veränderten Charakter und von veränderten Gesetzen im Monopolkapitalismus oder im staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen, bleibt bestehen: Wenn die Formen der Durchsetzung sich so ändern, daß die Vermittlung von den immanenten Gesetzen zu den treibenden Motiven der Kapitalisten nicht vollziehbar ist, d. h. die immanenten Gesetze eine Abstraktion bleiben, da ihnen historisch keine Geltung zu verschaffen ist, sind sie dann nicht Gesetze ohne materielle Basis, Bewegungsgesetze der Produktionsweise, ohne daß sich

die Produktionsweise ihnen entsprechend auch wirklich bewegt? Die in der Frage implizierte Annahme lautet also: Die Gesetze der Produktionsweise, so wie Marx sie analysiert hat, verlieren an historischer Bedeutung, wenn die Formen ihrer Durchsetzung sich im Verlauf des historischen Prozesses ändern. Diese Annahme gilt es jedenfalls aufzulösen, wenn Theorien wie diejenigen von Natalie Moszkowska oder von Baran/Sweezy, daß die Profitrate nicht tendenziell falle, sondern zumindest unter monopolistischen Bedingungen steige, kritisiert werden sollen, oder wenn die Annahme vom „Monopol als Herrschaftsverhältnis“ diskutiert werden soll⁴⁹.

Gerade in denjenigen Vorstellungen, die vom „veränderten Wesen des Monopolkapitalismus“ handeln, besteht das Rationale in der Annahme, daß die Gesetze der Produktionsweise an den veränderten Formen der Durchsetzung scheitern und daher das Monopol selbst ein neues Verhältnis konstituiere. Weil die Ausgleichsgesetze nicht mehr wirken, können sich auch die Bewegungsgesetze nicht mehr in der Weise wie noch in der Phase des „Konkurrenzkapitalismus“ durchsetzen. So schreiben Horst Heininger und Peter Hess: „Das Monopol ist somit eine Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, eine *qualitativ neue* Kategorie Die monopolistische Konkurrenz ist aber nicht eine gradlinige Fortentwicklung der freien Konkurrenz, sie ist eine *qualitativ neue* Kategorie, eine *qualitativ neue* Stufe in den gegenseitigen Beziehungen der Kapitale. Das ist . . . nicht mehr ein einfacher Prozeß, der sich zwischen gleichberechtigten Partnern auf dem Markt vollzieht, sondern ein Prozeß des Drucks, des Abwürgens, des Diktats, der Gewalt, der Herstellung von Herrschaftsverhältnissen und der Ausübung ökonomischer und außerökonomischer Macht“⁵⁰.

Wenn man also davon ausgeht, daß mit den veränderten Durchsetzungsformen ökonomischer Gesetze, wie sie mit dem Monopol zusammenhängen, auch die Realität der kapitalistischen Reproduktionsstruktur und ihrer Bewegungsgesetze sich ändert, dann ist es berechtigt, von einer „neuen Stufe“ oder „neuen Qualität“ der kapitalistischen Entwicklung zu sprechen. Denn es ist richtig, daß die Veränderungen der Durchsetzungsformen von Gesetzen diese Gesetze selbst verändern müssen. Schließlich hat ein dauerhaft beziehbarer Monopolprofit auch entsprechend überdurchschnittliche Akkumulationsmöglichkeiten zur Folge, so daß sich auf Dauer jedenfalls das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit dem Monopol verändern müßte. Diese vordergründig schlüssig erscheinende Auffassung aber steht und fällt mit der Annahme von der strukturell bedingten Dauerhaftigkeit der Monopolstellungen. Nur wenn die Konkurrenz tatsächlich keine Chance mehr hat, das Monopol immer wieder zu beseitigen, oder nicht-monopolistischen Kapitalen keine Chance läßt, Monopolstellungen zu gewinnen, wenn also die Tendenz zur Herausbildung der Durchschnittsprofitrate *völlig* ausgeschlossen sein sollte, kann diese Auffassung berechtigt sein. Ist es jedoch so, daß auch das Monopol zu fallen vermag, daß sich also die Durchsetzungsformen der ökonomischen Entwicklungsgesetze gegenüber dem Monopol behaupten, dann hat das Monopol nur eine Wirkung: es *modifiziert* die Durchsetzungsformen, ohne aber die Verwirklichung der ökonomischen Gesetze zu verhindern und damit dem Kapitalismus eine neue Qualität zu geben. Die Konsequenz der modi-

fizierten Wirkung des Wertgesetzes würde dann nur sein, daß die Prozesse der Durchsetzung der immanenten Gesetze der Produktionsweise *längere Zeit* benötigen. Die „längere Zeit“ ist ökonomisch bestimmt: Wenn Marx davon ausging, daß sich die Ausgleichsbedingungen der vielen Einzelkapitale im Verlauf der Akkumulationszyklen durchsetzen, dann kann unter modifizierten Bedingungen die Durchsetzung länger als einen Zyklus brauchen. Darauf gehen wir im nächsten Abschnitt ein.

IV. Die Bedeutung der Kategorie der Durchschnittsprofitrate

Wir sehen also, daß die Konkurrenz als Konkurrenz und nicht erst als *freie* Konkurrenz konstitutiv für die Durchsetzung der Bewegungsgesetze im Kapitalismus ist. Die Aussage, daß das Monopol der freien Konkurrenz entgegengerichtet sei, muß daher zunächst einmal und konsequent weitergedacht keine Bedeutung für Formen und Bewegungsgesetze des Kapitals haben. Erst dann, wenn behauptet wird, das Monopol löse die Konkurrenz ab und trete an ihre Stelle, entstehen Probleme hinsichtlich der Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis von Monopol und kapitalistischer Produktionsweise. Denn der Vermittlungszusammenhang von immanenten Bewegungsgesetzen und individuellem Handeln ist zerrissen. Nun befinden wir uns vor einer Schwierigkeit, die daraus entsteht, daß die von uns des öfteren erwähnten Bewegungsgesetze der Produktionsweise dem gesellschaftlichen *Gesamtkapital* zukommen, jedoch das gesellschaftliche Gesamtkapital nicht das handelnde Subjekt ist. Handelnde Subjekte sind vielmehr die vielen Einzelkapitale bzw. deren Agenten, die Kapitalisten auf der einen Seite und die Lohnarbeiter auf der anderen Seite.

1. Gesamtkapital und Einzelkapital

Die Frage ist daher, wie und inwiefern die handelnden Subjekte in ihrem Handeln nicht nur die Bewegungsgesetze exekutieren, sondern auch das gesellschaftliche Gesamtkapital als *wirkliche* Größe herstellen. Schließlich kann das gesellschaftliche Gesamtkapital als Kategorie nur gedacht werden, wenn die vielen Einzelkapitale in ihrem Handeln das Gesamtkapital *konstituieren*. Sie können aber das Gesamtkapital nur konstituieren, wenn sie sich selbst als Teile des Gesamtkapitals *verhalten*; denn das Gesamtkapital ist keine Kategorie, die noch jenseits der vielen Einzelkapitale als davon unabhängige Größe materiell existiert. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Bedeutung der Kategorie der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate. Denn der Bezug zur Durchschnittsprofitrate ist ein Ausdruck des gleichen Verhaltens und *Verhältnisses* eines jeden Einzelkapitals zu sich selbst als Teil des Gesamtkapitals. Jedes Einzelkapital stellt sich so immer von zwei Seiten dar: Es ist zugleich *Einzelkapital als solches* und *Einzelkapital als Teil des Gesamtkapitals*. Als Einzelkapital bzw. als seine Charaktermaske strebt jeder Kapitalist nach Maximalprofit; da aber alle danach streben, die Profitmasse jedoch begrenzt ist — aus Gründen, die weiter unten genauer benannt werden —, wird das Streben nach Maximalprofit durch *Ausgleichsgesetze*, die dem Gesamtkapital zukommen, konterkariert. Das Einzelkapital als Teil des Gesamtkapitals wird daher letztlich lediglich

auf den Durchschnittsprofit kommen⁵¹. Dieses Verhältnis von *Besonderem* (Einzelkapital als Teil des Gesamtkapitals) und *Einzelnem* (Einzelkapital als Einzelkapital) liegt der Bewegung zum Ausgleich, in deren Verlauf im Handeln das Gesamtkapital, das *Allgemeine* konstituiert wird, ebenso zugrunde wie der Möglichkeit von Einzelkapitalen, sich zeitweise den Ausgleichsbedingungen zu entziehen, sich also als „Monopole“ zu installieren. Daher gehen wir jetzt genauer darauf ein.

Daß die Durchschnittsprofitrate auf jedes Einzelkapital nicht in jedem Moment der Kapitalreproduktion bezogen werden kann, geht schon daraus hervor, daß sie „überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen (existiert — E. A.), daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt“⁵². Es ist also „normal“, daß die Durchschnittsprofitrate realiter nicht bezogen wird, aber dennoch die Einzelkapitale ihrer *Wirkungsweise* unterliegen. Aber ist es einem Einzelkapital dauerhaft gelungen, sich den Ausgleichsbedingungen zu entziehen, dann hört es auf, als Teil des Gesamtkapitals zu fungieren. Diese Situation scheint den Sinn der Aussage vom Monopol als Herrschaftsverhältnis oder von der ökonomischen und außerökonomischen Macht der Monopole auszumachen. Denn dieses den Ausgleichsbedingungen entthobene Kapital hört auf, den Gesetzen des Kapitals und daher auch den ökonomisch bestimmten Grenzen beispielsweise der Profiterzielung unterworfen zu sein, und kann daher nur noch ein *Machtkonglomerat* darstellen. Damit aber wird es auch fragwürdig, dieses Machtkonglomerat überhaupt noch als Kapital begrifflich zu fassen. Und so scheint der häufig gebrauchte Begriff des Monopols einen Sinn zu geben, der sich vom Sinn des Kapitalbegriffs durchaus unterscheidet. Wir sehen jetzt auch klarer, was es mit der Kategorie der von den Monopolen angewandten ökonomischen und außerökonomischen Macht auf sich hat. Der Einsatz ökonomischer und außerökonomischer Macht durch (monopolistische) Einzelkapitale hat zur Konsequenz, daß sich diese Einzelkapitale als Einzelkapital den ökonomischen Zwängen zu entziehen vermögen, sich als Teil des Gesamtkapitals verhalten zu müssen. Wenn genügend Einzelkapitale, und zwar erfolgreich, ökonomische und außerökonomische Macht auszuüben vermögen, dann kann sich allerdings das Gesamtkapital als solches nicht mehr konstituieren. Damit wird aber auch der Begriff des Kapitals im Allgemeinen fragwürdig.

Kapital als Kategorie umschreibt ein gesellschaftliches Verhältnis, das sowohl *qualitativ* zu fassen ist — als Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital und als stoffliches Verhältnis der einzelnen Kapitale untereinander — als auch *quantitativ* betrachtet werden muß als Wertbewegung, als Verwertung des Kapitals, die sich als Vergrößerung der vorgeschossenen Wertmasse ausdrückt. Da es eine Überschaubarkeit gesellschaftlicher Prozesse weder von Seiten des Einzelkapitals noch von Seiten einer übergeordneten Instanz geben kann, stellt es sich immer erst im Nachhinein heraus, ob das Einzelkapital erstens mit seiner in quantitativen Wertgrößen ausgedrückten Produktion auch den qualitativen, gebrauchswertmäßigen Anforderungen der Gesellschaft entspricht und ob es zweitens auch quantitativ das erreicht, was es sich als notwendige Verwertung

ausgerechnet hatte. Denn solange überhaupt noch Einzelkapitale existieren, ist die stoffliche Reproduktion der Gesellschaft qualitativ nur als Resultat von Verwertungsprozessen einzelner Kapitale vorstellbar. Damit sind wir aber beim zweiten Prinzip, das die Konstitution der Einzelkapitale zum Gesamtkapital reguliert. Die Absicht zu möglichst großer Verwertung des Einzelkapitals steht in Konflikt mit der gleichen Absicht des anderen Einzelkapitals. Denn die Verwertung des Kapitals ist in jedem Moment durch die Masse der ausbeutbaren Arbeitskraft, die Länge der Arbeitszeit, die Arbeitsintensität, die Lohnhöhe und den Stand der Produktivkraftentwicklung begrenzt. Die Absicht möglichst großer Verwertung bricht sich demzufolge an diesen Grenzen und den Potenzen des anderen Einzelkapitals, aus dem „Arbeitsfonds“ seinen Anteil zu ziehen und an seiner relativen Produktivität. Daher stehen Einzelkapitale jeweils in Konkurrenz um die ausbeutbare Arbeitskraft und um die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. In diesem durch die Konkurrenz vermittelten Bezug aufeinander konstituieren sie sich als Teile des Gesamtkapitals und verwirklichen die der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Vergesellschaftungstendenzen. Die Konkurrenz hat notwendigerweise zwei Seiten. Da sie um die ausbeutbare Arbeitskraft auf dem Markt und um den Grad der Ausbeutung in der Produktion geht, ist sie immer *Konkurrenz zwischen Lohnarbeit und Kapital*; da sie aber auch um die Produktivkraft der Arbeit und um den quantitativ begrenzten Arbeitsfonds geht, ist sie gleichzeitig immer *Konkurrenz der Einzelkapitale* untereinander. Dies bedeutet, daß selbst wenn zeitweise kein Durchschnittsprofit bezogen wird, sondern eine „Hierarchie von Einzelprofitraten“ existiert (als Ausdruck unterschiedlicher quantitativer Teilhabe einzelner Kapitale am von der Arbeiterklasse produzierten Mehrwert), dies noch nicht als Beseitigung des Wertgesetzes interpretiert werden kann. Denn die Tatsache, überhaupt Profit auf sich als Kapital vereinigen zu müssen und zu können, impliziert bereits das qualitative Verhältnis des Kapitals zur Lohnarbeiterklasse als ein Ausbeutungsverhältnis. Auf dieser Ebene der Argumentation ist die quantitative Größe der Profitmasse ebenso irrelevant wie die der Profitrate. Denn es handelt sich ja um das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, das als grundlegendes Verhältnis die Aktionen der Einzelkapitale bestimmt.

Aber der Witz der Konkurrenz besteht darin, das *qualitative Gleichsetzen* der Kapitale — gegenüber der Lohnarbeit nämlich — auch *quantitativ umzusetzen*. Kapital als sich verwertender Wert kann an sich selbst nur quantitativ gemessen werden, und dauerhafte quantitative Unterschiede zwischen Einzelkapitalen tangieren die qualitative Existenzweise des Kapitals als Einzelkapital: Gelingt es Kapitalen nicht mehr, die Durchschnittsprofitrate zu erzielen, also durchschnittlich am Resultat 'des Ausbeutungsverhältnisses, dem Mehrwert, teilzunehmen, dann *entwerten* sie sich als Kapitale und verlieren ihre Qualität als Kapital. Dauerhafte, strukturelle quantitative Ungleichheit der Verwertung von Einzelkapitalen, also eine „Hierarchie von Profitraten“, widerspricht folglich der inneren Natur des Kapitals. Ungleichheit der Verwertung kann nur zeitweise bestehen; ein dauerhaftes Monopol kann es dieser Argumentation zufolge nicht geben. Es ist somit zumindest problematisch, aus der Kon-

zentration und Monopolisierung der Wirtschaft zu schlußfolgern, die ökonomischen Gesetze und die Ausgleichsbestimmungen als Konstitutionsbedingungen der Einzelkapitale zum Gesamtkapital könnten nicht mehr wirksam werden oder seien „überlagert“.

Die Problematik drückt sich allein schon in der Unsicherheit vieler Autoren aus, die mit dem Aufkommen von Monopolen neue Konstitutionsbedingungen des Kapitalverhältnisses verbinden, wenn sie das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol zu bestimmen haben. Wir haben versucht, das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol auf der Ebene des Verhältnisses von Gesamtkapital und Einzelkapital zu orten. Dabei ist klar geworden, daß das Streben nach Monopolprofiten oder Maximalprofiten ebenso systemgebunden ist wie der Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate, daß also kein Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol im Sinne einer möglichen Ablösung der Konkurrenz durch das Monopol besteht. Bei Hilferding dagegen, der ja von der Möglichkeit der Strukturierung des Gesamtkapitals als ein einziges „generalkartelliertes“ Einzelkapital ausgeht, *löst* konsequenterweise das Monopol die *Konkurrenz ab*⁵⁴. Das Monopol kann aber auch, sofern es aufhört als Teil des Gesamtkapitals zu fungieren, *gegen die Konkurrenz gerichtet* sein⁵⁴ oder auch *neben der Konkurrenz* existieren⁵⁵ und schließlich eine *neue Form der Konkurrenz, nämlich die monopolistische* konstituieren⁵⁶.

Die Gleichheit der Verwertung der einzelnen Kapitale konstituiert sie als Teile des Gesamtkapitals und damit das Gesamtkapital als reale Größe. Sie macht die Kategorie des Kapital im Allgemeinen erst sinnvoll. In ihrem Handeln als Einzelkapitale aber stellen die Einzelkapitale nicht nur die Gleichheit der Verwertung tendenziell her, sie *verteilen* auch die *gesellschaftliche Arbeit* auf die verschiedenen Branchen, sie entwickeln eine jeweils spezifische Reproduktionsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, und sie exekutieren die Bewegungsgesetze der Produktionsweise, insbesondere die Tendenzen der Konzentration und Zentralisation, das Wachstum der organischen Kapitalzusammensetzung, die steigende Bedeutung des fixen Kapitalanteils, die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und letztlich auch den tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate. Dies bedeutet, daß die von uns bisher erörterte Konstitution der vielen Einzelkapitale zum gesellschaftlichen Gesamtkapital nicht als ein statisches Zusammenfassen zu verstehen ist, sondern *im Prozeß der Kapitalakkumulation* erfolgt. Auch wenn wir systematisch zwischen den Bewegungsgesetzen der Produktionsweise und ihren Ausgleichsgesetzen sowie den Formen, in denen sich die Bewegungs- und Ausgleichsgesetze durchsetzen, zu unterscheiden haben, können wir doch nicht diese Gesetze isoliert voneinander behandeln. Sie bedingen sich gegenseitig.

Die Prozesse zum Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate implizieren Bewegungen von Kapital und Arbeitskraft zwischen den Branchen, so daß immer in diesen Prozessen das System gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die Reproduktionsstruktur verändert werden. In bezug auf das Monopolproblem heißt dies aber auch: Wenn angenommen wird, daß sich einzelne Kapitale den Ausgleichsbedingungen zu entziehen vermögen, dann ergibt sich nicht nur die Konsequenz einer spezifischen Hierarchie der Profitraten, sondern dann müssen auch die Konsequenzen

für die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Branchen und für die gesellschaftliche Reproduktionsstruktur, die wiederum für die Wertbewegung wichtig ist, untersucht werden. Wenn gesagt wird, daß die Durchschnittsprofitrate im Monopolkapitalismus nicht mehr existiere, dann ist darin impliziert, daß auch die Bewegung der Durchschnittsprofitrate Modifikationen unterworfen ist oder der tendenzielle Fall sogar nicht mehr gilt. Weiterhin erfolgt die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nur als Tendenz. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Ausgleichsgesetze oder -tendenzen nur auf dem Hintergrund der Akkumulation und der ihr zugrundeliegenden Bewegungsgesetze wirksam werden. Kapitalbewegungen zur bewußtlosen Herstellung der Durchschnittsprofitrate sind für die jeweiligen Einzelkapitale, die entsprechende Kapitalanlagen vornehmen, nichts anderes als Kapitalakkumulation. So ist es klar, daß dieser Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate daher ein Moment des Krisenzyklus ist. In bezug auf das Monopolproblem heißt das, daß der mögliche Entzug einzelner Kapitale aus den Ausgleichstendenzen Konsequenzen für die Akkumulationsbewegungen haben muß. Damit wird aber bereits deutlich, daß es zu einfach ist, das Monopol lediglich als eine spezifische Spielart der Konkurrenz auf der Ebene der Ausgleichstendenzen anzusiedeln, ohne die Konsequenzen des Monopols für den gesamten Reproduktionszusammenhang des hochentwickelten Kapitalismus zu berücksichtigen. Daher wird es notwendig, gerade bei der Untersuchung des Monopolproblems den Zusammenhang von Bewegungsgesetzen, Ausgleichsgesetzen, Durchsetzungsformen und Bewußtseinsformen der handelnden Subjekte darzustellen. Das kann in diesem Rahmen nicht geschehen. Es mag der Hinweis auf den Gesamtumfang des Problems zunächst genügen.

Es wird deutlich, welche Weiterungen die Annahme von der durchgängigen Monopolisierung mit der Folge einer Aufhebung der auf die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate hinwirkenden Tendenzen für den Kapitalbegriff und die Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise hat. Die Auflösung des von uns dargestellten inneren Zusammenhangs zwischen Handeln der Individuen — in diesem Fall der Einzelkapitale — und Exekution der immanenten Gesetze der Produktionsweise verkehrt also die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung; das Monopol bleibt kein bloß strukturelles Problem, ohne daß irgendwelche Abstriche an der begrifflichen Erfassung der Entwicklungsgesetze der Produktionsweise gemacht werden müßten; es wird vielmehr zu einem verändernden Moment dieser Entwicklung selbst.

Der Zusammenhang von Bewegungsgesetzen und Ausgleichsprozessen, dessen grundlegende Struktur wir dargestellt haben, ist allerdings komplizierter, als es nach diesen Ausführungen scheint. Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, alle die Kategorien darzustellen, über die die Konstitution der Einzelkapitale als Teile des Gesamtkapitals und damit des Gesamtkapitals als reale Größe erfolgt. Es wäre notwendig, auf die Herausbildung der Kategorien Marktwert, Produktionspreis und Marktproduktionspreis, auf den Zusammenhang von Werten und Preisen (das sogenannte Transformationsproblem) und nicht zuletzt auf das Verhältnis von Mehrwert bzw. Mehrwertmasse und Profit bzw. Profitmasse einzu-

gehen. Hier liegen eine Reihe von ungelösten oder doch innerhalb der marxistischen Literatur kontrovers gelösten Problemen, auf die hier nur hingewiesen werden soll. Weiter unten werden wir in aller Kürze darauf noch einmal zurückkommen müssen.

2. Durchschnittsprofit und Monopolprofit

Auf der kategorialen Ebene sind wir zum Ergebnis gekommen, daß notwendigerweise in der kapitalistischen Produktionsweise eine Tendenz zur Herausbildung der Durchschnittsprofitrate besteht und jede andere Annahme den immanenten Zusammenhang zwischen den Gesetzen der Bewegung der Produktionsweise und dem Handeln der einzelnen Kapitale, das sie schließlich exekutiert, auseinanderreißt. Damit aber werden die gesellschaftlichen Zwänge und Gesetze als solche nicht mehr erfaßbar und durch Machtkategorien ersetzt — mit entsprechenden taktischen Folgerungen, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Natürlich heißt dies nicht, daß — weil das Gesetz der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate noch wirksam ist — der gegenwärtige Kapitalismus eine Idylle kleiner Unternehmen ist. Im Gegenteil, die Bewegungsgesetze der Produktionsweise haben gerade den großen Konzern hervorgebracht mit all seinen ökonomischen, sozialen und politischen Begleiterscheinungen. Aber selbst die großen Konzerne können sich, da sie Einzelkapitale sind, nicht den Bewegungsgesetzen entziehen, bleiben ihnen unterworfen und wirken allenfalls in Richtung einer Modifikation der Ausgleichsformen und Durchsetzungsweisen der Bewegungsgesetze. Wie unklar gerade dieser Punkt ist, wird vor allem an der Behandlung des Verhältnisses von Durchschnittsprofit und Durchschnittsprofitrate auf der einen Seite und Monopolprofit auf der anderen Seite deutlich. Wenn es noch die Tendenz zur Herausbildung der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate gibt, spielen dann die im zweiten Teil beschriebenen Vergesellschaftungsformen eine gewissermaßen modifizierende Rolle? Denn da ja die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nichts anderes ist als der reale Ausdruck dafür, daß sich jedes Einzelkapital in einem ständigen Vergesellschaftungsprozeß als Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals verhält und damit erst das gesellschaftliche Gesamtkapital wirklich produziert, müssen auch die strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Wertbewegung für diesen Prozeß von Bedeutung sein, zumal die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nur vermittelt über den Akkumulationsprozeß des Kapitals geschieht. Wenn es aber keine Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate mehr gibt, betrifft dies die gesamte Ökonomie oder nur bestimmte Bereiche, und welche Konsequenzen ergeben sich schließlich daraus für die Konstitutionsbedingungen des Kapitals, bestehend aus vielen Einzelkapitalen, zum gesellschaftlichen Gesamtkapital?

Aufgrund von verringerter Mobilität des Kapitals im hochentwickelten Stadium des Kapitalismus finden, so wird angenommen, nicht mehr die Ausgleichsbewegungen statt, die notwendig wären, um den Ausgleich der vielen Profitraten zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate zu bewerkstelligen. Dabei wird weiter angenommen, daß diese Mobilität aufgrund von Machtpositionen gerade eingeschränkt wird, um den mono-

polistischen Zugriff auf besonders günstige Verwertungssituationen mit Hilfe der außerökonomischen Macht des Staates aufrechtzuerhalten oder erst zu erobern und dann zu sichern. Der Monopolbegriff wird mit der monopolistischen Verfügung über besonders günstige Bedingungen der einzelkapitalistischen Verwertung in Zusammenhang gebracht. Das heißt aber auch, daß bei einem Einzelkapital nur dann vom *Monopol* gesprochen werden kann, wenn es aufgrund besonders günstiger Umstände seiner Verwertung einen *monopolistischen, d. h. überdurchschnittlichen* Profit beziehen kann. Im Verhältnis von Durchschnittsprofit und Monopolprofit kommt somit die Tendenz des Kapitals zum Ausdruck, Monopolstellungen zuzulassen oder — in Ausgleichsbewegungen, die im Verlauf des Akkumulationsprozesses sich vollziehen — abzubauen. Wir wollen wegen der zentralen Bedeutung dieses Problems jetzt das Verhältnis von Monopolprofit und Durchschnittsprofit untersuchen.

In der Literatur zum Monopolproblem kann man grundsätzlich fünf Positionen hinsichtlich des Verhältnisses von Monopolprofit und Durchschnittsprofit unterscheiden:

1. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es zwei Durchschnittsprofitraten; eine, gültig für den „Konkurrenzsektor“, eine zweite, gültig für den „monopolistischen Sektor“.
2. Im „nichtmonopolistischen Bereich“ bildet sich eine Durchschnittsprofitrate heraus, nicht aber im „monopolistischen Sektor“.
3. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es überhaupt keine Durchschnittsprofitrate mehr, vielmehr eine Hierarchie von individuellen Profitraten.
4. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es keine Durchschnittsprofitrate mehr, und die Regulierung der Produktion und Verteilung erfolgt durch staatliche Einflußnahme.
5. Auch unter monopolistischen Verhältnissen wirkt das Wertgesetz in Richtung der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate weiter, jedoch in modifizierter Weise. Diese sich unterscheidenden und teilweise gegenseitig ausschließenden Positionen indizieren die Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei der Behandlung des Monopolproblems und seiner Konsequenzen für die Kapitalismusanalyse.

1. Die These von den zwei Durchschnittsprofitraten wird neben anderen von Mandel vertreten. Sein Ausgangspunkt ist die Empirie: „Empirisch läßt sie (die doppelte Durchschnittsprofitrate — E.A.) sich im gesamten Zeitalter des Monopolkapitalismus einschließlich der ‚klassischen‘ Imperialismusperiode zwischen 1890 und 1940 bestätigen“⁵⁷. Bevor er aber empirische Daten vorträgt, versucht er eine theoretische Begründung der Notwendigkeit einer doppelten Durchschnittsprofitrate im Spätkapitalismus. Dabei geht Mandel in drei Schritten an die Problematik heran. Da „die Surplus-Profite der monopolisierten Sektoren auf Kosten der nicht monopolisierten Sektoren gehen und damit deren Durchschnittsprofitrate senken“⁵⁸, ist zunächst darauf zu schließen, daß im monopolistischen Bereich höhere Profite erzielt werden als im nicht monopolistischen Bereich. Im zweiten Schritt der Argumentation wird dann zu begründen versucht, daß die monopolistischen Profite infolge der Konkurrenz der Großkapi-

talien zu einem Durchschnitt tendenziell ausgeglichen werden: „Diese beiden wirtschaftlichen Kräfte (Surplus-Profite führen zu Substitutionserscheinungen und ziehen „konkurrierende Großkapitalien unwiderstehlich“ an — E.A.), die die Konkurrenz im monopolisierten Sektor zwar einschränken, aber nicht ausschalten, bewirken einen Angleich der Surplus-Profite, d. h. einen tendenziellen Ausgleich der Monopolprofitrate. Übertreffen einige Monopole diese durchschnittliche Profitrate sämtlicher Monopole, so wird Kapital trotz allen Schwierigkeiten in diesen Sektor hineinfließen und so die Surplus-Profite senken . . . Liegt der Surplus-Profit gewisser Monopole unter diesem Durchschnitt, so wird eine Erhöhung der Monopolpreise ihn auf den Durchschnitt bringen können, ohne daß daraus größerer Widerstand entsteht“⁵⁹. Im dritten Schritt seiner Argumentation wird nun dargelegt, warum die Profitraten im monopolistischen und nichtmonopolistischen Sektor verschieden sein müssen: „Da aber gleichzeitig der freie Ab- und Rückfluß der Kapitalien in den nicht-monopolisierten Bereichen weiterwirkt, muß sich auch in diesen Bereichen ein Prozeß des tendenziellen Ausgleichs der Profitrate vollziehen. So entstehen im Monopolkapitalismus zwei durch die Durchschnittsurplus-profitrate voneinander getrennte Durchschnittsprofitraten: eine im monopolisierten Sektor und eine im nicht-monopolisierten Sektor“⁶⁰. Nach dieser Begründung greift Mandel den empirischen Anschein wieder auf, indem er eine Tabelle der Profitraten einzelner Industriezweige der US-Wirtschaft anführt⁶¹ und daraus schließt, daß es Zweige mit überdurchschnittlicher und Zweige mit unterdurchschnittlicher Profitrate gibt. Abgesehen davon, daß hier das Monopol dem jeweiligen Wirtschaftszweig gleichgesetzt wird und die Einteilung der Industriezweige mit überdurchschnittlicher und unterdurchschnittlicher Profitrate erst erfolgen kann nach Berechnung der gemeinsamen Durchschnittsprofitrate, also gerade keine doppelte Durchschnittsprofitrate vorausgesetzt werden kann, belegt seine Tabelle auch in anderer Hinsicht das genaue Gegenteil seiner Behauptung. Berechnet man nämlich die mittlere quadratische Abweichung der Profitraten von 1958 und 1968 aus den von ihm angegebenen Daten, so fällt auf, daß sie von 12,21 auf 5,76 zurückgeht, also eine Angleichung der Profitraten der einzelnen Industriezweige an den Durchschnitt stattgefunden haben muß, wenn man die Daten der Tabelle ernst nimmt. Die behaupteten getrennten Profitraten lassen sich jedenfalls nicht mit den Daten Mandels belegen.

So muß Mandel seine These auch unverzüglich, nachdem er sie aufgestellt hat, wieder einschränken: „Es bedeutet also das Aufkommen von zwei ‚Durchschnittsprofitraten‘ im Monopolkapitalismus letztlich nichts anderes als eine *Verlangsamung, nicht eine Aufhebung des Prozesses der Herausbildung der gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate*. Während sich im Zeitalter der freien Konkurrenz die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate allgemein im Rahmen des 7—10jährigen industriellen Zyklus vollzog, entstehen aus der relativen Wirtschaftsmacht der Monopole beträchtliche Hindernisse für diesen Ausgleich. Er kann sich nur über einen längeren Zeitraum durchsetzen“⁶². Daß diese Aussage voll derjenigen von den zwei Durchschnittsprofitraten widerspricht, ist offensichtlich.

Die behauptete Existenz einer monopolistischen Durchschnittsprofitrate impliziert zweierlei: erstens die Existenz zweier Ausgleichsbewegungen und -tendenzen in der *einen* kapitalistischen Gesellschaft und damit zweitens die mögliche Existenz von „ewigen“ Monopolen. Wenn die kapitalistische Gesellschaftlichkeit wie von Marx an der Tendenz zur Durchschnittsprofitrate festgemacht wird, dann impliziert die These von der „doppelten Durchschnittsprofitrate“ auch die Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft in zwei Gesellschaften „und nicht nur in zwei Sektoren. Wenn aber dennoch davon ausgegangen wird, daß die monopolistische Durchschnittsprofitrate deshalb über derjenigen des nicht monopolistischen Sektors liegt, weil Werte zu den Monopolen übertragen werden, die sie unter sich gemäß den Erfordernissen des Durchschnitts aufteilen, dann ist die Rigidität der Argumentation von der doppelten Durchschnittsprofitrate in Frage gestellt. Denn nun werden Beziehungen zwischen den beiden „Sektoren“ der Wirtschaft festgestellt, die ja bestimmten Bewegungsgesetzen gehorchen müssen, oder man nimmt ein System reiner Willkür, des Raubs und der Plünderung an. Die Widersprüchlichkeit und Fehlerhaftigkeit der Argumentation Mandels ergibt sich denn auch daraus, daß auf der einen Seite implizit die Unfähigkeit des Systems zur Regulierung seiner Bewegung behauptet wird, auf der anderen Seite jedoch eine Gesetzmäßigkeit des Verhältnisses von Konkurrenz und Monopol konstatiert wird: „Aber alle diese Hindernisse (der Konkurrenz — E.A.) sind nicht absoluter Natur. Wenn die Differenz zwischen der Durchschnittsprofitrate und der Profitrate in den monopolisierten Sektoren so groß geworden ist, daß sich die Unternehmer in den nicht-monopolisierten Industriezweigen vor dem Ruin sehen, dann wagen sie das Spiel und versuchen mit allen Mitteln in die monopolisierten Sektoren einzudringen . . . Diese Versuche führen zu einem Wiederaufflackern der Konkurrenz, die den Unterschied zwischen der Durchschnittsprofitrate und der Monopolprofitrate wieder auf ein vernünftiges Maß zurückführt“⁶³. Mit dieser Aussage, die wir in anderer Formulierung auch im „Spätkapitalismus“ Ernest Mandels finden, ist die Position von den zwei Durchschnittsprofitraten, von der er ausging, fundamental kritisiert⁶⁴ und der Übergang zur — unten behandelten — fünften Position vollzogen. Auf deren Implikationen wird später einzugehen sein.

2. In der Auseinandersetzung mit der These von den beiden Durchschnittsprofitraten schreibt Fred Oelßner: „Die These von der Monopol-Durchschnittsprofitrate läßt sich meines Erachtens auch theoretisch nicht aufrechterhalten, weil die ökonomische Macht der Monopole sehr verschieden ist. . . (Es kann) keine durchschnittliche Monopolprofitrate geben, weil unter den monopolistischen Industrie- und Handelsbetrieben nicht die alte freie Konkurrenz herrscht, sondern die Monopolkonkurrenz. Zum Unterschied von der freien Konkurrenz ist die monopolistische Konkurrenz im höchsten Grade ungleichmäßig“⁶⁵. Allerdings, so schränkt Oelßner ein, wirkt die monopolistische Konkurrenz nur im monopolistischen Sektor und daher sei es nicht einsehbar, „warum in den Teilen der Wirtschaft, in denen noch die freie Konkurrenz herrscht, die Verteilung des verbliebenen Teils des Mehrwerts nicht nach dem Gesetz der Durchschnittsprofitrate vor sich gehen soll. Hier ist ja die freie Kapitalübertragung

noch möglich...⁶⁶. Auch hier klingt folglich die Annahme zweier Gesetzmäßigkeiten unter monopolkapitalistischen Verhältnissen an, die nebeneinander wirksam sind: das Wertgesetz zum einen und die Gewalt zum anderen⁶⁷. Diese hängt aber von der ökonomischen Stärke der Monopole ab. Es kommt nun alles darauf an, die regulierenden Bedingungen dieser ökonomischen Stärke zu erklären.

Wenn das Monopol als Finanzkapital als „einheitliche Macht“ aufgefaßt wird, wie von Rudolf Hilferding⁶⁸, dann kann auch keine regulierende Konkurrenz, die ja die Uneinheitlichkeit des Kapitals als Zusammenfassung vieler Einzelkapitale impliziert, diese Macht in Frage stellen. Im Gegenteil, nach Hilferdings Auffassung „entfalten die Kartelle ihre propagandistische Kraft. Die Kartellierung bedeutet zunächst eine Änderung der Profitrate. Diese Änderung ist erfolgt auf Kosten der Profitrate der anderen kapitalistischen Industrien. Die Ausgleichung dieser Profitraten auf ein gleiches Niveau kann nicht erfolgen durch die Wanderung des Kapitals. Denn die Kartellierung bedeutet ja, daß die Konkurrenz des Kapitals um seine Anlagesphären gehemmt ist. . . Die Ausgleichung kann nur erfolgen durch Anteilnahme an der erhöhten Profitrate durch Selbstkartellierung oder durch Ausschaltung derselben durch Kombination. Beides bedeutet erhöhte Konzentration und daher Erleichterung der Weiterkartellierung“⁶⁹. Mit anderen Worten: Für Hilferding löst sich das Problem des möglichen Bezugs von Monopolprofiten aufgrund von ökonomischer Macht, die es ermöglicht, sich den Ausgleichsbedingungen des Wertgesetzes zu entziehen, dahin auf, daß alle Kapitale gezwungen werden, eben diese Macht zu entfalten, bis die gesamte Wirtschaft durchkartelliert ist, also bis hin zum Generalkartell. Ähnlich argumentiert auch Paul M. Sweezy: „Das Prinzip der Ausbreitung soll wie folgt geklärt werden. Eine bestimmte Industrie, z. B. die Produktion von Eisenerz, wird monopolisiert und der Preis erhöht. Ein Teil der sich daraus ergebenden Verluste wird durch die Roheisenproduzenten getragen, die nun einen erhöhten Anreiz zum Zusammenschluß haben, um sowohl ihre Preise gegenüber der Stahlindustrie zu erhöhen, wie auch um niedrigere Preise von der Eisenerzindustrie zu erhalten. So wird die Kombinationstendenz von jedem gegebenen Ausgangspunkt in konzentrischen Kreisen sich ausbreiten und auf jene Industrien übergreifen, deren Umstände günstig für die Errichtung und Aufrechterhaltung von Monopolbedingungen sind“⁷⁰. Da dieser Ausbreitungsprozeß sehr ungleichmäßig erfolgt, wird auch die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate unter monopolistischen Bedingungen nachhaltig gestört: „Die Profite einiger werden erhöht, während die Profite anderer reduziert werden“⁷¹. In einer Situation des Generalkartells allerdings hört auch die Kategorie des Monopolprofits auf, noch irgendeinen Sinn abzugeben. Denn der insgesamt produzierte Mehrwert wird als reale Profitrate, die keinen Durchschnitt mehr ausdrücken kann, da es keine vielen Einzelkapitale mehr gibt, auf das insgesamt vorgeschossene Kapital bezogen. Alle Probleme lösen sich dann tatsächlich in „die Frage nach der Organisation der gesellschaftlichen Ökonomie“, wie es Hilferding formulierte⁷², auf.

Während Hilferding so die propagandistische Tendenz der Monopole oder Kartelle behauptet, kommt Eugen Varga zum genauen Gegenteil.

Auch er schreibt, daß das „Ergebnis des Nebeneinanderbestehens von Monopolen und unorganisierten kapitalistischen Unternehmungen . . . die Spaltung der Profitrate (ist), die rein theoretisch bei freier Konkurrenz für jedes Kapital tendenziell gleich ist, in Monopolprofitraten, die über der Durchschnittsprofitrate stehen, und deren Höhe von der Stärke des Monopols abhängt, und in Profitraten der unorganisierten Kapitale, die unter der Durchschnittsprofitrate stehen“⁷³. Aber er zieht daraus die Konsequenz, daß „kein Monopol für immer gesichert ist“⁷⁴, daß die Wertbewegung letztlich Monopolstellungen aushöhlt und zerstört. Konkurrenz limitiert ökonomische Macht und damit auch die Fähigkeit, sich den Ausgleichsbewegungen zwischen den vielen einzelnen Kapitalen zu entziehen. Folglich sind Monopolstellungen, d. h. die Möglichkeiten, Monopolprofite einzuheimsen, immer begrenzt und zeitlich vorübergehend.

Auch Fred Oelßner, der von der Durchschnittsprofitrate im nicht monopolistischen Sektor und überdurchschnittlichen, von keinem Ausgleich regulierten Monopolprofiten ausgeht, konstatiert „Zusammenhänge zwischen Monopolpreis und Wertgesetz“⁷⁵. Die entscheidende ökonomische Grenze für Monopolisten — und sei ihre Macht auch noch so groß — bleibe nach wie vor der Wert. Der Wert ist, nach seiner Auffassung, erstens „logisch und historisch der Ausgangspunkt für den Monopolpreis“, dessen Grenzen seien zweitens durch die gesamte Wertsomme bestimmt, die Monopole umfassen drittens nicht die gesamte Wirtschaft, und viertens sei der Umfang des Monopolprofits durch die gesamte Mehrwertsumme begrenzt. Wenn trotz dieser Ansätze, das Monopol auf den Wert zu beziehen, dennoch der Gewalt eine große Bedeutung bei der Regulierung der Monopolprofite zugemessen wird, dann kann dies nur seine Begründung in einem statischen Verständnis des Kapitalverhältnisses finden.

Die von Marx gemachte Feststellung, daß es an der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nichts ändern würde, „wenn Kapitale in bestimmten Produktionssphären aus irgendwelchen Gründen nicht dem Prozeß der Ausgleichung unterworfen würden (und) der Durchschnittsprofit dann auf den Teil des Gesellschaftskapitals, der in den Ausgleichsprozeß eingeht, (zu berechnen wäre)“⁷⁶, kann daher keineswegs im Sinne dieser zweiten Position verwendet werden. Sie ist richtig, insofern sie einen möglichen Zustand beschreibt, aber sie ist unzureichend, wenn Aussagen gemacht werden sollen über die *Wertbewegung* unter monopolkapitalistischen Bedingungen und über die *Ausgleichstendenzen der vielen Einzelkapitale* in bezug auf ihre Verwertung auf der Grundlage des kapitalistischen Akkumulationsprozesse. Wenn der Wert die Grundlage für die Kategorien Monopolpreis und Monopolprofit ist, sind monopolistische Positionen, die sich in monopolistischem Surplus-Profit ausdrücken, auch — wenn auch in modifizierter Weise — an die Ausgleichstendenzen des Wertgesetzes gebunden.

3. Konsequenter und konsequenzenreicher als die ersten beiden Positionen ist die nun darzustellende dritte Auffassung, nach der es gar keine Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate unter monopolistischen Bedingungen mehr geben könne und an deren Stelle eine Profitratenhierarchie je nach der ökonomischen Stärke der Monopole getreten sei. Daß mit einer solchen Auffassung ein Versuch, die Grenzen des Mono-

pols aus dem Wertgesetz materialistisch zu bestimmen, überflüssig wird, leuchtet ein. Konsequenterweise kann daher auch Alfred Braunthal schreiben, daß unter monopolistischen Bedingungen „die Arbeitswerttheorie als Angebotstheorie überhaupt keine Erklärung der Preisbildung mehr geben“⁷⁷ kann. Und Rudolf Hilferding formuliert: „Der Monopolpreis läßt sich zwar empirisch festsetzen, seine Höhe aber nicht objektiv theoretisch erkennen, sondern nur psychologisch subjektiv begreifen“⁷⁸. Der Kapitalismus entledigt sich dieser Auffassung zufolge also mit dem Übergang zu Monopolen seiner Gesetze, gehorcht nur noch der Macht und Gewalt und kann dann auch nicht mehr auf der Grundlage der Marxschen Theorie begriffen werden. Bei Hilferding wird theoretisch erarbeitete kategoriale Verbindlichkeit sogar so weit destruiert, daß an ihre Stelle nur noch subjektive Beliebigkeit zu treten vermag. Einer ähnlichen Auffassung neigt Paul M. Sweezy zu, der schreibt: „Zu viele verschiedene Faktoren spielen bei der Bestimmung eines bestimmten Preises eine Rolle, als daß die Bildung einer präzisen Theorie erlaubt wäre, die auch nur die begrenztste Anwendbarkeit hätte. ... Man hat keine allgemeinen Gesetze des Monopolpreises gefunden, weil es keine gibt“⁷⁹. Während die sozialdemokratischen Theoretiker der 20er Jahre damit gerade ihren „Revisionismus“ zu begründen versuchten, beharren Theoretiker der kommunistischen Partei zu Recht auf der Marxschen Theorie, obwohl sie doch den gleichen Prozeß — mit anderen Worten, versteht sich — konstatieren. Dabei müssen sie sich in Widersprüche verwickeln, die nach einer Lösung suchen.

So schreibt Peter Hess: „Das wesentliche Neue der heutigen kapitalistischen Regulierung besteht gerade darin, daß das dem Kapitalismus gemäße regelnde Gesetz daran gehindert wird und gehindert werden muß, seine Funktion zu erfüllen, daß monopolistische Macht und Gewalt, staatliche Monopolisierung an seine Stelle getreten sind und immer mehr in den Vordergrund treten...“⁸⁰. Das Monopol hebt die freie Konkurrenz auf, es „untergräbt . . . den auf dem Durchschnittsprofit beruhenden Mechanismus, der die einzelnen Produzenten spontan den ökonomischen Gesetzen gemäß handeln ließ und die Verteilung des Profits entsprechend der Kapitalgröße herbeiführte. An die Stelle der freien Konkurrenz und neben sie treten eben die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt der Monopole. *Diese* treten den Produzenten jetzt gegenüber, *sie* bringen die inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise den Produzenten gegenüber als Zwangsgesetze des Handelns zur Geltung. Die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt wird so zum ‚Exekutor‘ der ökonomischen Gesetze“⁸¹. Das Monopol, das aus den von der Konkurrenz regulierten Bewegungsgesetzen des Kapitalismus entsteht, liquidiert sie dann, allerdings ohne die Bewegungsgesetze aufzuheben. So wird von Peter Hess gleichzeitig betont, und darin unterscheidet er sich fundamental von Alfred Braunthal und Rudolf Hilferding und anderen sozialdemokratischen Theoretikern, daß die Tendenz zur Durchschnittsprofitrate nicht mehr wirksam sei, während das Streben nach Profit und Maximalprofit weiterhin den nun monopolistischen Kapitalismus kennzeichnet: „Das die kapitalistische Produktion regelnde Profitkriterium kann zu keiner Lösung dieser Probleme führen,

aber ein anderes Kriterium von den kapitalistischen Monopolen zu verlangen, ist objektiv unmöglich“⁸². Das Kapital reagiert nach seiner Auffassung weiterhin nur auf den Profit, treibt aber in dieser Reaktion nicht mehr die Durchschnittsprofitrate hervor. Mit anderen Worten: Die *Motivation* des einzelnen Kapitalisten als Charaktermaske des Kapitals, nicht nur den Durchschnittsprofit, sondern einen Maximalprofit anzustreben, setzt sich gegenüber den ihre Verwirklichung immer wieder eingrenzenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus (Herausbildung der Durchschnittsprofitrate) durch. Wir finden hier also den oben beschriebenen Vermittlungszusammenhang von Gesetz und Handeln als zerschnittenen vor.

Die Durchschnittsprofitrate ist als die vermittelnde Kategorie zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital zu betrachten, und darin, daß das Einzelkapital die Durchschnittsprofitrate bezieht, kommt sowohl die *qualitative* Teilnahme des Einzelkapitals am von der gesamten produktiven Arbeiterklasse erzeugten Mehrwert als auch die *quantitative* Erweiterung des Kapitals als sich selbst verwertender Wert zum Ausdruck. Auf die Implikationen, die in dieser Aussage enthalten sind, haben wir schon verwiesen. Es ergibt sich daraus eine wichtige Konsequenz: Ist die Verwertung der Einzelkapitale dauerhaft quantitativ ungleich, dann wird die Existenz derjenigen Kapitale mit unterdurchschnittlicher Verwertung auch qualitativ in Frage gestellt. Denn ihre Akkumulationsmöglichkeiten sind geringer, was zu einem relativen Positionsverlust führt, und vor allem wird das in ihnen fixierte Kapital nach höherer Verwertung durch Liquidation und Abfluß in Sphären mit höherer Verwertung streben. Mit anderen Worten: Es ist nicht möglich, die Qualität des Kapitals als profitproduzierendes und -erstrebendes Subjekt von der quantitativen Seite dieser Qualität abzulösen, nämlich an der Verwertung unter Bedingungen, wie sie andere Kapitale auch haben, beteiligt zu werden. In Hess' Argument wird ja auch nicht nur nach den Wesenszügen kapitalistischer Entwicklung (Profiterzielung) und den Durchsetzungsformen (Konkurrenz und Bezug der Durchschnittsprofitrate) unterschieden, sondern auch das Kapital als Teil des Gesamtkapitals umdefiniert: Die Einzelkapitale sind Kapitale nur noch als Einzelkapitale; als Einzelkapitale, die Teile des Gesamtkapitals sind, sind sie *Machtkomplexe*, die mit den Mitteln der ökonomischen und außerökonomischen Gewalt aufeinander reagieren. Dieser Widerspruch, der bei Hilferding dadurch gelöst wird, daß er auch dem Einzelkapital als Einzelkapital schließlich die Kapitalqualität abspricht und es nur noch als Einheit im System des organisierten Kapitalismus begreifen kann, findet bei Hess und anderen allerdings eine ganz spezifische Lösung durch den Übergang zur gekennzeichneten vierten Position, die nun eine der wichtigsten Grundlagen für die theoretische Konstruktion des Begriffs „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ wird.

4. „Das Wesen der staatlichen Wirtschaftspolitik“, so schreibt Peter Hess, „besteht in dem Versuch, das mit staatlicher Macht durchzusetzen, was unter den heutigen Bedingungen der Marktmechanismus nicht mehr selbständig zu regeln vermag . . .“⁸³. In anderen Worten drückt Kurt Zieschang dasselbe aus: „Diese Grundaufgabe eines gesellschaftlichen Systems der Produktion, die, solange das kapitalistische System funktionsfähig war und seine historisch notwendige Funktion erfüllt, durch die Regulierung

nach dem Durchschnittsprofit vollzogen wurde, ist im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution auch nicht mehr durch bloße Monopol-profitzielung oder durch eine bloße Umverteilung des Nationaleinkommens durch den imperialistischen Staat zugunsten des Monopolprofits zu verwirklichen. Sie verlangt noch umfassendere Mittel und Methoden der Wirtschaftsführung, der Zusammenfassung der Produktion..."⁸⁴. Wir befinden uns so bei der vierten obenbenannten Position, die sich beinahe organisch aus der dritten Position ergibt: Die Leugnung von Gesetzen, die einen Ausgleich der Profitraten herbeiführen, leitet über zu einer Position, in der die Regulierung der Ökonomie durch den Staat behauptet wird⁸⁵. Damit ist der oben der dritten Position angelastete Widerspruch allerdings gelöst, wenn auch in einer noch formalen Weise. Denn der Staat als regulierende Potenz wird so auf ganz äußerliche Weise als Stellvertreter des Gesetzes vom tendenziellen Ausgleich der Profitraten in das System eingeführt, um dessen Aufgaben zu übernehmen, ohne allerdings zu dessen Resultat gelangen zu können, nämlich den Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate wirklich herbeizuführen. Im Gegenteil, infolge der politischen Macht, die der Staat als Staat in die Waagschale werfen kann, ist es ihm gerade möglich (und dazu wird er auch gebraucht), die ungleichmäßige monopolistisch-hierarchische Profitverteilung aufrechtzuerhalten und die dazu notwendigen Umverteilungsprozesse zu organisieren. „Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen System zur Bewältigung der Anforderungen der Produktivkräfte . . . , zur Bewältigung der vom Monopol selbst erzeugten gesellschaftlichen und politischen Widersprüche ... — das ist das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus"⁸⁶. Politik und Ökonomie verflechten sich somit immer mehr, bis zu dem Punkt sogar, wo von einem Primat der Politik über die Wirtschaft die Rede sein kann⁸⁷.

So ist die Widersprüchlichkeit, die dadurch entsteht, daß einerseits weiterhin vom Profit als kapitalistischer Zielgröße und andererseits von der Ungültigkeit der Ausgleichstendenzen zur Durchschnittsprofitrate im Monopolkapitalismus gesprochen wird, formal gelöst. Allerdings entsteht nun ein anderer Widerspruch, auf den aufmerksam gemacht werden muß. Wenn die politische Macht des Staates als notwendig bezeichnet wird nicht nur zur Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Monopole, sondern darüber hinaus auch zur Wirtschaftsführung generell, zur Zusammenfassung der Produktion usw., dann doch sicherlich nur deshalb, weil diese Prozesse nicht „automatisch“ im Kapitalverhältnis angelegt sind. Dann impliziert aber die Konstatierung dieser Notwendigkeit auch, daß trotz Monopolisierung Tendenzen wirksam sein müssen, die der Umverteilung der Profite zugunsten der Monopole entgegenstehen, also auch auf einen Ausgleich der Profitraten hinzielen und den Prozessen der Zusammenfassung der Produktion, d. h. den Konzentrationstendenzen, zuwiderlaufen. Wenn dem aber so ist, daß auch unter monopolistischen Bedingungen die Konkurrenz mit der Tendenz zum Ausgleich der Profitraten wirkt, dann kann keineswegs vom „Primat der Politik“ oder von einem „einheitlichen System von Staat und Monopolen“ gesprochen werden, sondern davon, daß der Staat mit seinen regulierenden Interventionen gegen die Tendenzen des Wertgesetzes operiert, ohne sie allerdings dauerhaft eindämmen zu können,

und daß er infolgedessen Widersprüche nicht einfach reguliert, sondern auch akkumuliert. Der „Staat der Monopole“ kann diese Funktion also nur halb wahrnehmen. Zugleich ist er ein Staat, der die Probleme der Monopole durch seine Aktionen verschärft, weil er gerade nicht an die Stelle des Wertgesetzes tritt, sondern seinen Tendenzen entgegenzuwirken versucht. Infolgedessen wird auch der Widerspruch auf eine weitere Ebene verlagert, nämlich diejenige zwischen Produktionsverhältnis und Produktivkräften und zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Form der „Systemkonkurrenz“. „Die Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigt, daß sich der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte in gewissem Maße auch im Rahmen des Kapitalismus Anerkennung erzwingt“⁸⁸.

Auf einen fundamentalen Widerspruch in dieser Position soll noch aufmerksam gemacht werden. Wenn aufgrund der Funktionsunfähigkeit der Konkurrenz das Ausgleichsgesetz zur Bildung der Durchschnittsprofitrate außer Kraft gesetzt ist und an seine Stelle der Staat mit seiner außerökonomischen Macht treten soll, dann kann er entweder lediglich die durch die monopolistische Umverteilung herbeigeführte Profitatenhierarchisierung befestigen — und daher nichts anderes tun, als die spontan durch ökonomische Gesetze herbeigeführten Resultate zu sanktionieren —, oder aber das Ziel der Regulierung durch staatliche Machtausübung in der Ökonomie ist gerade die Herstellung der Durchschnittsprofitrate. Im ersten Fall ist nicht einsichtig, wieso der Staat hier eine besondere, eine durch außerökonomische Macht bestimmte Rolle spielt, da sich ja die Umverteilungsprozesse *sowieso* vollziehen, auch und gerade ohne staatliches Eingreifen. Im zweiten Fall aber wird die These von der außerökonomischen Macht des Staates, die eingesetzt wird, um Werte vom nicht-monopolistischen Sektor und von der Arbeiterklasse auf die Monopole umzuverteilen, problematisch, da ja gerade der Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate Ziel staatlicher Regulierung sein soll. Im ersten Fall bedürfte es im Grunde genommen gar nicht des Staates, um das Resultat der Umverteilung zugunsten der Monopole zu erreichen, und im zweiten Fall findet eher Umverteilung von den Kapitalen mit überdurchschnittlicher Profitrate auf Kapitale mit unterdurchschnittlicher Profitrate durch staatliches Eingreifen statt.

5. Angesichts dieser Problematik, die entsteht, wenn Ausgleichstendenzen unter monopolistischen Bedingungen generell geleugnet werden und der Staat nun theoretisch als Regulator des Systems konstruiert wird, geht die fünfte Position davon aus, daß auch im Monopolkapitalismus das Wertgesetz weiterhin gültig sei. Allerdings geht „der Prozeß der Ausgleichung der Profitrate im monopolistischen Kapitalismus auf verworrenerer Art und Weise und komplizierter als unter den Bedingungen der freien Konkurrenz vor sich“⁸⁹. Verworrener deshalb, weil unter monopolistischen Bedingungen nicht nur in der Konkurrenz ein Produktionspreis gebildet wird, sondern auf seiner Grundlage auch ein gesetzmäßig von ihm abweichender Monopolpreis, und weil nicht nur die Durchschnittsprofitrate bezogen wird, sondern von den Monopolen zeitweise ein darüber hinausgehender Suplusprofit⁹⁰. Es kommt aber noch hinzu, daß die weiterhin wirksamen Ausgleichsbedingungen sich nur über längere Zeiträume als

beim Fehlen von Hindernissen für die Kapitalmobilität durchzusetzen vermögen: „Da die Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphäre aber nicht aufgehoben, sondern nur gehemmt ist, ergibt sich, daß diese Monopolprofitraten zwar ebenfalls eine Tendenz haben, sich auszugleichen; diese Tendenz verwirklicht sich jedoch nicht mehr wie im vormonopolistischen Kapitalismus über einen Zyklus“⁹¹. Damit wäre klargestellt, „daß der Monopolpreis keine Abweichung vom Wert darstellt, sondern ein Ergebnis der Modifikation des Wertes selbst ist, eine spezifische Erscheinungsform des Wertgesetzes unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus. Wert, Produktionspreis und Monopolprofit, sofern er auf einem modifizierten Marktwert und Produktionspreis beruht, sind Funktionsstufen des Wertes...“⁹². Das Monopol modifiziert also lediglich die Wirkungsweise der Durchsetzungsformen des Wertgesetzes, auch mit dem Resultat, daß Ausgleichsprozesse sich nur noch über längere Zeiträume durchzusetzen vermögen. Denn „kein Monopol ist für immer gesichert“⁹³, und „ein Blick in die Geschichte der Monopole zeigt, daß sich alle Monopole als mehr oder weniger kurzlebig erwiesen haben“⁹⁴. Damit kann nur gemeint sein, daß monopolistische Einzelkapitale durch die Konkurrenz, durch die Aktionen der vielen Einzelkapitale aufeinander, immer wieder ihr monopolistisches Attribut, den Monopolprofit, verlieren, nicht aber als Kapitale unterzugehen brauchen.

3. Die Dauerhaftigkeit von Monopolen und Monopolprofiten

Ein Resultat kapitalistischer Entwicklung ist das Aufkommen der großen Konzerne, großer Einzelkapitale mit hoher organischer Kapitalzusammensetzung und großem Anteil von Fixkapital. Diese spezifische Existenzweise des Kapitals hat Konsequenzen für die Akkumulationsbewegung und letztlich auch für die Ausgleichsprozesse der Einzelkapitale untereinander. Aber diese Konsequenzen müssen nicht darin bestehen, daß die großen Einzelkapitale auch einen überdurchschnittlichen, monopolistischen Profit beziehen. Dies kann der Fall sein, aber das Identischsetzen von großen Kapitalen und Monopolen ist zumindest problematisch und verbaut den Blick für die wirkenden Gesetze der Produktionsweise. Auf dem einmal erreichten Entwicklungsniveau des Kapitalismus wäre jede Annahme anachronistisch und folglich dumm, die davon ausgehen würde, daß die erreichte Struktur großer Einzelkapitale rückgängig gemacht werden könnte⁹⁵. Der einmal erreichte Stand der Vergesellschaftung von Produktion und Zirkulation wird zur Voraussetzung für jede weitere Entwicklung. Wenn dies so ist, dann kann eine Aussage wie diejenige von dem möglichen Entstehen und Schwinden der *Monopole* sich nur darauf beziehen, daß der *Monopolprofit* entsteht und vergeht, nicht aber das Einzelkapital, das ihn bezieht. Daß im Prozeß der Beseitigung des Monopolprofits sogar die Substanz des jeweiligen Einzelkapitals bis hin zum ökonomischen Kollaps, sprich Bankrott, angegriffen werden kann, ist nur ein radikaler Unterfall des Verschwindens monopolistischer Extraprofite.

Um die so gestellte Frage nach der Dauerhaftigkeit von Monopolprofiten beantworten zu können, müssen folgende Schritte in der Argumentation gemacht werden: 1. Es sind verschiedene Formen des Monopols zu

bestimmen. 2. Es müssen die unterschiedlichen Quellen monopolistischer Profite bestimmt werden. 3. Es muß die Bewegung des Monopols im Rahmen der Gesamtbewegung des Kapitals, nach Formen und Quellen unterschieden, untersucht werden. 4. In diesem Rahmen können Quantität und Dauerhaftigkeit monopolistischer Profite bestimmt werden. Es muß einer längeren Abhandlung vorbehalten bleiben, diese Argumentationsschritte systematisch und ausführlich darzustellen. Daher müssen wir uns hier darauf beschränken, wenigstens thesenhaft den Zusammenhang zwischen Wertbewegung und Monopolisierung zum Zwecke der Bestimmung der Dauerhaftigkeit von Monopolprofiten zu entwickeln.

„Natürliche“, künstliche, zufällige Monopole

Gehen wir zunächst auf die möglichen Formen des Monopols ein. Diese ergeben und unterscheiden sich infolge der unterschiedlichen Bedingungen, die monopolisiert werden können. Aus verstreuten Bemerkungen bei Marx — das Monopolproblem wird von ihm nicht systematisch behandelt, es gehört nach seiner Auffassung in die Spezialuntersuchung der Konkurrenz — lassen sich drei Monopolformen entwickeln, nämlich Monopole durch Monopolisierung der Naturkraft, künstliche Monopole und zufällige Monopole.

Monopole durch *Monopolisierung der Naturkraft* werden von Marx im Rahmen der Darstellung der Kategorie der Grundrente behandelt⁹⁶. In einem Beispiel unterstellt er, daß die Fabriken eines Landes in der Regel mit Dampfmaschinen angetrieben werden, eine Minderzahl mit der Kraft natürlicher Wasserfälle. Die Konkurrenz der Kapitale tendiert dazu, alle Unterschiede in den Produktionsmethoden auszugleichen. Bei Strafe des Untergangs sind die technologisch nachhinkenden Kapitale gezwungen, sich den jeweils moderneren Produktionsmethoden anzugleichen. Auf diese Weise tendieren mit den Produktionsmethoden die produzierten Werte der entsprechenden Waren dazu, sich erstens auf einem mittleren Niveau auszugleichen und zweitens im Prozeß der in dieser Bewegung erzwungenen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit gesenkt zu werden. Da aber diese Wertsenkung keineswegs gleichmäßig und gleichzeitig erfolgt, gibt es immer einzelne Kapitale, die zu günstigeren Produktionsmethoden produzieren als andere. Wenn für eine in der jeweiligen Branche erzeugte Ware auch ein einheitlicher gesellschaftlicher (Markt)wert existiert, dann doch entsprechend den unterschiedlichen Produktionsmethoden unterschiedliche „individuelle“ Werte⁹⁷. Diejenigen Kapitale mit einem niedrigeren als dem gesellschaftlichen Wert können die Differenz als einen *Extraprofit* einstreichen. Aber die Konkurrenz der Kapitale führt zur Angleichung der Produktionsbedingungen und daher tendenziell zur Erosion der Extraprofite, wenn diese nicht *künstlich* vor der Konkurrenz der anderen Einzelkapitale geschützt werden. Wie dies geschieht und welche Implikationen dies hat, wird bei der Darstellung der künstlichen Monopole noch ausführlicher behandelt.

Es wird in diesem Beispiel immer unterstellt, daß die gesteigerte Produktivkraft den Potenzen des Kapitals und der Arbeit entspringt. „Es verhält sich aber anders mit dem Surplusprofit des Fabrikanten, der den Wasserfall

anwendet. Die gesteigerte Produktivkraft der von ihm angewandten Arbeit entspringt weder aus dem Kapital und der Arbeit selbst, noch aus bloßer Anwendung einer von Kapital und Arbeit unterschiednen, aber dem Kapital einverleibten Naturkraft. Sie entspringt einer . . . monopolisierten Naturkraft, die wie der Wasserfall nur denen zur Verfügung steht, die über besondere Stücke des Erdbodens und seiner Appartentien zu verfügen haben . . . Der Besitz dieser Naturkraft bildet ein Monopol in der Hand ihres Besitzers, eine Bedingung hoher Produktivkraft des angelegten Kapitals, die nicht durch den Produktionsprozeß des Kapitals selbst hergestellt werden kann...⁹⁸. Denn könnte sie produziert werden, dann könnten auch andere Kapitale die Naturkraft zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit anwenden, und der auf Monopolisierung der Naturkraft beruhende Extraprofit würde fortfallen. Nur wenn die besondere Produktivkraft — in diesem Beispiel des Wasserfalls — monopolisierbar bleibt, können die Eigentümer aus ihrer Anwendung einen Monopolprofit ziehen. Damit sie aber monopolisierbar bleibt, müssen zwei Bedingungen gewährleistet sein: erstens das Eigentum an Grund und Boden, auf dem der Wasserfall liegt, aufgrund dessen jeder Nichteigentümer von der Nutzung ausgeschlossen werden kann, und zweitens Produktionsbedingungen, die es nicht zulassen, daß Substitute für Energien des Wasserfalls entwickelt werden, deren Produktivkraft steigernde Potenz ebenso hoch oder sogar höher als die des Wasserfalls wäre. Der aus dem Wasserfall gezogene Extraprofit verdankt sich also nicht einer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, sondern ausschließlich dem Privateigentum an Grund und Boden. Dieser monopolistische Surplusprofit ist auch nicht durch die Wirkung der Konkurrenz zu beseitigen, so wie es beim Extraprofit innerhalb der Branche der Fall ist. In diesem Zusammenhang hat die Kategorie des *Tributs* ihre Bedeutung. Die Grundeigentümer können der gesamten Gesellschaft einen Tribut auferlegen, der zu zahlen ist für die Nutzung des Stücks Boden, dessen Eigentümer sie sind. Marx selbst verwendet in diesem Zusammenhang die Kategorie des Tributs, er beschränkt sie jedoch auf das Monopol des Grundeigentums und das daraus abgeleitete Einkommen", nicht wie im Anschluß an Lenin in der Stamokap-Theorie, wo der Monopolprofit generell als Tribut bezeichnet wird. Denn dieses Monopol unterscheidet sich von anderen Monopolformen gerade dadurch, daß es an der Kategorie des Grundeigentums festgemacht ist, das durch keine noch so vollkommene Kapitalmobilität innerhalb kapitalistischer Verhältnisse aufgelöst werden kann.

Monopolistische Extraprofite aufgrund monopolisierter Naturkraft sind nicht so unbedeutend, wie es das uns heute antiquiert erscheinende von Marx verwendete Beispiel nahelegen könnte. Sowohl beim Bodeneigentum in Ballungsgebieten als auch bei der monopolistischen Verfügung über Rohstoffe — insbesondere Erdöl — herrscht die Form des natürlichen Monopols mit dem entsprechenden Monopolprofit¹⁰⁰.

Künstliche Monopole liegen immer dann vor, wenn ein Einzelkapital versucht, sich einen Extraprofit innerhalb der Branche dadurch zu sichern, daß es einen Konkurrenzvorsprung gegenüber anderen Kapitalen künstlich aufrechtzuerhalten strebt und andere Kapitale infolgedessen auch daran hindert, den Konkurrenzvorsprung einzuholen. Anders als beim natürlichen

Monopol, bei dem vor allem das Bodeneigentum Monopolstellungen ermöglicht, bedeutet das künstliche Monopol immer die Fixierung von Unterschieden in den Produktionsbedingungen. Seine Relevanz erhält es aus der in allen kapitalistischen Staaten gültigen Patentierungsmöglichkeit von Erfindungen, mögen sie sich auf das Produkt oder auf die Produktionsbedingungen beziehen. Mit dem *Patent* wird es einzelnen Kapitalen möglich, technologische Verfahren oder neue Produkte zeitweise für sich zu *monopolisieren* und, solange der Patentschutz währt, einen Extraprofit zu erzielen. Dieser Fall einer Monopolstellung ist nichts Außergewöhnliches und trifft vor allem nicht nur auf große Kapitale zu, sondern gerade auch auf kleinere technologisch fortschrittliche Unternehmen. Diese Extraprofite können nur unter zwei Umständen erhalten bleiben: Einmal, wenn es denjenigen Kapitalen, die diesen Extraprofit aufgrund von Patentierungen beziehen, gelingen sollte, ihren technologischen Vorsprung als materielle Voraussetzung für ausnahmsweise Produktivkraft zu erhalten, indem sie technologische Entwicklungen bei anderen Kapitalen *abblocken* (durch Patent oder andere Verfahren bis hin zu kriminellen Aktionen); zum anderen dadurch, daß der technologische Vorsprung erhalten bleibt, indem die *Geschwindigkeit der technologischen Erneuerungen* mindestens so schnell ist wie diejenige bei den konkurrierenden Einzelkapitalen. Im ersten Fall wäre die Stornierung jeglichen technischen Fortschritts und die Zementierung eines gegebenen technologischen Produktionsniveaus die Folge. Im zweiten Fall hätten wir das Gegenteil, nämlich eine progressive Zunahme technischer Neuerungen. Beide Tendenzen, obwohl sie sich auszuschließen scheinen, sind gleichermaßen wirksam, woraus sich auch die widersprüchliche Technologiepolitik gerade der großen Konzerne ergibt: einerseits die Unterhaltung von großen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und andererseits die Sperrung technologischer Erkenntnisse durch Sperrpatente, Betriebsgeheimnisse usw., um deren Anwendung durch andere Kapitale und selbst durch das eigene Unternehmen zu verhindern.

Die widersprüchliche Position der Kapitale in bezug auf den Extraprofit — Stornierung *und* Beschleunigung des technischen Fortschritts zugleich — wird auch von Lenin zum Ausdruck gebracht. Einmal nämlich sieht er im Monopol einen „gigantischen Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion. Im Besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet“¹⁰¹. Zum anderen beschreibt er das Monopol als Ausdruck der Fäulnis, des Parasitismus, der Zersetzung: „Dennoch erzeugt es wie jedes andere Monopol unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In dem Maße wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung: und insofern entsteht die ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten . . .“¹⁰². Die Tendenz zur Fäulnis durch eine totale Stornierung des technischen Fortschritts wird erst dann Oberhand gewinnen, wenn das Monopol total ist, d. h. wenn gesellschaftlicher und individueller Wert zusammenfallen. Dann gibt es nur noch *ein* Einzelkapital, das zugleich auch das Gesamtkapital verkörpert. Solange aber die Dynamik der Ausgleichsbewegungen des Kapitals wirksam ist, solange sich die Einzelkapitale

also als Teile des Gesamtkapitals verhalten müssen, wird auch die Konkurrenz wirksam bleiben und die Monopolposition in Frage stellen, indem technische Vorsprünge beseitigt werden. Das hat auch Lenin im Auge, wenn er schreibt: „Gewiß kann das Monopol unter dem Kapitalismus die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und auf sehr lange Zeit ausschalten . . . Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen. Aber die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand“¹⁰³. Es ergibt sich, daß Monopole, beruhend auf einem Extraprofit, in ihrer Dauerhaftigkeit beschränkt sind, solange der Widerspruch zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital in der Dynamik von gesellschaftlichem und „individuellem“ Wert sich ausdrückt.

„Unter *zufälligem Monopol* verstehen wir das Monopol, das dem Käufer oder Verkäufer erwächst aus dem zufälligen Stand von Nachfrage und Angebot“^{103a}. Damit können Fälle gemeint sein wie folgender, den Schumpeter beschreibt: „Der Dorfkrämer am Ohio kann während einer Überschwemmung für Stunden oder sogar Tage ein wirklicher Monopolist sein. Jeder erfolgreiche Corner kann für den Augenblick ein Monopol erbeuten ...“¹⁰⁴. Beim zufälligen Monopol haben wir es also mit Erscheinungen zu tun, die in einer Gesellschaft, in der die Reproduktion anarchisch verläuft, also auch immer wieder Raum für Zufälligkeiten eröffnen — jedenfalls vom Einzelkapital aus betrachtet —, immer vorkommen werden. Solche zufälligen Monopole können aber — wie schon das von Schumpeter aufgeführte Beispiel zeigt — nicht als bezeichnend für die gesellschaftliche Reproduktionsstruktur angesehen werden. Sie werden in Gesellschaften, deren Entwicklung noch nicht bis zu Beherrschung der Naturgewalten geführt hat, eine größere Rolle spielen als in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Die Spekulation mit Lebensmitteln in Überschwemmungsgebieten oder nach anderen Naturkatastrophen, wie sie immer wieder vorkommt, ist nichts anderes als die spekulative Ausnutzung von zufälligen Monopolsituationen. Aber auch hier zeigt sich bereits, daß häufig genug der Zufall *manipuliert* wird und z. B. durch Getreidehortung eine Monopolsituation künstlich hergestellt wird.

Wir könnten uns mit diesen Andeutungen zum zufälligen Monopol begnügen, wenn nicht erstens die aus der Stellung von Angebot und Nachfrage resultierenden Monopole im Rahmen der bürgerlichen Marktformenlehre eine ganz entscheidende Rolle spielen würden und zweitens von Einzelkapitalen nicht unter bestimmten Umständen *der Stand von Nachfrage und Angebot auf dem Markt manipuliert* werden könnte mit dem gleichen Effekt, wie ihn der „zufällige Stand von Angebot und Nachfrage“ herbeiführen würde. Daher sprechen wir auch von *zufälligen und manipulierten* Monopolen.

In der Marktformenlehre der bürgerlichen Ökonomie figuriert das Monopol als ein Extrempunkt zwischen der Situation vieler Anbieter bzw. Nachfrager (vollkommene Konkurrenz) und der Situation eines Anbieters (Monopol) oder eines Nachfragers (Monopson)¹⁰⁵. Das Monopol wird hier anhand der an der Oberfläche erscheinenden Konstellation von

Angebot und Nachfrage definiert, wobei die bloße Anzahl von Nachfragern und Anbietern bereits zum ökonomischen Strukturmerkmal wird. Dies kommt dadurch zustande, daß beim zufälligen Monopol Käufer und Verkäufer, Nachfrager und Anbieter betrachtet werden, denen es aufgrund des Standes von Angebot und Nachfrage zufällig möglich ist, aus der *Zirkulation durch nichtäquivalenten Kauf bzw. Verkauf einen Zusatzprofit* herauszuholen. Das Monopol ist hier ausschließlich an den Verkaufsakt bzw. Kaufakt gebunden und daher an die *relative Macht* des Käufers bzw. Verkäufers über den Tauschpartner, es ist nicht an der Kapitalbewegung festgemacht und aus den Produktionsbedingungen abgeleitet. Die Zufälligkeit des Standes von Angebot und Nachfrage und die daraus entspringende zeitweilige Monopollage ist nur eine seltene und unwichtige Ausnahmeerscheinung, oder aber es gelingt den einzelnen Kapitalen, solche Konstellationen von Angebot und Nachfrage, in denen aus dem Austausch Profite von anderen gezogen werden, *manipulativ* auf längere Zeit herzustellen.

Das Monopol drückt sich so also als *Marktmacht* gegenüber den anderen Marktteilnehmern aus. Insofern kann sich das Monopol auch auf die verschiedenen Märkte beziehen: auf den *Arbeitsmarkt*, den *Warenmarkt*, den *Geld- und Kreditmarkt*. Da, wie des öfteren schon betont, jedes Einzelkapital nach Maximalprofit strebt und es ihm gleichgültig ist, ob der Profit im Produktionsprozeß produziert wird oder aus der Zirkulation durch monopolistische Praktiken geholt wird, wird es — wenn möglich — Angebot und Nachfrage so zu manipulieren trachten, daß es eine Monopolsituation erreicht, und das ist identisch mit der Erzielung eines monopolistischen Surplusprofits. Es ist klar, daß zu solchen Manipulationen ein Mindestmaß an *ökonomischer Macht* beim Monopol angesammelt sein muß. Andernfalls würde sich die Macht an der Macht der anderen Marktteilnehmer brechen, deren Interessen ja notwendig dem Monopol entgegengerichtet sind.

Auf dem *Arbeitsmarkt* werden Praktiken eingesetzt, um den Preis der Arbeitskraft zu senken. Dies zu versuchen, gehört zur Natur des Kapitals und ist ein Ausdruck des grundlegenden Monopols der kapitalistischen Gesellschaft, des Monopols des Kapitals über die Produktionsmittel gegenüber den freien Lohnarbeitern. Die daraus resultierende Macht des Kapitals ist immer auch dahingehend eingesetzt worden, die Arbeitskraft unter Wert zu bezahlen, also nicht nur aus dem Arbeiter Mehrarbeit herauszupressen, sondern die Vernutzung der Arbeitskraft noch nicht einmal voll zu bezahlen. Diese Praktiken wurden und werden im großen Ausmaß dann angewendet, wenn die Arbeiterklasse schwach ist, sei es, weil (noch) keine Gewerkschaften existieren, sei es, weil staatliche Unterdrückung der Arbeiterklasse deren Machtentfaltung verhindert (Faschismus), sei es, weil eine große Reservearmee von Arbeitssuchenden das Angebot weit über die Nachfrage nach Arbeit treibt (Wirtschaftskrise), sei es, weil ein Einzelkapital in einer bestimmten Region aus der mangelnden Mobilität der ortsansässigen Arbeiter Nutzen zieht. Hier haben wir es jedenfalls mit Konstellationen zu tun, die dem Arbeit nachfragenden Kapital einen Zusatzprofit ermöglichen. Allerdings kommt eine solche Konstellation allen Einzelkapitalen, die auf dem entsprechenden Arbeits-

markt nachfragen, zugute, und so wirkt sie letztlich auf eine allgemeine Steigerung der Mehrwertrate hin, aus der alle Kapitale in Form der Steigerung der Durchschnittsprofitrate Nutzen ziehen können. Wenn das ordinäre Monopol aus den Interessen des jeweiligen Einzelkapitals nach Maximalprofit entsteht und es daher in diesem Interesse in Widerspruch zu den anderen konkurrierenden Einzelkapitalen gerät, stellt das Monopol der Kapitalistenklasse gegenüber der Lohnarbeit ein *gemeinsames Monopol* aller Einzelkapitale dar.

Formal gesehen, wäre auch eine Situation möglich, in der auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitskraft monopolisiert ist und dem Kapital Bedingungen diktiert mit dem Ergebnis, daß die Arbeitskraft über ihrem Wert ver^A kauft wird. Bürgerliche Ökonomen haben dies im Auge, wenn sie über die monopolistische Macht der Gewerkschaften Klage führen und von „Überbeschäftigung“ oder einem „angespannten Arbeitsmarkt“ sprechen. Es ist sicherlich richtig, daß es der Arbeiterklasse zeitweise möglich ist, die Arbeitskraft über Wert zu verkaufen. Aber da dies die Verwertung des Kapitals insgesamt beeinträchtigt, reagiert das Kapital ganz seinen immanenten Bestimmungen gemäß: es wird Arbeit durch Kapital substituieren oder die Akkumulationsrate verringern und damit die Nachfrage nach Arbeit, was die Monopolsituation der Arbeiter notwendig wieder beseitigt. Und noch etwas ist hier wichtig. Gerade aufgrund der Tendenzen des Kapitals, sein Monopol gegenüber der Arbeiterklasse durch Lohndrückung einzusetzen, ist es für die Arbeiterklasse lebensnotwendig, den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu „monopolisieren“ durch Zusammenschluß in Gewerkschaften. Denn wenn schon dadurch nicht das Monopol des Kapitals über die Produktionsmittel und die „normale“ Ausbeutung im Produktionsprozeß beseitigt werden kann, so doch immerhin die Übervorteilung der Arbeiter als Verkäufer der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt.

Auf dem *Warenmarkt* können sich Monopolsituationen aus relativen Knappheitsverhältnissen ergeben. Dieser Fall wird in der Regel der bürgerlichen Monopoltheorie vom Marshall-Cournot-Typ zugrundegelegt: Das Monopol ist in der Lage, Absatz und Preis der Ware in einer Weise zu kombinieren, daß ein Profitmaximum herauspringt, das jedenfalls höher liegt als im Falle der Konkurrenz bei Befriedigung der ganzen kaufkräftigen Nachfrage. Ein solches Monopol wird also immer weniger liefern als unter Konkurrenzbedingungen und hat insofern eine negative Wirkung auf den gesellschaftlichen Reichtum in Gebrauchswerten ausgedrückt (in Geld ausgedrückt muß die Wirkung nicht unbedingt negativ sein, da ja der Monopolprofit auch als Teil des gesellschaftlichen Reichtums in kapitalistischen Gesellschaften zählt).

Die Monopolbildung auf dem Warenmarkt hängt also mit Verknappung von Angebot und/oder Nachfrage zusammen. Dies kann sowohl auf Seiten des Käufers als auch des Verkäufers geschehen, je nach der relativen Macht. Billigeinkäufe von Rohstoffen, Errichtung von Verkaufsmonopolen für bestimmte Waren, um deren Preis über dem Marktwert zu halten, sind hierfür Beispiele, die sich in der Geschichte kapitalistischer Gesellschaften zu Häuf finden lassen. Allerdings kann es auch so sein, daß solche Manipulationen von Angebot und Nachfrage nicht einen monopolistischen Surplusprofit herbeiführen sollen, sondern lediglich dem

Fall der Profitrate des eingesetzten Kapitals einer spezifischen Branche unter den gesellschaftlichen Durchschnitt entgegenwirken sollen. Wenn das gesellschaftliche Bedürfnis bzw. die kaufkräftige Nachfrage nach einer spezifischen Ware sinkt (z. B. nach Kohle), dann hat dies nicht nur Konsequenzen für die Konstellation von Angebot und Nachfrage und den Marktpreis der Ware, sondern auch für den gesellschaftlichen Wert der Ware, sofern der Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage nicht einer nur konjunkturellen Nachfrageschwankung entspringt. Die Monopolisierung des Angebots führt dann dazu, daß die syndizierten Einzelkapitale in der Lage sind, die Produktion so einzuschränken, daß bei Aufrechterhaltung des hohen Preises ein Profit realisiert wird, der mindestens der Durchschnittsprofitrate entspricht.

Manipulationen auf dem *Kreditmarkt* beeinflussen vor allem das Teilungsverhältnis zwischen industriellem Profit und Zins. Gerade die Höhe des Zinses ist abhängig von der Konstellation von Angebot und Nachfrage nach Leihkapitalen, diese aber verändert sich je nach der konjunkturellen Lage eines nationalen Gesamtkapitals. Bedeutsam sind Zinsmanipulationen, für die industrielle Profitrate und deren Ausgleich dann, wenn Zinsdifferenzierungen durch die Banken je nach Größe oder auch anderen Merkmalen (Branche) der Einzelkapitale vorgenommen werden. Relativ günstige Kreditkonditionen für große Kreditnehmer im Vergleich zu kleineren Einzelkapitalen behindern den Ausgleich der industriellen Profitrate. Hier spielt nicht nur der zufällige oder manipulierte Stand von Angebot und Nachfrage nach Leihkapital eine Rolle, sondern die schon von Hilferding beschriebene Verflechtung von Bank- und industriellem Kapital zum Finanzkapital¹⁰⁶.

Natürliche, künstliche, zufällige und manipulierte Monopole wirken also gleichermaßen hemmend auf den Prozeß der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate. Das Monopol besagt nichts anderes, als daß Einzelkapitale sich zeitweise dem Prozeß der Ausgleichung entziehen können. Sie sind dann in der Lage, einen monopolistischen Surplusprofit einzustreichen, der über dem Durchschnitt der Profitraten liegt. Die Monopole beruhen darauf, daß die Interessen des Einzelkapitals nach Maximalprofit sich gegen die Tendenzen des Gesamtkapitals in Richtung der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate behaupten können.

Aneignungsweisen von Monopolprofiten

Wie der Profit des Kapitals überhaupt, so werden auch die monopolistischen Profite von den produktiven Lohnarbeitern produziert. So könnte die Frage nach den Quellen oder Aneignungsweisen der Monopolprofite sehr leicht beantwortet werden: Quelle der Monopolprofite ist die Mehrarbeit der produktiven Arbeiter. Aber mit dieser Antwort ist nichts gewonnen, da ja das Spezifikum monopolistischer Surplusprofite nicht geklärt werden könnte. Dieses Spezifikum besteht darin, daß aufgrund behinderter Mobilität von Arbeit und Kapital das Monopol aus dem insgesamt produzierten Mehrwert einen größeren Teil herauszuziehen vermag, als es ihm als Teil des Gesamtkapitals zukäme. Aufgrund des gemeinsamen Monopols der Kapitalistenklasse gegenüber der Klasse der Lohnarbeiter

kann es nicht so sein, daß nur der bei einem einzelnen Kapital produzierte Mehrwert diesem Einzelkapital zufällt. Vermittelt über komplizierte Ausgleichsprozesse der Einzelkapitale untereinander konstituieren sie sich als Gesamtkapital und gleichzeitig als Kapitalistenfc/aMe gegenüber der Lohnarbeiterklasse. In diesem Konstitutionsprozeß verwandelt sich der Mehrwert in Profit, der Profit in Durchschnittsprofit, bemißt sich das Kapital an sich selbst in Form der Profitrate und der Durchschnittsprofitrate. Diese Verwandlung der Kategorien aber setzt realiter die Wertbewegung voraus, die Verteilung des produzierten Mehrwerts auf die einzelnen Kapitale, die alle auf diese Weise in die Lage versetzt werden, an der Ausbeutung der Lohnarbeiter teilzuhaben. *Umverteilung* von Werten und Mehrwert ist also notwendig in der Ausgleichsbewegung, wie die *Konkurrenz* zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Kapitale untereinander sie vollzieht, eingeschlossen. Wir müssen uns daher der Wirkungsweise der Konkurrenz zuwenden, um den Quellen der Monopolprofite auf die Spur zu kommen.

Die Konkurrenz hat zwei Seiten. Sie vollzieht sich als Bewegungsform des Kapitals einmal *innerhalb* und zum anderen *zwischen* den *Branchen*. Die Kapitale konkurrieren mit ihren Waren auf dem Markt. Dabei ist der doppelte Charakter der Ware unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zu berücksichtigen. Einmal ist die Ware eine Ware mit einem bestimmten Wert und Gebrauchswert, zum anderen aber Produkt von Kapital. Einerseits konkurrieren die Waren mit identischem Gebrauchswert miteinander um das in kaufkräftiger Nachfrage sich ausdrückende gesellschaftliche Bedürfnis. Hier geht es also wesentlich um die Einheitlichkeit der Produktionsbedingungen und daher auch der ‚individuellen‘ Werte der von verschiedenen Produzenten produzierten Waren innerhalb einer Branche. Andererseits allerdings konkurrieren die Waren gänzlich unabhängig von ihrer Gebrauchswertgestalt. Denn als Produkte von Kapital sind sie lediglich relevant als Resultate eines Produktionsprozesses, der bestimmte Kosten verursacht hat, auf die eine bestimmte Profitrate vom einzelnen Kapitalisten „aufgeschlagen“ worden ist. Die Konkurrenz hat dementsprechend eine *doppelte* Wirkung: Erstens muß sie identische Werte und Preise für die Produkte mit gleichem Gebrauchswert herstellen, und zweitens muß sie zwischen den verschiedenen Branchen eine gleiche Durchschnittsprofitrate erwirken.

Wenden wir uns der Konkurrenz innerhalb einer Branche zu. In einer bestimmten Branche, die wir damit definieren, daß in ihr ein bestimmter Gebrauchswert hergestellt wird, kann der Preis der entsprechenden Ware mit dem entsprechenden Gebrauchswert nur einheitlich sein. Dies kann allerdings nicht bedeuten, daß die Produktionsbedingungen, unter denen die Ware hergestellt wird, in jedem Moment ebenso einheitlich sind. In der Gleichheit der Preise kommt das gesellschaftliche Moment zum Ausdruck, daß alle Produzenten eines bestimmten Gebrauchswerts einen bestimmten gemeinsamen Platz im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen. In der jedesmaligen Unterschiedlichkeit der Produktionsbedingungen bei individuellen Kapitalisten dagegen drückt sich aus, daß die Produktion unter kapitalistischen Bedingungen als private erfolgt. Von der gesellschaftlichen Seite her gesehen, wird insofern immer Durchschnittlichkeit verlangt, von der privaten Seite her betrachtet, herrscht

„Individualität“, in diesem Falle Individualität der Produktionsbedingungen. Bei einem Marktwert in einer Branche können also die Kostenpreise der erzeugten Waren sehr verschieden sein. Es ergibt sich also notwendigerweise eine Abweichung von „individuellen Werten“ und dem gesellschaftlichen oder *Marktwert* in einer Branche. Diejenigen Kapitale, deren individueller Wert unter dem Marktwert liegt, sind in der Lage, einen *Extraprofit* zu erzielen. Daraus ergibt sich bereits das notwendige Streben aller Kapitalisten, den individuellen Wert zu senken, in der Regel, indem die Produktivkraft der Arbeit entwickelt wird. Wenn aber alle Kapitalisten dieses Resultat anstreben, wird immer wieder die Durchschnittlichkeit, d. h. die Gesellschaftlichkeit nicht nur als gemeinsamer Marktwert in einer Branche, sondern auch als angegliche Produktionsbedingungen hergestellt.

Die einzelnen Kapitale einer entsprechenden Branche konkurrieren also miteinander. Ihre Konkurrenz aber geht noch um die Ware. Es geht dabei noch nicht um die *Ware als Produkt von Kapital*. Bei der Konkurrenz der Kapitale zwischen den Branchen spielt nicht mehr der gesellschaftliche Wert (Marktwert) die regulierende Rolle. Vielmehr geht es hier — die Ware als Produkt von Kapital — um den Ausgleich individueller Verwertungsraten der Einzelkapitale zur gesellschaftlich durchschnittlichen Verwertungsrate, zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate. Zwischen den beiden Ebenen der Konkurrenz innerhalb einer Branche und zwischen den verschiedenen Branchen besteht ein Widerspruch. Der Ausgleich zum gesellschaftlichen Marktwert impliziert verschiedene Profitraten entsprechend den unterschiedlichen Produktionsbedingungen. Die Ausgleichung zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate aber impliziert je nach der Kapitalzusammensetzung der Einzelkapitale verschiedene Marktwerte bzw. Marktpreise. Dieser Widerspruch ist der Produktionsweise eigen, aber er findet auch seine *Form*, in der er sich zu entfalten vermag, und zwar in der realen Kategorie des *Produktionspreises*. Der Produktionspreis eines produzierten Warenkapitals hat nicht nur die Eigenschaft (wie der Marktwert), daß der Preis des einzelnen Elements des Warenkapitals, der Ware, einheitlich in einer durch den Gebrauchswert bestimmten Branche ist, sondern darüber hinaus die Eigenschaft, daß (berechnet auf den Kapitalvorschuß [Kostpreis]) jeder einzelne Kapitalist eine durchschnittliche Profitrate bezieht.

Es ist einsichtig, daß zur Herausbildung des Produktionspreises und der durchschnittlichen Profitrate eine relativ hohe Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise notwendig ist. Denn erstens ist zur Konkurrenz zwischen den Branchen, deren Wirkung sich auf die Ware als Produkt von Kapital bezieht, Mobilität von Kapital und Arbeitskraft notwendig, in viel größerem Maße jedenfalls als bei der Konkurrenz innerhalb der Branche, die sich auf die Ware als Ware bezieht. Zweitens ist die Kategorie des Produktionspreises gegenüber derjenigen des Marktwertes auch insofern weiter fortbestimmt, als in ihr die durch den Gebrauchswert gesetzten Schranken (Branche) überwunden sind und das Kapital seine Einheitlichkeit und Uninteressiertheit gegenüber dem Konkretum Gebrauchswert und Arbeit nicht mehr an der Ware zu erweisen hat, sondern nur noch an sich selbst. Im Produktionspreis, der die Durch-

schnittsprofitrate impliziert, ist dem Kapital seine adäquate Preiskategorie gegeben.

Bei der Kalkulation der Profitrate eines Einzelkapitals zählt nicht mehr die Unterschiedlichkeit des variablen und konstanten Kapitals, wie wir bereits gesehen haben. Da aber entsprechend der Branche und der technologischen Entwicklung der Anteil des variablen Kapitals am gesamtvorgeschossenen Kapital sehr verschieden ist, oder anders ausgedrückt: die organische Zusammensetzung des Kapitals unterschiedlich ist, müßten die einzelnen Kapitale bei gleicher Mehrwertrate einen unterschiedlich großen Mehrwert auf das insgesamt vorgeschossene Kapital beziehen können. Je größer die organische Zusammensetzung des Kapitals, desto niedriger müßte die Profitrate sein. Die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate also impliziert, daß es zwischen den einzelnen Kapitalen zu einer „Umverteilung“ von Werten kommt. Diese Umverteilung ist jedoch keineswegs eine Art „sekundärer Umverteilung“, in der die ursprünglichen Resultate der Wertbewegung mittels staatlicher Aktion oder einzelkapitalistischer Einsicht korrigiert würden, vielmehr vollzieht sich dieser Ausgleich und die damit einhergehende Umverteilung von Werten im Verlauf der Kapitalbewegung selbst. Unterschiedliche Profitraten, die empirisch immer gegeben sind, führen gerade unter Verhältnissen des entwickelten Kreditwesens zu Kapitalwanderungen, zur Anlage des Zusatzkapitals in Branchen, in denen überdurchschnittliche Profitraten erwartet werden. Vorausgesetzt ist hier Mobilität des Kapitals und Mobilität der Arbeit. Nur dann kann die Kategorie, über die dieser Ausgleich vermittelt ist, nämlich der Produktionspreis, sich wirklich herausbilden.

Die Umverteilung von Werten durch die Konkurrenz der Kapitale erfolgt also nur zwischen den Branchen, nicht innerhalb der Branchen. Die Differenz zwischen dem gesellschaftlichen und dem „individuellen“ Wert ist nichts, was von dem einen zum anderen Kapital übertragen werden müßte. Der aus dieser Differenz resultierende Extramehrwert oder -profit hat folglich nichts mit Umverteilung zu tun¹⁰⁷. Diese differenzierte Behandlung des Problems der Umverteilung von Werten durch die Konkurrenz der Kapitale ermöglicht uns nun auch eine differenzierte Beantwortung der Frage nach den Quellen der monopolistischen Überprofite.

Beim *künstlichen* Monopol entstehen die monopolistischen Extraprofite nicht durch Wertübertragung, da ja die Differenz zwischen gesellschaftlichem und „individuellem“ Wert nicht der Wertübertragung, sondern der Unterschiedlichkeit individueller Produktionsbedingungen geschuldet ist. Das künstliche Monopol bezieht seinen Profit vielmehr daraus, daß es anderen Kapitalen der Branche unmöglich gemacht wird, aufgrund neuer Produktionsverfahren oder Produkte den „individuellen“ Wert auf den Stand desjenigen des Monopols zu senken. Der gesellschaftliche Wert in der Branche muß also künstlich hochgehalten werden, um aus der Differenz zwischen gesellschaftlichem und „individuellem“ Wert den entsprechenden Extraprofit ziehen zu können.

Das *zufällige und manipulierte* Monopol ist immer und notwendigerweise mit Wertübertragungen verbunden. Denn es zieht seinen Monopol-

profit aus nicht-äquivalentem Tausch, d. h. es kauft seine Vorprodukte zu einem unter dem Produktionspreis liegenden Marktpreis ein bzw. verkauft seine Waren über dem Produktionspreis. Dadurch zieht es aus der Zirkulation mehr Wert, als es ihm der Kapitalgröße entsprechend zustehen würde.

Der Monopolprofit aufgrund der *Monopolisierung von Naturkraft* kann durch Wertübertragungen zustande kommen, dies muß aber nicht sein. Bei der Behandlung der Kategorie der Grundrente geht Marx davon aus, daß sie aus der Differenz von Wert und Produktionspreis entstehe. Das bedeutet, daß bei Kapitalen mit einer vergleichsweise niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals ein monopolistischer Überprofit dann anfallen kann, wenn der von diesen Kapitalen angeeignete Mehrwert *nicht* in den Ausgleichs- und Umverteilungsprozeß der Konkurrenz eingeht. Diese Kapitale legen sozusagen auf den bei ihnen produzierten Mehrwert die Hand und verhindern so, daß er in die „Gemeinschaftskasse“ des Gesamtkapitals zur Verteilung an die vielen Einzelkapitale fließt. Die Verhinderung wird ermöglicht durch das Bodenmonopol.

Wir sehen also, daß Monopolprofite auf drei scharf voneinander zu unterscheidenden Aneignungsweisen beruhen. *Erstens*: Monopolprofite entstehen, ohne daß auch nur die Spur von Wertübertragungen erfolgen müßte, dadurch, daß innerhalb einer Branche der Ausgleich zwischen gesellschaftlichem Wert der in der entsprechenden Branche produzierten Waren und dem „individuellen“ Wert der von dem Monopol produzierten Waren verhindert wird. *Zweitens*: Monopolprofite entstehen, indem das Monopol aus der Zirkulation sich Werte aneignet, d.h. die monopolistischen Waren über dem Produktionspreis verkauft werden bzw. das Monopol von anderen Kapitalen unter dem Produktionspreis einkauft. Wertübertragungen von der Arbeiterklasse durch Zirkulationsakte finden nur scheinbar statt. Denn können sich die Arbeiter für monopolistisch verteuerte Waren nicht schadlos halten, indem sie höhere Löhne durchsetzen, dann steigt die Ausbeutungsrate entsprechend an. Die Monopole ziehen aus der Gesamtkaufkraft der Arbeiterklasse dann einen größeren Teil, andere Kapitale verlieren dementsprechend an kaufkräftiger Nachfrage. Wenn sich aber die Arbeiter durch entsprechende Lohnsteigerungen schadlos halten können, dann sinkt bei den Kapitalen, die ihre Preise nicht heraufzusetzen vermögen, die Mehrwertrate, während sie bei den Monopolen steigt. Vermittelt über die von den Arbeitern ausgeübte zahlungsfähige Nachfrage findet also Umverteilung innerhalb der Kapitalistenklasse statt. Hier zeigt es sich, daß das grundlegende Monopol des Kapitals gegenüber der Lohnarbeiterklasse sich im Produktionsprozeß des Mehrwerts ständig materialisiert und nicht erst im Zirkulationsprozeß einer Art „sekundären Ausbeutung“ bedarf. Zirkulationsmonopole sind daher immer im wesentlichen Momente der Umverteilung innerhalb der Kapitalistenklasse. *Drittens*: Monopolprofite entstehen, indem sich einzelne Kapitale den Ausgleichsprozessen gänzlich entziehen und daher auch die unter ihrer Ägide von den produktiven Lohnarbeitern produzierten Werte und den Mehrwert gar nicht in den Ausgleichsprozeß eingehen lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die organische Kapitalzusammensetzung unterdurchschnittlich niedrig ist.

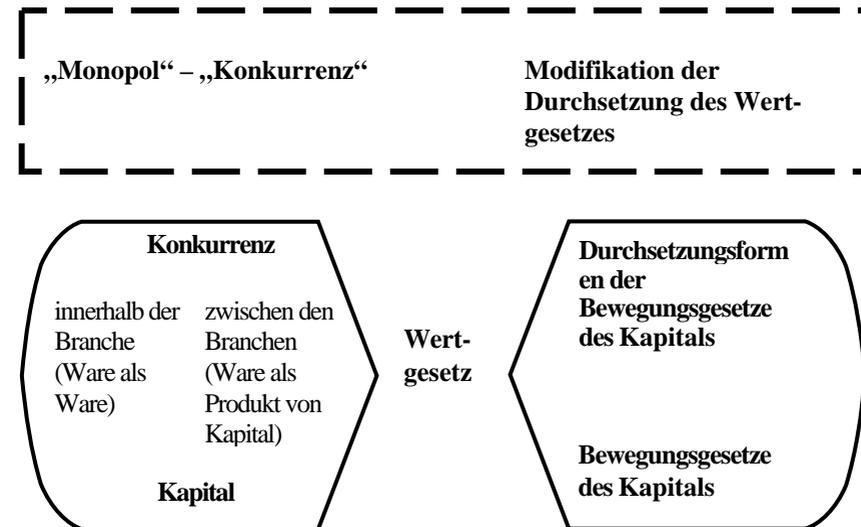
Diese drei Quellen des Monopolprofits sind scharf auseinanderzuhalten, da von ihnen auch die Reproduktionsmöglichkeiten des Monopols sowie die Wirkungen auf den Gesamtproduktionsprozeß der Gesellschaft abhängen.

Erst auf dieser systematisch entwickelten Grundlage ist es möglich, die Methoden im einzelnen darzustellen, mit denen monopolistische Extraprofite angeeignet werden, mit denen die Mobilität von Arbeit und Kapital eingeschränkt wird, mit denen besonders günstige Verwertungssituationen errichtet und gegenüber den konkurrierenden Einzelkapitalen abgeschirmt werden. Je nach der Form des Monopols und der Aneignung monopolistischer Zusatzprofite ist aber auch deren Dauerhaftigkeit verschieden. Denn die Wege, auf denen im Prozeß der Kapitalakkumulation die Erosion von Monopolstellungen stattfindet, sind je verschieden. Die Zeiträume der Beseitigung monopolistischer Extraprofite, wenn diese z.B. durch Patentierung fixiert sein sollten, sind andere als bei Monopolprofiten, die auf der Monopolisierung von natürlichen Ressourcen aufgrund des Bodeneigentums entstehen. Die Zeitdauer bei zufälligen Monopolen ist häufig sehr gering, auch wenn die Profite in diesem kurzen Zeitraum sehr hoch sein mögen. Manipulierte Monopole aufgrund von Marktmacht sind in den Reproduktionsmöglichkeiten der Marktmacht quantitativ und zeitlich begrenzt. Daher müssen auf die Frage nach der Dauerhaftigkeit sehr differenzierte Antworten gegeben werden.

Wenn in diesem Zusammenhang auf die oben skizzierte fünfte Position hinsichtlich des Verhältnisses von Durchschnittsprofit und Monopolprofit zurückgekommen werden soll, dann unter Berücksichtigung des folgenden Ergebnisses. Das Monopol als großes Einzelkapital hört nicht auf zu fungieren, wenn der Monopolprofit erodiert. Der Monopolprofit ist keine auf Dauer zu beziehende Größe. Er wird in der Konkurrenz immer wieder abgebaut, wobei durchaus die Möglichkeit besteht, daß aufgrund besonderer Bedingungen das Schwinden von monopolistischen Profiten sich über längere Zeiträume verzögert, daß die Wirkungsweise des Wertgesetzes sich also nur *modifiziert* durchsetzt.

Dieser Zusammenhang soll anhand folgenden Schemas verdeutlicht werden: Dem Kapital sind bestimmte Bewegungsgesetze eigen, die in der Sphäre der Konkurrenz als äußere Zwangsgesetze dem Einzelkapital aufgeherrscht werden. Gesetze des Kapitals und Formen der Durchsetzung dieser Gesetze in der Sphäre der Konkurrenz zusammen sind das, was mit dem Begriff „Wertgesetz“ gemeint ist. Zu unterscheiden ist dabei, daß die Konkurrenz in doppelter Form agiert, so wie die vom Kapital produzierte Ware „ordinäre“ Ware einerseits und Produkt von Kapital andererseits ist. Erst auf dieser Grundlage sind die *Modifikationen* des Wertgesetzes überhaupt kalkulierbar. Auf dieser Grundlage auch wird deutlich, was Konkurrenz begrifflich bedeutet, in welchem inneren Zusammenhang Konkurrenz mit dem Kapitalbegriff steht. Danach erst ist es möglich, den Gegensatz von Konkurrenz und Monopol zu konstruieren, wobei das Monopol die hier nur angedeuteten modifizierten Wirkungen hinsichtlich der Durchsetzung der Bewegungsgesetze des Kapitals entfaltet. An dem Schema soll deutlich werden, daß die Modifikationen des Wertgesetzes sowie der Gegensatz von Monopol und Konkurrenz auf einer anderen

logischen Ebene angesiedelt sind als der Kapitalbegriff, der Konkurrenzbegriff und der Begriff des Wertgesetzes.



Wenn wir bei der Behandlung des Marxschen Gesetzbegriffs davon ausgehen, daß die Vermittlungen zwischen Bewegungsgesetz der Produktionsweise und den Aktionen der Einzelkapitale nicht aufgelöst werden können, ohne daß damit die Vorstellung vom Wertgesetz sinnlos oder doch bedeutungslos würde, dann zeigt sich jetzt, daß der Vermittlungszusammenhang durchaus Modifikationen zuläßt. *Das Monopol ist eine solche Modifikation*. Es widerspricht dem Wertgesetz schon deshalb nicht, weil es begrifflich auf der Ebene der Aktionen der vielen Einzelkapitale aufeinander zu orten ist: nämlich als ein Einzelkapital, das wie jedes andere Einzelkapital nach Maximalprofit strebt, dabei aber aufgrund besonderer Machtkonstellationen in der Lage ist, sich den durch die Zwangsgesetze der Konkurrenz aufgeherrschten Ausgleichsbedingungen auf eine mehr oder weniger lange Zeitdauer zu entziehen. Daß hierfür neben anderen Faktoren die Größe des Kapitals verantwortlich ist, kann nicht bestritten werden. Einmal existent aber, modifiziert das Monopol die Wirkungsweise der Ausgleichsbewegungen der Kapitale. Es kann ja als Monopol nur bestehen, wenn es die Mobilität des Kapitals und der Arbeit einschränkt, um Angriffe auf seine Monopolstellung abzuwehren. Daher brauchen die Prozesse, die das Kapital als Gesamtkapital immer wieder reproduzieren, *längere Zeiträume*, als es unter Bedingungen voller Kapitalmobilität der Fall sein würde. Das Monopol kann seine Stellung nur halten, indem es seine Macht reproduziert. Diese *Reproduktionsbedingungen der Monopolmacht* aber sind nicht nur nach den Aneignungsweisen des Monopolprofits verschieden, sondern sie unterliegen der wenn

auch modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes. Jede andere Annahme müßte konsequent genug sein, das der Wirkungsweise des Wertgesetzes vollends entzogene Monopol als Element einer „neuen Gesellschaft“ begreifen, die alles sein könnte, nur keine kapitalistische Gesellschaft mehr.

Das Wertgesetz begrenzt also monopolistische Machtentfaltung, die Monopolmacht kann niemals an die Stelle des Wertgesetzes treten. Aber sie modifiziert seine Durchsetzung. Sie wirkt dahin, daß sich die Bewegungsgesetze der Produktionsweise eben nur als Tendenzen durchsetzen. Diese Tendenzen aber resultieren in den zu Beginn des Artikels beschriebenen Formen der Vergesellschaftung — Entstehung großer Konzerne, steigende organische Kapitalzusammensetzung, wachsender Fixkapitalanteil, Veränderungen in der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, größere Bedeutung der politischen Intervention in die Ökonomie, wachsende Bedeutung der Kontinuität der Wertzirkulation und schließlich veränderte Klassenstrukturen —, die, gleichgültig ob einzelne Kapitale Monopolprofite beziehen oder nicht, die Strukturen darstellen, die den hochentwickelten Kapitalismus ausmachen und daher Gegenstand und/oder Basis des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapitalverhältnis sind.

Anmerkungen

1 Dies ist die geläufigste Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung, die in unseren weiteren Ausführungen noch eingehend behandelt werden wird. Es sei daher nur darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Theoretikern andere Kriterien und Bezeichnungen benutzt:

Werner *Sombart* unterscheidet zwischen Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus und macht diese Einteilung an der „Reinheit“ der kapitalistischen Strukturprinzipien fest, die er vor allem in der Zunahme der „Rationalität“ und der „Versachlichung“ erblickt; *Baran* und *Sweezy* teilen nach bestimmten grundlegenden Erfindungen ein, nämlich nach der Erfindung der Dampfmaschine, der Elektrizität, des Kraftwagens; Ernest *Mandel* unterscheidet im Gefolge von *Kondratieff* mehrere „lange Zyklen“ kapitalistischer Entwicklung, die sich ebenfalls an grundlegenden technologischen Neuerungen orientieren; *Schumpeter* stellt in ähnlicher Weise die Zeitalter der „industriellen Revolution“, des „Dampfes und Stahls“ und der „Elektrizität, der Chemie und des Motors“ fest; Joan *Robinson* sieht den heutigen Kapitalismus durch die krisenregulierende Potenz des Staates und die Einflußnahme des sozialistischen Lagers auf die innere kapitalistische Entwicklung charakterisiert; Nicos *Poulantzas* unterscheidet zwischen einer Übergangsphase zum Imperialismus, einer Konsolidierungsphase und der gegenwärtigen Phase.

Wir sehen also erhebliche Differenzen bei Theoretikern der kapitalistischen Entwicklung, die strukturellen Veränderungen begrifflich zu erfassen.

2 In den Theorien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus werden gerade in dieser Frage sehr unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Zwar wird von allen festgestellt, der staatsmonopolistische Kapitalismus sei Kapitalismus; aber oftmals werden dieser Phase so bedeutsame Wandlungen und Änderungen der Bewegungsgesetze unterstellt, daß der Kapitalismusbegriff seine Schärfe verliert.

3 In den eher soziologisch orientierten Wachstumstheorien a la *Harshman*, *Lewis* oder *Rostow* haben wir dagegen die beinahe völlige Vernachlässigung allgemeiner Entwicklungsgesetze, der Gesellschaft und der daraus ableitbaren sozialen Zwänge und Grenzen.

4 Hier ist auch das neoricardianische Mißverständnis der Marxschen Theorie angesiedelt: ihre quantitative, daher formalisierbare Seite wird gegenüber der qualitativen, auch historischen Seite hypostasiert. Darauf hat ausführlich Robert Rowthorne, *Marxism and the Capital Theory Controversy*, in: *Bulletin of the Conference of Socialist Economists*, 2,2, Autumn 1972, hingewiesen.

5 G. Stiehler, *Die Marxsche Analyse der Widersprüche des Kapitalismus im „Kapital“ und der staatsmonopolistische Kapitalismus*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 15Jg., 8/1967, S. 957.

5a K. Marx, MEW Bd. 23, S. 333.

6 Dies stimmt in der Rigidität der Formulierung nicht ganz. Denn die Reaktionsweisen des Arbeiters auf Veränderungen des Arbeitsprozesses können dem Kapital so große Schwierigkeiten machen, daß es doch darauf Rücksicht nehmen muß, um überhaupt Produktivkraftsteigerungen realisieren zu können. Die gegenwärtigen Tendenzen einer, wie es so euphemistisch und falsch heißt, „Humanisierung der Arbeit“ stellen gerade den Versuch dar, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß der Arbeiter seine Arbeit im Interesse des Kapitals verausgabt. Seine „Zufriedenheit“ und die daraus sich ergebende Kontinuität der Produktion wird so für das Kapital zu einer Produktivkraft.

7 Vgl. dazu Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, Frankfurt/M. und Wien 1970, insbes. S. 126 ff.

8 „Damit das Kapital sich seinem Begriff entsprechend verwerten kann, muß es sich notwendig in seiner Reproduktion von seiner Basis, der unmittelbaren menschlichen Arbeitskraft, möglichst unabhängig machen.“ So Rudi Schmiede, *Grundprobleme der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie*. Frankfurt 1973, S. 72.

9 In diesem Zusammenhang wären die Maßnahmen und Entwicklungsprozesse zur Herstellung des nationalen und des Weltmarkts zu behandeln: Aufhebung innerer und äußerer Zölle, Kapitalverkehrsbeschränkungen, die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitskraft, ihre Qualifikation zur Mobilität, die technologische Entwicklung eines Kommunikationssystems, das die Zeitdauer der Informationsübermittlung oder der Überbrückung von Entfernungen durch Waren und Menschen minimiert. Dieser Hinweis kann die systematische Abhandlung nicht ersetzen, er soll lediglich das Problem verdeutlichen.

10 „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher auch beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern.“ So Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 260.

10a K. Marx, MEW Bd. 25, S. 620.

11 Auch wenn es selten expliziert wird, schwingt in vielen Theorien über das Monopol gerade die Vorstellung vom inneren Zusammenhang von Größe und Immobilität des Kapitals mit. Dies muß jedoch keineswegs so sein.

12 Mit der Entwicklung der Produktivität werden die einzelnen Elemente des konstanten Kapitals „billiger“, der Arbeitszeitaufwand für ihre Reproduktion sinkt. Wenn daher die Masse an Produktionsmitteln pro Arbeitsplatz oder Arbeiter auch zunimmt, so, infolge der partiellen Verbilligung der einzelnen Elemente dieser

Produktionsmittel und der Rohstoffe, die Quantität der *Kapitalwerte* im Vergleich mit dem für die Arbeitskraft aufzuwendenden Kapital nicht im gleichen Ausmaß.

13 Der Akkumulationsfonds umfaßt alle diejenigen Geldbeträge, die aus dem realisierten Mehrwert für die Akkumulation des Kapitals zur Verfügung stehen. Der Amortisationsfonds umfaßt die Geldbeträge, die aus dem Rückfluß der auf das Produkt übertragenen Wertteile des konstanten fixen Kapitals sich so lange ansammeln, wie kein stofflicher Ersatz für das fixe Kapital vorgenommen werden muß. Auch wenn diese Mittel für den Stoffersatz vorgesehen sind und das Korrelat für den Wertverzehr des konstanten fixen Kapitals im Produktionsprozeß darstellen, sind diese Mittel doch während der Funktionsdauer der Arbeitsmittel liquide und mobilisierbar — was denn auch in großem Umfang geschieht.

14 Aus der veränderten Wertstruktur des Kapitals lassen sich beispielsweise so komplizierte Prozesse erklären wie die permanente Inflation, die Tatsache, daß die Preise im Gegensatz zum „klassischen Zyklus“ in der Krisen- oder Depressionsphase nicht mehr zurückgehen, sondern die Preissteigerungsrate gar beschleunigt wird. Vgl. dazu Elmar Altvater, Jürgen Hoffmann, Rainer Künzel, Willi Semmler, Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 17/18, V. Jahrg. 1975, S. 237 ff.

15 Vgl. dazu Reichelt, a.a.O.

16 Grob umrissen bedeutet formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, daß es noch nicht die ihm eigentümlichen Methoden der Mehrwertproduktion — nämlich durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit — entwickelt hat, also absoluten Mehrwert produziert. Mit reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital ist dementsprechend die Produktion des relativen Mehrwerts gemeint. Formen der Produktion des relativen Mehrwerts oder der realen Subsumtion der Arbeit sind dann die manufakturielle und die industrielle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Vgl. dazu Karl Marx, Das Kapital, Band 1, 10. bis 13. Kapitel und ders., Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt/M. 1970.

16a K. Marx, MEW Bd. 23, S. 389.

16b K. Marx, MEW Bd. 23, S. 390.

16c K. Marx, MEW Bd. 23, S. 401.

16d K. Marx, MEW Bd. 23, S. 407.

17 Dies hat Henryk Grossmann sehr klar erkannt: „Es sind keine historisch-deskriptiven Schilderungen, in welchen Marx die Entstehung der großen Industrie aus der Manufaktur genetisch darstellen wollte. Beide Kapitel haben einen eminent theoretischen Charakter. . . Was charakterisiert die Manufaktur und die maschinenmäßige Großindustrie als zwei verschiedene Phasen der kapitalistischen Produktion? Beide haben einen kapitalistischen Charakter, beide fußen, auf Lohnarbeit und sind durch das Profitstreben beherrscht. Da jedoch der technische Arbeitsprozeß in beiden durchaus verschieden ist: die Manufaktur einen ‚Produktions-mechanismus (darstellt), dessen Organe Menschen sind‘, die moderne Großindustrie dagegen zur Grundlage die Maschinerie hat, so stempelt sie gerade diese Verschiedenheit zu verschiedenartigen Phasen des Kapitalismus. . .“, Henryk Grossmann, Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik. Frankfurt/M. und Wien 1969, S. 36 f.

18 Grossmann, a.a.O., S. 37.

19 Alfred Sohn-Rethel, Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis. Frankfurt/M. 1970, S. 157. Eine knappe, kritische Darstellung des Taylorismus — Verwissenschaftlichung der Arbeitsorganisation durch Arbeitszerlegung und Arbeitsintensivierung — findet sich bei Jürgen H. Mendner, „Humanisierung der Arbeit“ als gewerkschaftspolitisches Problem, in: mehrwert, Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie, Nr. 9, Juni 1975, S. 4 ff. und ders., Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß. Frankfurt/M., 1975.

20 Sohn-Rethel, a.a.O., S. 160.

21 Sohn-Rethel, a.a.O., S. 164.

21a Das MTM-System (Methods Time Measurement) stellt eine Methode dar, manuelle Arbeiten in kleinste Grundbewegungen zu zerlegen, wobei für jede Grundbewegung eine Normzeit ermittelt worden ist. Dies geschah aufgrund von Zeitlupenbeobachtung von hunderten von Arbeitsabläufen. Daraus ergibt sich ein Schein von Objektivität. Doch sind die Grundbewegungen durch „erfahrene“ Ingenieure und Arbeitswissenschaftler isoliert worden, die die Leistungsgrade zu bewerten haben. Das System dient der Intensivierung der Arbeit und der „wissenschaftlichen“ Ermittlung des an die Leistung gekoppelten Lohns. Vgl. dazu: Systeme vorbestimmter Zeit. Bericht über eine Tagung der IG Chemie. Hannover 1967. Redaktionskollektiv Gewerkschaften. Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD (Teil II), in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 5, Dezember 1972, S. 125 ff.

21b K. Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 322.

22 Aus diesem Widerspruch begründen sich auch die einkommenspolitischen Versuche, die Gewerkschaften in staatlich verordnete Lohnbegrenzungen einzubinden.

23 Es kann uns hier nicht darum gehen, die Kategorie des Staates abzuleiten. Es soll auch nicht auf die in den letzten Jahren innerhalb der marxistischen Diskussion entwickelten verschiedenen Versuche der kategorialen Bestimmung des bürgerlichen Staates eingegangen werden. Vgl. für den nach meiner Auffassung gegenwärtig entwickeltsten Ansatz Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 14/15, IV. Jahrg. 1974, S. 51 ff.

24 Diesen Aspekt betont Heide Gerstenberger, Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 8/9, III. Jahrg. 1973, S. 207 ff.

25 Dem widerspricht auch nicht die scheinbare Personalisierung, wie sie sich in Symbolfiguren vom Filmstar der Regenbogenpresse bis zum charismatischen Politiker ausdrückt. Sie selbst ist nur ein Moment in dieser Rationalität und Objektivität; denn die Symbolfiguren haben jeden Subjektcharakter bereits aufgeben müssen. Auch eine Personalisierung, wie sie in der These von der „Macht der Hundert“ zum Ausdruck kommt, verkennt den Herrschaftscharakter der bürgerlichen Gesellschaft. Auch die mächtigen Hundert sind nur Charaktermasken des Systems, dessen Herrschaft *durch* diese Hundert, aber nicht *von* ihnen ausgeübt wird.

26 Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, Monopolkapital. Frankfurt/M. 1967.

27 Vgl. Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Frankfurt/M. und Wien 1968 (Neuaufgabe). Während Hilferding im „Finanzkapital“ noch widersprüchlich argumentiert, ist er in seiner bekannten Rede auf dem Sozialdemokratischen Parteitag von 1927 ganz eindeutig: „Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion“ (S. 168).

28 Stiehler, a.a.O., S. 957 und 963.

29 Oskar Lange, Politische Ökonomie, Band 1, Allgemeine Probleme. Berlin 1969, S. 91.

30 Lange, a.a.O., S. 89.

31 Ebenda.

32 Fritz Kumpf, Probleme der Dialektik in Lenins Imperialismusanalyse. Eine Studie zur dialektischen Logik. Berlin/West 1968, S. 93 f. Kumpf zitiert an dieser Stelle Lenin, „daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Mono-

pol führt" (Lenin Werke, Bd. 22, S. 204). Wir können hier nicht eine ausführliche Auseinandersetzung mit Lenins Monopolbegriff führen. Vgl. dazu aber die Ausführungen von Christel Neusüss, Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals. Erlangen 1972. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Schrift des Projekt Klassenanalyse, Leninismus — neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?, 2 Bände, Westberlin 1972 verwiesen, obwohl trotz der Umfänglichkeit der Arbeit die Ausführungen zum Monopolproblem entgegen seinem Stellenwert in der Leninschen Theorie sehr kurz wegkommen.

33 Kumpf, a.a.O., S. 95.

34 Vgl. dazu die Ausführungen bei Reichelt, a.a.O., vor allem aber bei Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“. Frankfurt/M. und Wien 1968, insbes. S. 60 ff.

35 Karl Marx, MEW Bd. 23, S. 335.

36 Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein. Berlin 1923, S. 112.

37 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, S. 450.

37a Vgl. Kumpf, a.a.O.

38 Fred Oelßner, Ein Beitrag zur Monopoltheorie, in: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Band 3. Berlin 1960, S. 84.

39 Oelßner, a.a.O., S. 88.

40 „Andrerseits . . . zeigt unsre Methode die Punkte, wo die historische Betrachtung hereintreten muß, oder wo die bürgerliche Ökonomie als bloß historische Gestalt des Produktionsprozesses über sich hinausweist auf frühere historische Weisen der Produktion. Es ist daher nicht nötig, um die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie zu entwickeln, die wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse zu schreiben . . .“. Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 364.

41 David Ricardo, Grundsätze der politischen Ökonomie. Berlin 1959, S. 379 f.: „Von einer Gesellschaft oder einem Einzelnen monopolisierte Waren schwanken entsprechend dem von Lord Lauderdale dargelegten Gesetz: sie sinken entsprechend dem Verhältnis, in dem die Verkäufer ihre Mengen vermehren und steigen proportional zu dem Bestreben der Käufer, sie zu kaufen. Ihr Preis hat keine notwendige Beziehung zu ihrem natürlichen Wert. . .“

42 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 543 f.

43 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 544 f.

44 In diesem Zusammenhang sei auf Werner Hofmann verwiesen, der von „Machtpreisbildung“ unter monopolistischen oder oligopolistischen Verhältnissen gegenüber der „Marktpreisbildung“ unter Bedingungen der freien Konkurrenz spricht. So z. B. in: Die säkulare Inflation. Berlin 1962, S. 18 und in: Das „Wertgesetz“ in der Erwerbsgesellschaft unserer Tage und in der sozialistischen Planwirtschaft, in: Kritik der politischen Ökonomie heute — 100 Jahre „Kapital“. Frankfurt/M. und Wien 1968, S. 263 ff. insbes. S. 274 ff.

45 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 549 f.

46 Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Frankfurt/M. und Wien 1969, S. 27.

47 Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 163. Es ist hervorzuheben, daß Marx in dieser Schrift aus dem Jahre 1847 den Begriff der Konkurrenz und des Monopols erst unvollständig entwickelt hatte; denn weder waren die Werttheorie noch der Kapitalbegriff entwickelt.

48 Margaret Wirth, Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, III. Jahrg. 1973, S. 24.

49 Vgl. dazu neben dem schon angegebenen Werk von Baran und Sweezy Natalie Moszkowska, Zur Dynamik des Spätkapitalismus. Zürich und New York

1943. Das „Monopol als Herrschaftsverhältnis“ ist eine so weit verbreitete Darlegung, daß das Zitieren spezieller Literatur sich erübrigt.

50 Horst Heiningen und Peter Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik. Frankfurt/M. 1970, S. 27 und S. 32. Diese beiden Autoren stehen für viele andere Theoretiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die hier nicht angeführt werden.

51 „Jeder einzelne Kapitalist strebt nach höchstem Profit, aber die Konkurrenz unter den Kapitalisten führt dazu, daß sich die Profitrate in den einzelnen Produktionszweigen auf dem Niveau der durchschnittlichen Profitrate ausgleicht.“ So Lange, a.a.O., S. 85.

52 Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 171.

53 Hilferding, a.a.O., S. 256, 315 ff.

54 Peter Hess, Monopoltheorie und Kapitalismuskritik, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften. Frankfurt/M. 1971, S. 18.

55 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin/DDR 1972, S. 171 ff.

56 Ebenda. Heiningen und Hess, a.a.O., S. 31 schreiben: „Das Monopol negiert die Konkurrenz, indem es sie auf neuer Stufe als monopolistische Konkurrenz reproduziert“.

57 Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus. Frankfurt/M. 1972, S. 475.

58 Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt/M. 1968, S. 434.

59 Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 476. Diese Aussage bleibt bei ihm reine Behauptung. Eine theoretische Begründung fehlt im „Spätkapitalismus“ vollkommen. In der „Marxistischen Wirtschaftstheorie“ wird nur ein empirischer Begründungsversuch unternommen.

60 Ebenda. Vgl. auch Mandel, Surpluskapital und Realisierung des Mehrwerts, in: Monopolkapital — Thesen zu dem Buch von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, herausgegeben von Federico Hermanin, Karin Monte und Claus Roishausen. Frankfurt/M. und Wien 1969, S. 63. Er vertritt dort die gleiche These.

61 Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 477.

62 Ebenda. Hervorhebung von Mandel.

63 Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, a.a.O., S. 435.

64 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kritik des Autorenkollektivs (Bader, Bischoff, Ganssmann, Goldschmidt, Hoffmann, Riehn), „Marxistische Wirtschaftstheorie“ — Ein Lehrbuch der politischen Ökonomie, in: Das Argument, Nr. 57, Mai 1970, S. 216—227, insbes. S. 223.

65 Oelßner, a.a.O., S. 76.

66 Oelßner, ebenda, S. 77.

67 Oelßner, a.a.O., S. 89.

68 Hilferding, Das Finanzkapital, a.a.O., S. 323. Vgl. dazu auch Reinhard Schimkowsky, Zur Marx-Rezeption bei Hilferding. Die Bestimmungen von Konkurrenz und Monopol in „Finanzkapital“, in: Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Frankfurt/M. 1974, S. 173 ff.

69 Hilferding, a.a.O., S. 316.

70 Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Köln-Deutz 1959, S. 215 f.

71 Sweezy, a.a.O., S. 215.

72 Hilferding, a.a.O., S. 323.

73 Varga, a.a.O., S. 14.

74 Varga, a.a.O., S. 21.

75 Oelßner, a.a.O., S. 83.

76 Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 183. Ähnlich in den Theorien über den Mehrwert, Band 2: „Aber die general rate of profit ist bestimmt durch das Verhältnis

der unbezahlten Arbeit zur bezahlten und zum vorgeschossenen Kapital nicht in diesem oder jenem Trade, sondern in allen Trades, wozu das Kapital freely may be transferred. Das Verhältnis mag in $\frac{9}{10}$ dasselbe bleiben; ändert es sich in $\frac{10}{10}$ so muß die general rate of profit in den $\frac{10}{10}$ changieren . . .". MEW Bd. 26.2, S. 438 f.

77 Alfred Braunthal, Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze — Ein sozialistisches Lehrbuch der Nationalökonomie. Berlin 1930, S. 39. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in dem Verständnis von der Arbeitswerttheorie als einer „Angebotstheorie“ ein fundamentales Mißverständnis enthalten ist, so daß es auch nicht schwer fällt, sie kurzerhand — und typischerweise für den Revisionismus erleichternd — über Bord zu werfen.

78 Hilferding, a.a.O., S. 313.

79 Sweezy, a.a.O., S. 213. Das gründliche Mißverständnis besteht darin, eine Preistheorie als exakte Theorie postulieren zu wollen. Das, was sich anarchisch bildet und allen möglichen Zufällen gehorcht, nämlich der Preis, kann nicht allgemein theoretisch analysiert werden. Insofern trifft der häufige bürgerliche Vorwurf gegenüber der Marx'schen Theorie, sie habe keine Preistheorie entwickeln können, nicht. Worauf es aber ankommt, ist die Bestimmung der Gesetze und Grenzen, denen auch jenseits aller zufälligen Schwankungen die Preisbewegung unterworfen ist. Diese können jedenfalls nicht im „Psychologischen“ gesucht und gefunden werden, sondern nur in der Werttheorie. Diese bleibt insofern auch die Grundlage für alle Bestimmungsversuche des Preises im „Konkurrenzkapitalismus“ oder im „Monopolkapitalismus“!

80 Hess, Der Kapitalismus und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts, in: Wirtschaftswissenschaft, 15. Jahrg., Nr. 6/1967, S. 1000. Ebenso Hess, Die Monopolproblematik und der heutige Kapitalismus, in: Aktuelle Probleme des Imperialismus, Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins, DWI-Forschungshäfte, Nr. 5, Heft 1/1970, S. 29.

81 Heininger und Hess, a.a.O., S. 34. Hervorhebung durch Heininger/Hess.

82 Hess, Der Kapitalismus . . . , a.a.O., S. 999.

83 Hess, Der Kapitalismus . . . , a.a.O., S. 1005.

84 Kurt Zieschang, Zu den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Grundwiderspruchs unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution (Thesen), in: Wirtschaftswissenschaft, 17. Jahrg., Heft 6, 1969, S. 875.

85 Vgl. zu diesem Komplex Joachim Schubert, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — Kritik der zentralen Aussagen, in: mehrweit, Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie, Heft 4, 1973, vor allem S. 47. Rainer Winkelmann, Grundzüge und Probleme der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Rolf Ebbinghausen (Hrsg.), a.a.O., insbes. S. 63 f.

86 Hess, Die Monopolproblematik . . . , a.a.O., S. 28.

87 Vgl. Auorenkollektiv (der Zeitschrift *economie et politique*), Der staatsmonopolistische Kapitalismus. Berlin 1972, S. 23. Zur Kritik: Margaret Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR. Frankfurt/M. 1972, insbes. S. 105.

88 Robert Katzenstein, Technischer Fortschritt — Kapitalbewegung — Kapitalfixierung. Berlin 1971, S. 30. Es soll hier keineswegs bestritten werden, daß diese Widersprüche realiter existieren und wirken, also keine theoretischen Hilfskonstruktionen darstellen. Dennoch muß die Frage aufgeworfen werden, wie die Regulierung seitens des Staates anstelle (oder an der Seite) des Wertgesetzes zu begründen ist, wenn offensichtlich die Regulierung gegen die Wirkung des Wertgesetzes erfolgen muß, um wirksam zu sein. Also kann gerade nicht von der eingeschränkten Wirksamkeit oder gar Unwirksamkeit des Wertgesetzes unter monopolistischen Bedingungen gesprochen werden, da es ja offensichtlich auch in den von den genannten Autoren konstatierten Krisen einen Ausdruck an der Oberfläche der Gesellschaft findet.

89 S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus (Versuch einer theoretischen Analyse). Berlin/DDR 1972, S. 163.

90 „Dabei ist es durchaus nicht so, daß gewissermaßen zwei verschiedene Durchschnittsprofite existieren: ein monopolistischer und ein gewöhnlicher. Es existiert ein einheitlicher Produktionspreis und ein einheitlicher Durchschnittsprofit als Grundlage für hohe Monopolpreise wie auch für monopolistisch bestimmte Niedrigpreise und Profite. Der Monopolpreis, der eine Form des Marktpreises darstellt, kann nichts anderes bedeuten als eine Abweichung vom Produktionspreis.“ Wygodski, a.a.O., S. 157.

91 Fritz Behrens, Bemerkungen zur Profitrate im monopolistischen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, V. Jahrg., Heft 2/1957, S. 256. Vgl. auch die bereits zitierte Auffassung Mandels, die hiermit übereinstimmt.

92 Wygodski, a.a.O., S. 206. Das Zitat geht weiter und verfällt dann der problematischen Phaseneinteilung des Kapitalismus von der einfachen Warenproduktion über den Kapitalismus zum Monopolkapitalismus. Überhaupt zeichnet sich das ansonsten interessante Buch Wygodskis durch sehr wenig reflektierte empirische „Beweisführungen“ für theoretische Sätze und problematische Interpretationen von Erscheinungsformen aus.

93 Varga, a.a.O., S. 21.

94 Werner Kaiweit, Über die Ursachen der Preissteigerungen im modernen Kapitalismus. Berlin/DDR 1958, S. 77.

95 Diese reaktionäre Illusion vertreten einige neoliberale Autoren in Westdeutschland, so beispielsweise in den 50er Jahren Franz Böhm oder Wilhelm Röpke. Vgl. als moderneren angepaßten Ideologen Wolfram Engels, Soziale Marktwirtschaft — Verschmähte Zukunft?, Stuttgart 1973. Diese Schrift zeichnet sich nicht nur durch ihre bodenlose Ignoranz und dummdreiste Apologetik, sondern gleicherweise durch eine erschreckend hohe Auflage aus, mit der sie unters Volk — insbesondere an den Schulen kostenlos, versteht sich — gebracht wird.

96 Vgl. dazu Karl Marx, MEW Bd. 25, sechster Abschnitt über die Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente.

97 Wert bezeichnet immer ein gesellschaftliches Verhältnis. Daher ist es widersinnig, von individuellem Wert zu sprechen, so als ob Wert eine Eigenschaft der einzelnen Ware sei. Die Kategorie gewinnt nur insofern einen Sinn, als es um die quantitative Seite des Wertes geht und auf der Grundlage des Werts als gesellschaftlichen Verhältnisses die Werte einzelner Waren quantitativ voneinander differieren können. Diese quantitativen Abweichungen sind in einer Gesellschaft mit privater Produktion der Werte unaufhebbar. Die Kategorie des Marktwerts oder des gesellschaftlichen Werts erhält daraus erst ihren Sinn und die Bezeichnung „individueller Wert“ als Hilfskonstruktion ihre Berechtigung.

98 Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 657 f.

99 „Daß es nur der Titel einer Anzahl von Personen auf das Eigentum am Erdball ist, der sie befähigt, einen Teil der Mehrarbeit der Gesellschaft sich als Tribut anzueignen und mit der Entwicklung der Produktion sich in stets steigendem Maße anzueignen, wird durch den Umstand verdeckt, daß die kapitalisierte Rente, also eben dieser kapitalisierte Tribut als Preis des Bodens erscheint. . .“ MEW Bd. 25, S. 784.

100 Vgl. dazu den Versuch von M. Massarat, Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 11/12, IV. Jahrg. 1974, S. 219ff., die Steigerungen der Erdölpreise aus dem Monopol über natürliche Ressourcen abzuleiten. Ausführlicher hat dies M. Massarat dargestellt in seiner Dissertation „Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft. Versuch einer Ableitung des Übergangs vom Grundeigentumsverhältnis zum Kapitalverhältnis auf nationaler und internationaler Ebene“. FU Berlin 1975.

101 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin Werke, Band 22, S. 209.

102 Lenin, a.a.O., S. 281.

103 Ebenda.

103a Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 187.

104 Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1950, S. 167 f.

105 Vgl. beispielsweise die Darstellung bei L. J. Zimmermann, Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Köln 1954, S. 186 ff.

106 Auf der anderen Seite stellt der Kredit die mobilste Kapitalform dar, die somit, wie wir schon kurz dargelegt haben, am ehesten alle monopolistischen Behinderungen der Kapitalmobilität zu überwinden vermag.

107 In dieser Hinsicht herrscht auch innerhalb der marxistischen Literatur größere Verwirrung. Mandel beispielsweise geht fälschlich davon aus, Extraprofite innerhalb der Branchen entstünden durch Wertübertragung. Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 70 ff. Busch, Schöller, Seelow, Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1971 hingegen hegen die Auffassung, daß es überhaupt keine Wertübertragungen geben könne. Beide Auffassungen sind falsch. Kritisch äußert sich zu diesen Auffassungen W. Schöller, Werttransfer und Unterentwicklung — zur neueren Diskussion um Weltmarkt, Unterentwicklung und Akkumulation des Kapitals in unterentwickelten Ländern, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 6, März 1973, S. 99 ff.